

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Gehört für die hochgehaltene Annoncen- oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerbliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengedichte und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 27. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der zweite „Deutsche Arbeiterkongress“ und die Wahlrechtsfrage

Soeben ist das Protokoll über die Verhandlungen des zweiten „Deutschen Arbeiterkongresses“ herausgefunden, der voriges Jahr vom 20. bis 22. Oktober stattgefunden hat. Auf diesem Kongress ist auch die Wahlrechtsfrage angeschnitten und in einer Weise behandelt worden, die interessant genug ist, um auf Grund des amtlichen Berichtes noch einmal beleuchtet zu werden.

Der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, war mit dem ersten Referat des Kongresses: „Die allgemeine sozialpolitische Lage“ betraut worden. Einleitend untersuchte er die Gründe des Anwachsens der Sozialdemokratie und meinte dabei:

„Die plutokratischen Wahlsysteme in den Einzelstaaten und den Gemeinden waren ebenfalls für den sozialdemokratischen Klassenkampf durchaus geeignet. . . . Die eigentlichen Kulturaufgaben sind in Deutschland fast ausnahmslos den Bundesstaaten und den Gemeinden überwiesen. Und zu diesen war den unteren Klassen infolge plutokratischer Wahlsysteme der Zugang gleichsam versperrt, sie konnten nicht mitarbeiten. Auch die christlich-nationalen Arbeiter empfinden diese Wahlsysteme, insbesondere das zu dem Landtage des höchsten deutschen Bundesstaates, als die denkbar größte Ungerechtigkeit. Sie verlangen, daß endlich einmal mit diesem veralteten Wahlrecht aufgeräumt wird.“

Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam Stegerwald auf die Sozialpolitik der letzten Jahre zu sprechen, wobei er feststellte, daß von 1890 bis 1895 sozialpolitisch viel Anerkennenswertes geschaffen ist, dann aber ein völliger Stillstand eingetreten. Weiter heißt es dann bezüglich Preußens:

„In dem größten deutschen Bundesstaate, der allein drei Fünftel der deutschen Bevölkerung umfaßt, hat man während derselben Periode eine „Sozialpolitik“ gemacht, die geradezu darauf angelegt war, die Arbeiter zu provozieren und zu verbittern. Und nicht allein das. Bei verschiedenen Anlässen hat man die Gleichberechtigung der Staatsbürger vor dem Gesetz außer acht gelassen und gesetzliche Ausnahmestimmungen (§ 23 des Einkommensteuergesetzes, Einkommenbesteuerung der Konsumgenossenschaften) in Gesetze hineingebracht, die die Arbeiter schwer schädigen.“

In der Aussprache über den Stegerwaldschen Vortrag äußerten sich mehrere Redner in derselben Weise über die preussischen Zustände. Rafflenbeul (Essen) ist der Meinung, daß die preussische Regierung bei verschiedenen Anlässen in der Sozialpolitik viel gerechter und sozialer gewesen sei, als die Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Jawonski (Quisburg) fordert, damit die „Eingliederung des vierten Standes in den Staatsorganismus“ endlich zur Tat werde, die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung, nach der wir uns sehnen.“ Bogelsang (Neulingen) stellt bezüglich der Vergemeinschaftung fest: „Die Einzelstaaten, ganz besonders der preussische Landtag, haben sich als vollständig unfähig erwiesen, für besseren Vergemeinschaftung zu sorgen.“

Unmittelbar nach dem letztgenannten Redner kam der von dem Verbands der evangelischen Arbeitervereine Württembergs gestellte Wahlrechtsantrag zur Verhandlung. Der Vorden war gütig vorbereitet; der Referent Stegerwald hatte erklärt, daß die christlich-nationalen Arbeiter das preussische Dreiklassenwahlrecht als die „denkbar größte Ungerechtigkeit“ empfänden; von ihm und anderen Rednern war auf die Minderjährigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses in sozialpolitischen Dingen hingewiesen, und entschieden war dabei die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger und die „Eingliederung des Arbeiterstandes in den Staatsorganismus“ gefordert worden. In diese günstige Stimmung hinein kam der süddeutsche Wahlrechtsantrag:

„Der zweite Deutsche Arbeiterkongress bedauert, daß die Arbeiterinteressen in den meisten deutschen Bundesstaaten noch völlig ungenügend vertreten sind. Diesem Mangel kann nur durch Einführung des Reichstagswahlrechts für die Landtagswahlen abgeholfen werden. Es werden deshalb alle Parlamentarier, denen die Vertretung der Arbeiterinteressen am Herzen liegt, aufgefordert, mit aller Energie auf die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen, zu dringen.“

Bei der Frage nach der Unterstützung des Antrages erhoben sich sofort 80 bis 100 Hände — ein Beweis, welches Interesse die Versammlung dem Gegenstande entgegenbrachte. Der Begründer, Arbeitersekretär Fischer (Neulingen), erklärte es angesichts dieser starken Unterstützung für eine angenehme Aufgabe, den Antrag zu befürworten. Er wies dann in geschickter Weise hin auf die Vorredner, die die sozialpolitische Minderjährigkeit des preussischen Landtages geschilbert hatten, erklärte das Verhalten des Landtages als ein Zeichen des Mißtrauens, das

nur beseitigt werden könne, wenn man die Arbeiter heranziehe und sie zeigen lasse, was sie zu leisten imstande seien. Dann fuhr er fort:

„Nichts anderes ist es bei der ablehnenden Haltung weiter Kreise gegenüber dem gleichen Wahlrecht auch zu den Landtagen. Eine kleinliche Angst vor der Sozialdemokratie macht die Leute blind dafür, daß es auch politisch unklug ist. Wenn man die Arbeiter nicht zu den Parlamenten zulassen will, wie sollen wir dann unter die Massen treten und für nationale Gesinnung werben? . . . Was nützt es beispielsweise, hier jetzt schöne Resolutionen über die Vergemeinschaftungsfrage zu fassen, wenn nicht nachher Arbeitervertreter im Parlament hinter unseren Forderungen stehen. Wir brauchen uns nicht daran zu kehren, wenn man das für übertriebene Forderungen erklärt und dann unsere nationale Gesinnung wieder angezweifelt. Man wirft uns eben immer dann Heuchelei vor, wenn wir nicht Schanzstrappen der Unternehmer werden, sondern entschiedene Arbeiterforderungen aufstellen. Wir lassen uns unsere nationale Gesinnung mehr kosten als jene Herren, bei denen der Patriotismus meist am Goldbeutel aufhört. Ich bitte deshalb den Kongress, der Resolution zuzustimmen, damit man erfahre, ob die bürgerlichen Parteien, die angeblich Arbeiterforderungen vertreten, das nur als modernisierte Wohlthätigkeit auffassen oder ob sie grundsätzlich dafür sind, das Arbeiterrecht auch politisch konsequent durchzuführen. Von diesem Kongress soll es deutlich hinausgehen, daß wir Arbeiter daran festhalten, gleichberechtigte Staatsbürger zu werden.“

Zunächst sei festgestellt, daß all den christlich-nationalen Größen, die vorher so entschieden für die Gleichberechtigung der Arbeiter eingetreten, wider die Verantwortlichkeit des Dreiklassenwahlrechts losgezogen und über die Minderjährigkeit der preussischen „Volksvertretung“ gezetzt hatten, jetzt auf einmal, wo es galt, einmütig gegen die Wurzel alles Übels vorzugehen und in einer klipp und klaren Forderung Farbe zu bekennen, die Sprache verlagte. Herr Behrens, der in der Begrüßungsansprache für die deutsche Arbeiterchaft beansprucht hatte, als „gleichwertiges und gleichberechtigtes Mitglied des Volksbaues“ anerkannt zu werden, schwieg; Herr Stegerwald, der das preussische Wahlrecht als die „denkbar größte Ungerechtigkeit“ bezeichnet hatte, schwieg, und alle anderen, die Herren Giesberts, Schiffer usw., die sonst gelegentlich so entscheidende Töne anzuschlagen wissen, sie schwiegen ebenfalls! Der süddeutsche Wahlrechtsantrag wurde einer sogenannten Redaktionskommission zugewiesen, in deren Namen der Abgeordnete Schiffer ganz am Schluß der Kongressverhandlungen mitteilte, daß der Antrag zurückgezogen sei. Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses und die Redaktionskommission hätten sich fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Resolution am besten nicht den Kongress beschäfte, da sie eine politische Frage betreffe! Und der Begründer des Antrages, Arbeitersekretär Fischer, stellte fest, daß er nach wie vor auf seiner in der Resolution niedergelegten Anschauung stehe, daß er aber „aus Gründen der Disziplin“ den Antrag zurückziehe!

Dem Ausschuss des Kongresses gehören u. a. die Abgeordneten Giesberts, Behrens und Schack, der Redaktionskommission außer Giesberts und Schack auch noch der Abgeordnete Schiffer an — Leute also, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu ihrer Stellung als Arbeitervertreter gekommen sind, die es aber trotzdem nicht der Mühe für wert hielten, für dieses Wahlrecht auf dem Berliner Arbeiterkongress Zeugnis abzulegen. Generalsekretär Stegerwald kam in seinem Schlusswort an den Kongress noch einmal auf die Angelegenheit zu sprechen, indem er ausführte:

„Wir sind kein politischer, sondern ein Arbeiterkongress. Deshalb stellte sich auch der Ausschuss einmütig auf den Standpunkt, daß eine Beschlussfassung über die preussische Wahlrechtsfrage nicht zu den Aufgaben gehöre, deren Durchführung sich der Kongress gestellt hat. Die Wahlrechtsfrage ist im wesentlichen eine politische Frage, an der die Arbeiter allerdings stark interessiert sind. Aber das ist auch bei Duzenden anderer Fragen der Fall, daher dürfte kein Präzedenzfall geschaffen werden. Wie die große Mehrheit der Teilnehmer über das Wahlrecht denkt, das ist deutlich genug zum Ausdruck gekommen.“

Mit anderen Worten: Wir sind ein „Arbeiterkongress“, dürfen aber deshalb nicht gegen ein Wahlrecht protestieren, das die gesamte Arbeiterklasse politisch entrechtet; wir fordern die „gleichberechtigte Eingliederung der Arbeiterklasse in den Staatsorganismus“, wagen aber nicht die Forderung zu erheben, deren Nichterfüllung dieser Eingliederung im Wege steht; wir empfinden das Dreiklassenwahlrecht als die „denkbar größte Ungerechtigkeit“, haben aber nicht den Mut, diesem Empfinden in einer entschiedenen Erklärung Ausdruck zu geben; wir sind uns bewußt, daß das Dreiklassenwahlrecht eine wirksame Arbeiterpolitik in Preußen und darüber hinaus im Reiche unmöglich macht, dürfen aber als „Arbeiterkongress“ dieser „politischen Frage“ nicht näher treten!

Diese tollen Widersprüche erklären sich, wenn man weiß, daß der „deutsche Arbeiterkongress“ huldvoll beschienen

war von der Gunst der Regierung und der bürgerlichen Parteien! Staatssekretäre, Minister und Geheimräte waren zugegen und hatten den christlich-nationalen Arbeitern die Sympathien der Regierung überbracht; Vertreter fast aller bürgerlichen Parteien — Zentrum, Konservative, Freikonfessionale, Nationalliberale und Antifemiten — hatten dem Unternehmen ihren Segen gesendet. Da ging es über die Kraft der christlich-nationalen Führer, den Ministern einer wahlrechtsfeindlichen Regierung und den Vertretern wahlrechtsfeindlicher Parteien die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern, und sie in einer machtvollen Kundgebung an die Schmach und Schande des Systems zu erinnern, als dessen Stützen sie zu betrachten sind — abgesehen davon, daß es unter den Machern der christlich-nationalen Bewegung Leute gibt, die der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen so abhold sind, wie es ein Scharfmacher und Junker nur sein kann.

Die preussische Wahlrechtsfrage ist nicht, wie Generalsekretär Stegerwald es hinstellen möchte, eine Duzendfrage. Sie ist die Grundfrage aller politischen, sozialen und kulturellen Fortschritte in Preußen wie im Reiche. Und wenn es in einer Kundgebung heißt, daß „die christlich-nationale Arbeiterbewegung als Kulturbewegung gewertet“ sein will, so hat der „deutsche Arbeiterkongress“ in Berlin durch sein Verhalten gegenüber der Wahlrechtsfrage bewiesen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung, die sich in Abhängigkeit von einer reaktionären Regierung und reaktionären Parteien begibt, nur als Hindernis der Kulturbewegung zu werten ist!

Das preussische Wahlrecht und die Machtstellung des Reiches.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist durch unseren Hinweis darauf, daß Preußen seine unerste Unterordnung vor allem dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zu verhandeln habe, recht unangenehm berührt. Nun ist das ja am allerwenigsten eine böswillige Ausstreuerung der Sozialdemokratie, sondern es ist eine Tatsache, die vor allem von der preussischen Regierung selbst anerkannt wird. In Ungarn — belehrt uns die „Kreuz-Zeitung“ — gebe es noch kein allgemeines Wahlrecht. Gewiß, aber gerade deshalb nimmt die österreichische Regierung zur Frage der Wahlreform in Ungarn eine Stellung ein, die so ziemlich entgegengesetzt ist derjenigen, welche die Reichsregierung zur preussischen Wahlreform einnimmt.

Der „Kreuz-Zeitung“ will es nicht in den Sinn, daß wir eine Maßregel unterstützen könnten, die zur Erstarrung des Staates führt, den wir bekämpfen. Aber erstens wird ja nicht bestritten, daß das demokratische Wahlrecht wie dem Staat so auch uns nütze. Zweitens treiben wir wohl grundsätzliche Opposition, doch gerade deshalb, im Unterschied zu den Ordnungsparteien, keine Vorkriegs-politik und keine Politik der Cliqueninteressen! Die Junker werden den Staat ebenso leicht verraten und verkaufen, wie sie ihn jetzt unterstützen, wenn es ihnen nur gut bezahlt wird. Obwohl aber die Entwicklung des Reiches in erster Linie den besitzenden Klassen zugute kommen mußte, haben doch die deutschen Arbeiter schon in der 48er Revolution für die deutsche Einheit gekämpft, und zwar gegen dieselben deutschen Junker, die jetzt im Reiche herrschen. Getreu den Traditionen der deutschen Revolution kämpfen auch jetzt die deutschen Arbeiter um das preussische Wahlrecht nicht bloß als Preußen, sondern im Interesse der Reichseinheit.

Doch nun zum Hauptpunkt: Ist denn der Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und der nationalen Machtentfaltung eines Staates wirklich so schwer zu begreifen?

Erst vor wenigen Tagen lasen wir in der „Kreuz-Zeitung“ selbst folgende Zeilen: „Daß die staatliche Macht nicht gefördert wird, hat seine Ursache darin, daß zwischen den oberen und den unteren Schichten des Volkes eine trennende Kluft besteht, und daß zwischen dem staatlichen Mittelpunkt und den einzelnen Reichsteilen der Zusammenhang fehlt.“

Diese Worte, aus denen sich klar genug sowohl im Interesse der Reichseinheit wie der Machtentfaltung des Staates überhaupt die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ergibt, sind allerdings nicht von Bülow gesprochen worden, sie sind entnommen einer offiziellen Kundgebung — der chinesischen Regierung!

Die politischen Ansichten der Reichsregierung stehen also bereits hinter jenen Chinas zurück. Deutschland in der Welt voran!

Die „Kreuz-Zeitung“ ihrerseits macht zu dem chinesischen Edikt einen recht interessanten Kommentar. Sie legt auseinander: „Gesehen doch heute bedeutende russische Offiziere und Staatsmänner selber ein, daß das Verständnis für die nationalen Aufgaben des Krieges auf der einen und der Mangel an Begeisterung für den Kampf um die Vorherrschaft im fernem Osten auf der anderen Seite wesentlich Faktoren für den Ausgang des Krieges gewesen wären.“

Das also gilt für China, gilt für Rußland, — warum soll es nicht auch gelten für Österreich? Nicht auch für Deutschland?

Die „Kreuz-Zeitung“ betrügt nur sich selbst, indem sie ihren Lesern beibringen sucht, daß wir bloß „den Teufel an die Wand malen“, wenn wir auf den Zusammenhang zwischen dem Wahlrecht und der auswärtigen Politik kommen. Ach nein, das sind keine phantastischen Gebilde, das sind sehr reale Zusammenhänge.

Mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht konnte das Deutschland von heutzutage ebenso wenig in einen großen Krieg ziehen, wie mit einem Vorderladergewehr.

Das polnische Ausnahmegesetz vor dem Herrenhause.

Das Herrenhausgebäude in der Leipziger Straße, jenes demal preussischer Reaktion und ministeriellen Staatsrechts, bot gestern einen seltsamen Anblick. Die Tribünen, auf die sich sonst höchstens einmal bei grimmiger Winterskälte ein armer Obdachloser besetzt, um seine erkochenen Glieder zu wärmen und sich durch die Debatten der „Edelsten und Vesten der Nation“ in einen erquickenden Schlaf einlassen zu lassen, waren überfüllt. Sogar die Hofloge erkreute sich eines so zahlreichen Besuchs, daß der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kröner mit einem Platz auf den Stufen fürlieb nehmen mußte. Auf der geräumigen Journalistentribüne vollends, die an gewöhnlichen Tagen fast nur leere Plätze aufweist, war ein solches Gedränge, daß es kaum möglich war, die tiefe Weisheit, die unten im Saale verzapft wurde, niederzuschreiben und der Nachwelt zu überliefern.

Auch die Mitglieder des Hauses und die Vertreter der Staatsregierung, an ihrer Spitze Fürst Bülow, hatten sich in ungewöhnlicher Anzahl eingefunden.

In der Tat war es ein hochpolitisches Ereignis, das alles auf die Beine gebracht hatte. Zur Beratung standen die Beschlüsse der Kommission zur Enteignungsvorlage der Regierung, Beschlüsse, durch die der Gesetzentwurf eine für die Regierung unannehmbare Fassung erlangt hatte. Und nicht die Linke, die wohlweisen Oberbürgermeister und Universitätsprofessoren, waren es, die die Vorlage so umgemodelt hatten — sondern die Hochfeudalen, die Herren von der äußersten Rechten, die die von dem Ministerium Bülow geforderte Enteignungsbesetzung erheblich eingeschränkt hatten, weil sie mit seiner Rufe wittern, daß es, wenn erst der Grundbesitz nicht mehr sicher ist, möglicherweise auch mit ihrer Vorherrschaft mal ein pföhlisches Ende nehmen kann. Da die Regierung aber auf ihrer Vorlage in der Fassung, wie sie sie vom Abgeordnetenhause erlangt hat, besteht, so stand ein interessanter Kampf zwischen Bülow und den „treuesten Stützen des Staates“ in Aussicht.

Zwar hat die Kommission des Herrenhauses nach langer Debatte dem Prinzip der Enteignung schließlich zugestimmt, aber sie hat von der Enteignung ausgenommen alle Grundstücke, die seit 10 Jahren ununterbrochen in der Hand des selben Besitzers sind, und alle Fideikommiss, sofern die Errichtung derselben seit mehr als 10 Jahren bestätigt oder genehmigt worden ist. Damit ist der Regierung nicht gebient, sie verlangt die unbeschränkte Möglichkeit der Enteignung einer Gesamtfläche bis zu 700 000 Hektaren.

Das war der springende Punkt, um den sich die Debatte drehte. Auf der einen Seite die Vertreter der Regierung, denen einige Herren von der Linken zu Hilfe kamen, auf der anderen Seite der Feudaladel, der aufs heftigste gegen den Vorschlag der Regierung tobte. Vergebens hielt sogar der Ministerpräsident Fürst Bülow in höchst eigener Person eine seiner bekanntesten salbungsvollen vulgär-kaasimännischen Reden, vergebens bemühte sich Freiherr von Rheinbaben die große Gefahr an die Wand zu malen, in der der mächtige preussische Staat schwebt, wenn es nicht gelingt, die Polen anzulassen — diesmal machten die Phrasen vom Ministerialismus keinen Eindruck auf die feudale Aristokratie. Selbst ein früherer Landwirtschaftsminister Freiherr v. Lucius, der unter Bismarck einer der Träger der damaligen Polenpolitik war, verwarf die geplante Enteignung, und ein anderer Mitglied, Herr v. Schulenburg verließ sich in seiner Besorgnis vor der Revolution sogar auf der Ausrufung, das Herrenhaus grabe sich selbst sein Grab, es spreche sein Todesurteil aus, wenn es der Vorlage zustimme. Dazu aber hat das Herrenhaus aus leicht erklärlichen Gründen keine Neigung, die Herren sind zu sehr von der Notwendigkeit ihres Daseins im Interesse der Jurisdiktion der Kultur durchdrungen. Zur Abstimmung kam es nicht; die Entscheidung der edlen Herren wird erst morgen fallen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Februar 1908.

Reichsgericht und Wahlprüfungen.

Die Position „Reichsgericht“ im Justizetat gab dem Genossen Stadthagen noch Gelegenheit, die wichtige Frage der Richterunabhängigkeit zu erörtern. Er wies an dem Beispiel des Hochverratsprozesses gegen den Genossen Liebnecht nach, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, wenn eine so schwere Anklage ausgesprochen politischen Charakters nur in einer einzigen Instanz erledigt werden muß. Gerade für Hochverratsprozesse sei deshalb die Berufung notwendig.

Das Haus trat dann in Wahlprüfungen ein, die bei der Wahl des liberalen Abgeordneten Ender im Meininger Oberland zu einer erregten Debatte zwischen dem Genossen Fischer einerseits und den freisinnigen Abgg. Kopsch und Rüdger andererseits führte. Mit scharfem Spott wußte Fischer die Grundlosigkeit der Freisinnigen in Wahlfragen zu kennzeichnen, wie sie, je nachdem ob ihre Partei Vorteil davon hatte oder nicht, die obrigkeitliche oder bischöfliche Empfehlung eines Kandidaten mißbilligten oder nicht. Die Freisinnigen suchten sich dafür durch allerhand persönliche Anrempelungen und Verdächtigungen zu revanchieren, mußten sich aber sogar von dem Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission, dem Zentrumsabgeordneten Wellstein, nachweisen lassen, daß sie in der Frage, ob ein Kandidat durch Amtspersonen (Bürgermeister) empfohlen werden dürfe, mit den Traditionen des Hauses gebrochen habe.

Der nationalliberale Dr. Heinze kam den freisinnigen Blochbrüdern zu Hilfe, indem er die Frage, ob noch Erhebungen über die Bürgermeisterunterstützung veranlaßt werden sollten, zu der allgemeinen Prinzipienfrage erweiterte, ob überhaupt sogenannte amtliche Wahlbeeinflussungen dieser Art zu Wahlkassierungen führen sollten. Der Bloch bejahte bei der Abstimmung mit Mehrheit diese Heinze'sche Frage.

Zur Geschäftstages des Reichstages.

Der Seniorenkongress des Reichstages hat gestern unter Vorsitz des Präsidenten vereinbart, daß für die nächsten Tage die Staatsberatung unterbrochen wird und die zweite Beratung der beiden Gewerbeordnungs-Novellen sowie des Berner Abkommens betr. Arbeiterinnenschutz erledigt werden soll. Dann wird die Staatsberatung mit dem Reichsamt des

Innern fortgesetzt, nachdem zuvor noch die sozialdemokratische Interpellation wegen der Schiffahrtsabgaben erledigt ist. Die dann noch restierenden Etats sollen in zweiter Lesung bis etwa zum 24. März fertig gestellt werden, damit die dritte Beratung des Etats bis zum 1. April beendet sein kann.

Vor den Osterferien, die am 10. April beginnen und bis Ende April dauern werden, sollen noch die beiden Gesetzentwürfe betreffend den Wechselprotest und den Versicherungsantrag die zweite und dritte Lesung passieren.

Nach den Osterferien kommen dann die in der Kommissionsberatung befindlichen Regierungsvorlagen in das Plenum und werden dort dann für ihre gesetzgeberische Verabschiedung den Rest der Session in Anspruch nehmen.

Der Seniorenkongress war einig darin, daß der Reichstag im Sommer vertagt werden müsse, da an eine vollständige Erledigung der in Beratung befindlichen Regierungsvorlagen im Laufe der gegenwärtigen Tagung nicht zu denken sei. Hierzu käme noch, daß weitere Vorlagen (Beamtenbezahlung, Justizreform usw.), deren Erledigung allseitig gewünscht wird, in Aussicht stehen.

Deutsche Diplomatie.

Die deutsche Vlodregierung hat sich von der Betroffenheit des ersten Augenblicks, in die sie die Nachricht von der österreichischen Sandkathoden verließ hatte, erholt. Nachdem sie erst durch die von uns bereits gekennzeichnete überhastete Erklärung der deutschen Botschaft in Petersburg den russischen Chauvinisten versichert hatte, sie sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht, wie die russische Regierung, sie habe sie in keiner Weise unterstützt und wolle mit der Sache nichts zu tun gehabt haben, hat sie nunmehr an die österreichische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich ihr anbietet, ihre Aktion zu unterstützen. Erst betrachtet man mit Rußland die Ueberraschung, dann freut man sich mit Oesterreich über diese Trauer. Immerhin ist das letztere viel gescheiter, als zu der langen Wurst, die ein anderer fortgetragen hat, ein langes Gesicht zu machen. Die deutsche Botschaft in Petersburg aber kann ja, um die Ohrseige wegzuwischen, die man ihr von Berlin aus appliziert hat, ihre Erklärung in der Weise deuten, daß sie bloß, um das mordpatriotische Geschrei in Rußland zu beschwichtigen, ihr Bedauern darüber habe ausgesprochen wollen, daß die deutsche Regierung nicht früher schon die österreichische Aktion habe unterstützen können.

Ist das nicht ein klägliches Zeugnis für die kopflose Art, wie in Deutschland Auslandspolitik gemacht wird? Aber, freilich, Bülow, der Vielbeschäftigte und Vielgeplagte, ist immer wo anders und nicht dort, wo man ihn finden zu können glaubt. Er hatte ebensovwenig Zeit, sich um die Vorgänge auf dem Balkan und in Petersburg zu kümmern, wie seinerzeit um die Verträge mit den kolonialen Gesellschaften. Sein Geist ist in diesem Augenblick so voll von der Polenbekämpfung, daß andere Ideen der Staatspolitik keinen Platz mehr darin finden. Vielleicht auch handelt es sich bei der Petersburger Kundgebung gar nicht um die Initiative der dortigen Botschaft, sondern um eines jener Telegramme aus Berlin, die man sich so oft vergebens zu erklären sucht.

Man war in der Wilhelmstraße vielleicht gerade deshalb am meisten von der österreichischen Aktion überrascht, weil seit vielen Jahrzehnten Oesterreich zum erstenmal mit Erfolg eine selbständige Handlung in der auswärtigen Politik unternahm. 1878 erhielt es sodann doch nur als Geschenk Bismarcks. Dem Berliner Vertrag verdankt es übrigens auch sein jetziges „Recht“ auf den Sandkath Kowibazar. Aber freilich, hier wie überall kommt es viel weniger auf das Recht an, als auf die Verwirklichung dieses Rechtes. Und Oesterreich hat gezeigt, daß es sich stark genug fühlt aus eigener Kraft seinen Willen bei der Pforte durchzusetzen.

Bübliche Unterwerfung.

Am Montag fand die Sitzung der „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“ statt, die bekanntlich längst von Herrn Holle wegen Verbreitung der Schriften von Darwin und Goedel mit seiner Ungnade bedroht wurde. Einige Optimisten hatten erwartet, daß der Zentralausschuß gegen die Unterwerfung unter die Gebote des Herrn Holle Protest erheben werde. Nichts davon geschah. Der Vorsitzende, Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, sprach sogar seine Freude aus, daß der Konflikt in einer für die Gesellschaft durchaus annehmbaren Weise beigelegt worden sei. Durchaus annehmbar: das stimmt. Die Gesellschaft hat nämlich alles angenommen, was die preussischen Bekämpfer der Volksbildung von ihr verlangt haben. Für diese glorreiche Tat sprach der Zentralausschuß dem Herrn Vorsitzenden mit allen gegen zwei Stimmen seinen warmsten Dank aus. Wenn der Verein sich aber noch weiter Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung nennt, so weiß man jetzt, daß das eine falsche Firmenbezeichnung ist.

Königliche Fragen.

Zum Bericht der Wahlprüfungskommission des Reichstages über die Wahl des Abgeordneten Eichhoff (Vennep-Weitmam), der die Gültigkeitserklärung der Wahl beantragt, haben Gröber und Genossen (Zentrum) folgenden Antrag gestellt:

1. den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen: über die Behauptung der Wahlprüfungskommission, daß der Wahlkreis mit Flugblättern und Schriften überschwennt wurde, welche im Kolonialamt hergestellt, verpackt und verfrachtet worden sind, als Zeugen Generalmajor Reim, Unterstaatssekretär v. Roebell eidlich vernehmen und hierbei erheben zu lassen, ob und in welchem Umfange die in der Wahlprüfungskommission bezeichneten Schriften zur Verwendung in den Wahlkreis gelangten und an welche Adressen die Verwendung erfolgte;
2. die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Eichhoff bis zur Erledigung dieser Verweiderung auszusprechen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat darauf beantragt, dem obigen Antrag Gröber folgende Nummer hinzuzufügen:

3. den Generalmajor Reim eidlich darüber vernehmen zu lassen, welche Tatsachen oder Erklärungen seitens der Beamten des Reichskolonialamts ihm vorgelegt haben, Herrn Eichhoff gegenüber in seinem Verlede vom 17. Januar 1907 in so positiver Form zu erklären, daß die „amtliche Unterstützung seiner Wahl in jeder Weise sichergestellt“ sei.

Man darf neugierig sein, ob der Bloch die Schamlosigkeit haben wird, die Anträge abzuweichen und so den Herren Reim und Roebell die klüglichen Fragen zu ersparen.

Nur ein Mißverständnis!

Die „Rhein.-Westf. Zeitung“ hatte gegen Dernburgs „humanes“, „negerfreundliches“ Kolonialprogramm die heftigsten

Angriffe erhoben. Nicht der Eingeborenen wegen treibe Deutschland Kolonialpolitik, sondern im Interesse der kolonialen Ausbeuter. Das erklärt demgegenüber Herr Dernburg? Er fandte der Redaktion des Panzerplattenorgans einen Brief, in dem er bedauert, von dem Organ für marxistische und koloniale Volks- und Eingeborenen-Ausplünderung mißverstanden worden zu sein! In dem Brief Dernburgs heißt es:

„Die Redaktion beliebe darauf zu ersehen, daß ich mich in denjenigen Punkten, welche ihr hauptsächlich zur Kritik Anlaß gegeben haben, durchaus auf demselben Boden befinde.“

Es ist mir nicht eingefallen, Regier und Weiße irgendwie gleichzustellen. Die Kritik des Regiercharakters und dessen, was von ihm moralisch zu erwarten ist, spricht dies deutlich aus.

Ferner ließe ich auf dem Standpunkt, daß für jetzt und absehbare Zeit von einer Rassenjustiz nicht abgesehen werden kann.“ usw.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ erklärt dem nunmehr auch, daß sie Herrn Dernburgs Absichten zu schroff beurteilt habe. Namentlich auf tatkräftige Unterstützung seiner Eisenbahnbaupläne könnte der Staatssekretär des Reichskolonialamts bestimmt rechnen.

Das „Berl. Tagebl.“ tut, als ob die „Rhein.-Westf. Ztg.“ von dem „geschickten Briefschreiber“ zur Nachgiebigkeit gezwungen worden sei. Es ist aber gerade umgekehrt. Dernburg hat im Gegenteil erklärt und sogar im einzelnen betont, daß er sich im wesentlichen mit dem Organ des kolonialen Dummens „Durchaus auf demselben Boden befinde“. Und Dernburg konnte die Stellungnahme der „Rhein.-Westf. Ztg.“ unmöglich mißverstehen! Das Panzerplattenorgan aber nahm eben Dernburgs Hinweis auf das, was sie sein sollte, ein verächtliches Augenblinzeln, das etwa sagt: Regt Euch doch nicht auf, ich meine es ja gar nicht so schlimm!

Meidet Neu-Deutschland!

Die „Windhufener Nachrichten“ enthalten in ihrer letzten hierher gelangten Nummer vom 22. Januar 1908 folgende

Warnung:

Jeder Passagierdampfer bringt eine Menge Neuankommlinge ins Land. Die Eisenbahnhänge können alsdann kaum alle die vielen Personen aufnehmen und ihre Wagen sind während der zwei- bis dreitägigen Fahrt nach Windhuf überfüllt wie Sonntags-Ausflügelzüge daheim. In Windhuf angekommen geht es dann an ein Suchen und Umherlaufen nach Beschäftigung. Von Geschäft zu Geschäft, von Haus zu Haus fragen sie nach Anstellung, und fast überall heißt es: Vedaure! Nachdem das so einige Tage gegangen ist, kommt zu der ersten die zweite Sorge: die vorhandenen Mittel gehen auf die Reize. Nun tritt neben die Frage nach Beschäftigung die weitere nach einem billigeren Unterkommen, als der bis dahin benützte Gasthof es zu gewähren vermag, an den Keuling heran. Aber auch da gibt es meist nur Enttäufung. Denn bei dem großen Wohnungsmangel in jeder irgend bewohnbare Raum besetzt, und die Verpflegung auch außerhalb der Gasthöfe bei den hohen Preisen für Lebensmittel kostspielig. Traurig ist es zu beobachten, wie solche Enttäufungen bei denjenigen Stellen, an welchen sie am ehesten Arbeitsnachweis zu erhalten hoffen, z. B. in der Expedition uneres Vlatres, immer von neuem und mit immer tiefer ins Gesicht geärriebener Sorge sich erkundigen. Schließlich verschwinden sie von hier, wo sie geblieben, wissen die Götter. — So wiederholt sich das Schauspiel alle paar Wochen.

So sieht es in „Neu-Deutschland“ aus, oltwo Palmenhaine aus verloren gegangenen Dattelkisten wachsen! Und für dieses gäuliche Land sind allein in den letzten paar Jahren fünf- hundert Millionen Mark verpulvert worden! —

Der geschändete vornehme Rosk.

Wie wie im Oktober 1907 berichteten, soß der Bekreite der Landwehr R. aus Vergedorf sich dadurch des Ungehorsams schuldig gemacht und eine „starke Gefährdung der militärischen Disziplin, wie auch eine Schädigung des Ansehens des Heeres herbeigeführt haben,“ daß er in Uniform der 9. Jäger — er war zu einer Übung einberufen — mit dem Tambourmajor eines Truppenkorps, das an dem vom Vergedorfer Gewerkschaftskomitee veranstalteten Festzuge teilnahm, gesprochen haben soll. Urteil: Zwei Monate Gefängnis. Wie das Kriegsgericht feststellte, hat der Angeklagte nicht am Festzuge teilgenommen, aber er hat mit dem Tambourmajor gesprochen, als dieser ein Bekannter von ihm, ihn freundschaftlich anredete. Der Angeklagte hätte also Recht machen und schleunigst die Flucht ergreifen müssen. Die Verhandlung fand damals unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, „wegen Gefährdung militärischer Interessen“. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, ein Beweis dafür, daß die am Festzuge teilnehmenden Korporationen als solche der sozialdemokratischen Partei angehören, sei nicht erbracht. Im Gegenteil sei festgestellt, daß der sozialdemokratische Verein von Vergedorf an der Festlichkeit nicht teilgenommen habe. Was jedoch die Mitglieder der einzelnen Vereine anlangt, so sei durch das Zeugnis des Polizeioffizianten Praedel und des Amtsanwalts Rentwig bewiesen, daß dieselben in ihrer überwiegenden Mehrheit gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien. Der Angeklagte habe somit gegen das Verbot des Generalkommandos und gegen § 92 des Militärstrafgesetzbuches verstoßen. In solchem Falle könne auf Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren erkannt werden. Als straferschwerend sei zu berücksichtigen, daß er sich in voller Uniform an der sozialdemokratischen (!) Festlichkeit beteiligte, strafmildernd, daß die Beteiligung eine rein vorübergehende und vielleicht nicht voll überlegte war.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die in der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts des 9. Armeekorps (Altona) zur Verhandlung kam. Der Junge Amtsanwalt Rentwig-Vergedorf bezeichnete das Gewerkschaftskomitee als „sozialdemokratisch“ und das Gewerkschaftsfest als eine „sozialdemokratische Demonstration“. Die Teilnahme des Angeklagten in Uniform habe unter dem nichtsozialdemokratischen Publikum (einigen Beamten) Entrüstung hervorgerufen. (!) Der als Sachverständiger vernommene Gewerkschaftsbeamte Krißmannsch-Vergedorf führte zwar den Nachweis, daß die Gewerkschaften als solche mit der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste zu tun hätten, aber das Gericht schloß sich der Auffassung des Amtsanwalts Rentwig an und verwarf die Berufung. Der Angeklagte muß also zwei Monate brummen! —

Eine Schulschmach.

In Leutken, dem aus dem siebenjährigen Kriege bekannten Dorfe in der Nähe von Breslau, verbreitet sich die Genidstare unter den Schulkindern mit einer geradezu unheimlichen Schnelligkeit. Hatte sie zu Anfang nur leichtere Formen, so ist ihr jetzt bereits ein neunjähriger Knabe zum Opfer gefallen. Als Seuchenherd ist unbedingt die katholische Schule anzusehen, deren Zustand selbst von einem so lokalen Blatte wie die „Schlesische Zeitung“ als jeglicher Befürchtung spottend bezeichnet wird. Die Aborte sind als die gefährlichsten zu bezeichnen. Um das Klassenzimmer nur einigermaßen warm

erhalten zu können, hat man die Lehmwände von innen notdürftig mit Brettern verschlagen und den Zwischenraum mit Stroh ausgefüllt. Die Doppelfenster können nicht geöffnet werden, da sie von außen angegast sind! Daß ein solcher echt preussischer Schulpalast für Krankheitsverbreiter geradezu ein Dorado sein muß und daß hier die antilich vorgeschriebenen Desinfektionen eine Farce bleiben müssen, leuchtet jedem Auge ein. Und dieser Zustand dauert schon seit Jahrzehnten! Seit 12 Jahren schweben die Unterhandlungen über einen Neubau, bis heute aber ist die Angelegenheit noch nicht vom Fleck gekommen. Wird nunmehr, wo schon Menschenleben diesem skandalösen Zustande zum Opfer fallen, endlich Wandel eintreten? —

Oesterreich.

Die böhmischen Landtagswahlen.

Prag, 23. Februar. Bei den vom 20. bis 25. Februar vorgenommenen Wahlen in den Landgemeinbezirken wurden gewählt: 30 tschechische Agrarpartei, 1 katholische tschechische Volkspartei, 2 Jungtschechen, 13 deutsche Agrarpartei, darunter Minister Veschla, 2 deutsche Fortschrittspartei, 2 Altschlesier, 5 Deutschradikale, 1 selbständiger radikal Nationaler (deutsch), 1 freinationaler Agrarier (deutsch), 1 Christlichsozialer (deutsch).

Die bosnische Verwaltung.

Wien, 23. Februar. Die Oesterreichische Delegation verhandelte über den Okkupationskredit. Remec und Alosac bedauerten das vollständige Fehlen einer sozialpolitischen Gesetzgebung und das jeder freiwilligen Tendenz entbehrende Verwaltungssystem, und bezweifelten, daß der österreichische Bureaucratismus die geforderte Verfassung einführen könne. Armann hob hierauf das Anwachsen der großserbischen Bewegung hervor, die von dem gegenwärtigen Verwaltungssystem geradezu gegügelt werde, und betonte die Notwendigkeit der nachdrücklichen Unterstützung Kroatiens in Bosnien sowie Förderung Dalmatiens, um einerseits der Aspiration Ungarns auf Bosnien, andererseits der von Serbien nachhaltig genährten großserbischen Bewegung wirksam entgegenzutreten. Alosac meinte sich auf das entscheidende gegen die in der bosnischen Verwaltung angeblich herrschende Korruption.

Frankreich.

Die Einkommensteuer.

Paris, 23. Februar. Die Kammer nahm heute die Verhandlungen über die Einkommensteuer wieder auf. Artikel 1 hebt die vier direkten Steuern vom Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes an gerechnet auf. Artikel 2 ersetzt sie durch eine allgemeine Einkommensteuer, vermehrt durch eine Zuschlagsteuer, die von dem Einkommen des Familienoberhauptes erhoben wird. Almond (Radikal) brachte dazu einen Änderungsantrag ein, der die zwei Artikel verschmelzen will. —

Portugal.

Die Cortes einberufen.

Lissabon, 23. Februar. Der Ministerrat beschloß, die Verordnungen Franco's durch die Kammer aufgelöst und die Organisation der Palastkammer umgestaltet wurde, aufzuheben und die Mitglieder der aufgelösten Kammer einzuberufen, um die Eidesleistung des Königs entgegenzunehmen, sodann dem Staatsrat zu versammeln, um zu der Auflösung der Kammer Stellung zu nehmen. Die Neuwahlen werden nicht vor dem 5. April stattfinden. —

England.

Die Debatten über die Balkanbahnen.

Sowohl im Oberhause als im Unterhause wurden gestern Erklärungen von Seiten der Regierung über die österreichischen Bahnprojekte und die macedonischen Reformen abgegeben. Die englische Regierung steht dabei auf Seite Rußlands. Lord Fitzmaurice meinte zwar im Unterhause zugeben, daß der österreichische Bahnbau sowohl den Bestimmungen des Berliner Vertrages als den Verkehrsbedürfnissen entspricht. Andererseits — und darin kommt die Rücksicht auf Rußland zum Ausdruck — hat Lord Fitzmaurice Befürchtungen, daß die Worte die „Angelegenheit der Mächte“ — die aber wirklich nichts neues ist — dazu beitragen wird, das „macedonische Reformwerk“ zu verzögern. Eine „Befürchtung“, die bei dem traurigen Stand und dem langsamen Tempo der Reformen nicht allzu tragisch genommen zu werden braucht. Schärer sprach der Minister des Äußeren Grey im Unterhause. Zuerst geht auch aus seiner Rede hervor, daß die Vorgänge im Balkan zu „keiner Katastrophe“ führen werden. Grey sagte, als Mitglied eines Kongresses empfehle man sich weder seinen Kollegen noch erhalte man seinen Einfluß dadurch, daß man sich eben dieses Einflusses rühme. Wenn man eine Politik treiben wolle, die die eine Macht beiseite schieben, eine zweite nicht beachten und mit einer dritten ein Sonderbündnis schließen will, wie könne da das Kongress ein wirkungsvolles Mittel für seine Zwecke bleiben? Es ist angebeutet worden, wir sollten anderen Mächten beweisen, daß es und ernst ist, dadurch, daß wir ihnen zu versprechen geben, daß unangenehme Folgen entfallen würden, wenn nichts geschähe, was wir für nötig halten. Sollen wir soweit gehen, so sagen, daß wir zu einer Katastrophe bereit sind, wenn wir unsere Ansicht nicht durchsetzen können? Grey fuhr dann fort, er glaube nicht, daß eine isolierte Aktion Englands zur Lösung der macedonischen Frage wirksam beitragen würde, sie würde vielmehr England in Schwierigkeiten bringen, deren Ende niemand vorhersehen könnte. Daß dieser Augenblick zur Förderung eines umfassenden Eisenbahnplanes gewählt wurde, der die Zustimmung des Entlans erfordere, müsse sicherlich die Befürchtung erwecken, daß eine der Mächte innerhalb des Kongresses ihre Aufmerksamkeit ihren eigenen Interessen angepaßten Zielen zuwenden, zu denen sie ein Recht habe, aber auf Kosten der macedonischen Reformen. Jeder derartige Einbruch müsse auf die öffentliche Meinung der Balkanländer, Konstantinopel und des Kongresses selbst die ungünstigste Wirkung haben. Grey fuhr fort, er würde es tief bedauern, wenn ein solcher Einbruch Boden gewinne, weil er wünsche, daß das Kongress aufrecht erhalten bleibe. England hätte sichere Garantien, daß die türkische Frage nicht zum Kriege führen würde. Würden die Mächte des Kongresses einmal den Kontakt miteinander verlieren, so könnten sie nicht vorhersehen, welche Mißverständnisse sich zwischen sie einschleichen würden. Er vertraue, daß die Befürchtung, Oesterreichs Pläne hätten das Kongress gestört, sich als unbegründet erweisen würde. Was die britischen Gendarmereipläne anlangt, so sei England bereit, jeden eigenen Plan zugunsten irgend eines anderen, den irgend eine andere Macht vorschlägt, aufzugeben, wofür sich dieser nur als gleich wirkungsvoll erweise.

Dänemark.

Das Kommunalwahlrecht.

Kopenhagen, 20. Februar. Das Landsting nahm in dritter Lesung den Gesetzesentwurf betreffend Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts mit 22 gegen 29 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen an. —

Rußland.

Das geplante Attentat.

Petersburg, 23. Februar. Der italienische Journalist Mario Galvino, einer der verhafteten Teilnehmer an dem terroristischen Komplott gegen den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und andere hochgestellte Persönlichkeiten, bei dem ein Sprengschlag von großer Kraft vorgenommen wurde, erklärte, daß er einer fliegenden Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei des nördlichen Gebietes angehöre, lehnte jedoch jede weitere Angabe über diese Angelegenheit ab. Galvino wird zusammen mit

den übrigen Teilnehmern an dem Komplott und auf den gleichen gerichtlichen Grundlagen zur Verantwortung gezogen werden. —

Gegen Finnland.

Petersburg, 23. Februar. Laut Beschluß des Ministerrats erfolgt die Ernennung und Abberufung des finnländischen Generalgouverneurs und seines Gehilfen künftig durch kaiserlichen Ullas an den dirigierenden Senat. Der Ullas wird dem Senat und dem Minister-Staatssekretär durch den Generalgouverneur zur Kenntnis gebracht. —

Das Agrarprogramm der rechtsstehenden Bauernabgeordneten.

Die strengkonservativen „Petersburgskaja Bedomosti“ veröffentlichten dieser Tage ein Dokument, das bei den Führern der Majoritätsparteien der Duma schwerlich angenehme Empfindungen ausgelöst hat.

Es handelt sich um das Projekt der Agrarreform, das von den Bauernabgeordneten der gemäßigten Rechten in die Duma eingebracht wurde. In diesem Projekt brechen die konservativsten, rücksichtslosesten Elemente der Bauernschaft, die nur dank der Unterstützung der Junker in die Duma gelangten, endgültig mit ihren abgigigen „Führern“ und „Gönnern“, indem sie sich unumwunden für eine radikale Agrarreform aussprechen.

Das Projekt verlangt, daß jeder Bürger des russischen Reiches, der den Boden ohne Hinzuziehung von Lohnarbeit selbst bearbeitet oder bearbeiten will, einen Landteil erhalte, der den Bedürfnissen seiner Familie entspricht. Den Bauern sollen die Staats-, Apanagen-, Kabinets- und Klosterländereien unentgeltlich, die Privatländereien, die an Bauerngenossenschaften wie an einzelne Personen in Pacht oder Halbpacht gegeben werden, gegen gerechte Entschädigung auf legislativem Wege übergeben werden. Die Höhe des Landanteils wird hierbei auf Grund der Angaben der Dorfgemeinden und der auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten lokalen Agrarkommissionen festgestellt. Die Enteignung der Gutsländereien wird im Verhältnisse zu den Bedürfnissen der landarmen und landlosen Bauern des betreffenden Bezirkes von den zuständigen Agrarkommissionen vorgenommen, wobei die früheren Besitzer der enteigneten Grundstücke aus den Mitteln des Staatsschatzes befriedigt werden. Die hierzu erforderlichen Geldmittel sollen auf dem Wege der progressiven Besteuerung aller Ländereien und industriellen und Handelsbetriebsstätten, insbesondere der Bergwerke und Fabrikbetriebe, herangezogen werden. Das sind im großen und ganzen die Hauptforderungen des Projektes.

In der strikten Anwendung des Prinzips der Zwangsenteignung der Gutsländereien geht das vorliegende Projekt weiter als das der Kadetten, das in gewissen Fällen von Zwangsenteignung absieht. Im übrigen steht es diesem außerordentlich nahe.

Indem das Projekt die Vorarbeiten für die Agrarreform den Gemeinde-, Kreis- und Gouvernementsversammlungen überweisen will, die auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählt werden, nähert es sich dem Standpunkt der Trudowiki und Sozialdemokraten, die durch Schaffung zahlreicher lokaler Institutionen eine feste Basis für die Agrarreform ins Leben rufen wollen.

Marokko.

Paris, 23. Februar. Nachdem General d'Amade die Absicht geäußert hatte, seine Operationen am nächsten Donnerstag wieder aufzunehmen, ersuchte ihn die Regierung, telegraphisch ihr mitzuteilen, welchen Operationsplan er aufgestellt habe und ob er sicher sei, über die zur Durchführung dieses Planes nötigen Streitkräfte zu verfügen.

Einem Telegramm des Admirals Philibert zufolge ist die politische Lage in Marokko unverändert. Die Truppen d'Amades lagern in ihren Quartieren. —

Aus der Partei.

Der Bildungsausschuss

hat vor einigen Tagen eine Sitzung abgehalten, in der er zunächst wiederum den Genossen Hugo Weimann-Verlin zu seinem Vorsitzenden wählte. Aus dem Bericht des Geschäftsführers ging hervor, daß sich die Arbeiten des Bildungsausschusses in einer Weise vermehrt haben, die für das Anwachsen der planmäßigen Bildungsarbeit in den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse ein erfreuliches Zeugnis ablegt.

Die Aktion des Bildungsausschusses zur Hebung und Verbesserung der Jugendlektüre für proletarische Kinder ist von der Partei- und Gewerkschaftspressen in dankenswerter Weise unterstützt worden, so daß sich der Verkauf empfehlenswerter Jugendchriften gegen die Vorjahre bereits merklich gehoben hat. Allerdings haben auch noch einige Parteiblätter neben dem Verzeichnis des Bildungsausschusses Zusammenstellungen von Weihnachtslektüre für Kinder veröffentlicht, die wertlosen Schund enthielten, ein Verfahren gegen das der Bildungsausschuss bei den zuständigen Stellen Einspruch erhoben wird. Der Bildungsausschuss beschloß, das Jugendchriftenverzeichnis zum nächsten Winter rechtzeitig in erweiterter Form herauszugeben. Die Vorträge über die Jugendchriftenfrage, die in den Wochen vor Weihnachten in verschiedenen Städten stattgefunden haben, haben noch nicht überall das wünschenswerte Interesse gefunden, sie sollen aber dennoch im nächsten Winter fortgesetzt werden.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse des Bildungsausschusses haben bisher — teils als Unterrichtskurse vor circa 30 bis 50 Teilnehmern, teils als Vortragszyklen vor 150 bis 300 Zuhörern — in folgenden Städten stattgefunden: Erfurt, Weimar, Apolda; Stuttgart, Heilbronn, Köppingen; Altenburg, Schmöln, Zeitz; Kiel, Flensburg, Rummelsburg, Bremen, Harburg, Hannover; Dortmund, Bitten, Gelsenkirchen. Als Redner waren die Genossen Dr. D. Dunder und Otto Mühlke tätig. Weitere Kurse haben auf Veranlassung des Bildungsausschusses in Jwidau, Glauchau, Greiz und Badenwalde (Vortragender: Genosse Julian Gorkhards) und in Plauen, Crimmitschau, Verdau (Vortragender: Genosse Hermann Wendel) stattgefunden, eine Reihe weiterer Kurse sind gegenwärtig im Gange. Diese Art parteigenösslicher Aufklärungsarbeit hat überall den lebhaftesten Beifall der Genossen, insbesondere der Teilnehmer, gefunden. Die Berichte der Organisationen betonen in gleichem Maße die dringende Notwendigkeit dieser methodischen Bildungsarbeit wie ihren offensichtlichen Erfolg. Der Bildungsausschuss sieht in dem Ausbau der Wanderkurse eine seiner wichtigsten Aufgaben.

Die Schaffung eines Rednerverzeichnis hat der Bildungsausschuss nach längerer Beratung abgelehnt. Dagegen soll die Zusammenstellung von Musterkatalogen für Bibliotheken nach Möglichkeit beschleunigt werden. Im Zusammenhang damit soll später die Organisation von Wanderbibliotheken erörtert werden. Die Herausgabe von Führern durch Dramen und Opern soll möglichst gefördert werden, daß zum nächsten Herbst eine größere Reihe von Einführungen vorliegt.

Ein Wanderkursus für zwei Städte in der Zeit vom 30. März bis zum 16. April und ein weiterer Kursus für drei Städte in der Zeit vom 21. April bis zum 20. Mai sind noch frei. Organisationen, die diese Reise belegen möchten, werden gebeten, sich mit der Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Heintich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) in Verbindung zu setzen.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den 11. badischen Reichstagswahlkreis (Mannheim), dessen letzten Quartalsbericht wir in Nr. 27 beibrachten, hat seinen Jahresbericht für 1907 herausgegeben. Er hatte danach am Anfang des Jahres 1907 5738 Mitglieder, am Schluß 6093. Ein Rückblick auf die letzten Jahre zeigt folgende Entwicklung:

	Mitglieder des Soziald. Vereins	Komponenten der „Vollstimme“
1903 31. Dez.	2868	8 924
1904 31. Dez.	2867	8 058
1905 31. Dez.	3606	9 802
1906 31. Dez.	5738	11 763
1907 31. Dez.	6093	12 473

Im Ortsverein Mannheim sind 4600 Mitglieder, darunter 298 Frauen organisiert, gegen 3596 des Vorjahres. Eine Ende des Jahres aufgestellte Statistik der Mitglieder des Ortsvereins Mannheim hat ergeben, daß von 15 094 gewerkschaftlich organisierten 3598 gleich 23,17 Proz. dem sozialdemokratischen Verein als Mitglieder angehören. Im Berichtsjahr wurden vom Kreisverein sechs Lehrkurse abgehalten. Am 1. Januar 1907 wurde ein Parteisekretariat errichtet. Zum Sekretär wurde der langjährige Kassierer des Wahlkreises Genosse H. Schaefer gewählt. Mit dem Sekretariat ist zu gleicher Zeit die Parteibuchhandlung verbunden. Die Einnahmen der Kreiskasse beliefen sich auf 29 560,52 M., die Ausgaben auf 28 927,09 M.

Die Einnahmen des Ortsvereins Mannheim betragen mit einem Kasseebestand von 360,74 M. insgesamt 21 734,59 M., die Ausgaben 19 093,10 M., der verbleibende Bestand 2341,49 M.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine mißglückte Polizeiaktion. Aus Halle a./S. berichtet man: Bekanntlich fanden am Abend des 9. Januar auch hier Demonstrationsversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht statt. Als der Verleger des Volksblatts, Genosse Groß, nach dem Volkspark ging, kam zufällig ein Trupp Arbeiter hinter ihm her, der ebenfalls in die Versammlung gehen wollte. Die Polizei machte Groß zum „Führer“ der Demonstration und verlangte von ihm 6 Mark wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes. Genosse Maurer Westphal, der ganz mütterlichenweise auf der anderen Straßenseite ging, sollte ebenfalls 6 Mark „Demonstrationsgebühren“ zahlen. Das Schöffengericht sprach aber beide Genossen nach beantragter gerichtlicher Entscheidung frei.

Die Berichte der Ueberwachenden. Von der Anklage der Verleumdung der deutschen Schutztruppen, von Kolonialbeamten u. a. war der Parteisekretär Genosse Trubalski vom Landgericht Gleiwitz freigesprochen worden. Die Anklage stützte sich auf die Notizen der Ueberwachenden Beamten in verschiedenen Reichstagswahlversammlungen, in denen Trubalski als Reichstagskandidat gesprochen hatte. Doch diese Notizen waren teils in deutscher, teils in polnischer Sprache geschrieben, ungenau, ohne Zusammenhang und widersprüchlich, so daß die Freisprechung erfolgte, zumal Trubalski der Schluß des § 193 als Reichstagskandidat zugesprochen wurde. — Die Revision des Staatsanwalts, der geltend machte, daß aus den Notizen, wenn auch nicht der genaue Wortlaut, so doch beileidigende Sinne der Reden entnommen werden könnte, wurde vom Reichsgericht verworfen. Es bleibt also bei dem Freispruch.

Gewerkschaftliches.

Der Vormarsch.

Das gewaltige Treffen im Bauernruf wird immer unvermeidlicher. Wir haben schon mitgeteilt, daß die Unternehmerverbände den Bauarbeitern überall da die Verträge kündigten, wo diese im März dieses Jahres ablaufen. Zu gleicher Zeit wurde den Arbeitern ein Vertragsentwurf vorgelegt, der nach einem einheitlichen Schema alle irgendwie erheblichen Abstände abhebt und namentlich eine Arbeitszeiterhöhung unbedingt verweist. Die Arbeiter ihrerseits haben nun für weite Gebiete Vertragsentwürfe ausgearbeitet und den Unternehmern vorgelegt, die — von rein sachlichen Erwägungen ausgehend — eine Regelung der Löhne und, wo dies nach Lage der Sache ein unbedingt Erfordernis, auch eine Verkürzung der Arbeitszeit vorsehen. Die ruhige und besonnene Laktik der Arbeiter, ebensowohl von Unbesonnenheit wie von Kesseltätigkeit entfernt, ist nun allerdings nicht nach dem Sinne der Scharfmacher. Sie wollen keine sachlichen Auseinandersetzungen, sie wollen unbedingte Unterwerfung der Arbeiter.

So beschloß denn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf seiner jüngsten Versammlung in Hannover, daß an dem vom Bund herausgegebenen Muster für den Abschluß von Tarifverträgen nicht geändert werden dürfe, und daß, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zustande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden; ausgenommen natürlich in denjenigen Orten, wo Tarifverträge bestehen. Weiter wurde hierzu einstimmig beschloffen, daß bei eintretender Arbeitslosigkeit den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitestgehende Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Und die „Baugewerks-Zeitung“ des Herr Felisch teil mit, man habe beschloffen,

„als ultima ratio — die schwerste Waffe der allgemeinen Aussperrung zum 1. April d. J. bereit zu legen, falls die Gewerkschaften aus Eigenstun oder Unverstand die zu schließenden Tarifgemeinschaften nicht auf die Waffe der erwähnten Vorlage stellen wollen“.

Also: „Friß Vogel oder stirb“. Die Vorlage der Scharfmacher muß angenommen werden. Verhandlungen auf anderer Basis gibt es nicht! Man wird diese Erklärungen festhalten müssen für den Augenblick, wo die Scharfmacher und ihre Organe die Schuld an dem Ausbruch des Kampfes nach gewohnter Manier wieder der Arbeiterklasse zuschieben versuchen werden. Wo Eigensinn und Unverstand herrschen, zeigen diese Reuerungen jedenfalls sehr deutlich.

Inzwischen sind die Unternehmer denn auch eifrig beschäftigt, der Kriegserklärung die Kriegsvorbereitungen folgen zu lassen. Der Verband der Baugeschäfte Berlins hat zu diesem Zwecke ganz nach dem Muster des Rühnemänner-Verbandes einen sogenannten „Arbeitsnachweis“, in Wirklichkeit ein Abregelungsbureau eingerichtet. Die Mitglieder des Unternehmerverbandes dürfen keinen Arbeiter mehr ohne Vermittlung dieses Nachweises einstellen. Den Kollegen wird das Recht der Einstellung genommen. Alle Arbeiter sind von ihnen oder den Kontorangestellten nach den Nachweisstellen der Scharfmacher — und zwar Maurer und Zimmerer nach dem Stadtbahndrogen 92 in der Dirksenstraße und Bauarbeiter nach der Pusthstr. 1 — zu verweisen. Die einzustellenden Arbeiter erhalten dort eine Arbeitsberechtigungskarte, in der die Firmen, bei welchen sie zuletzt gearbeitet haben, und die Zeit, wo sie dort beschäftigt wurden, eingetragen sind.

Ein Zirkular, das der Unternehmerverband jüngst an seine Mitglieder verandete, sagt selbst zu der Neuerung:

„Wir verstehen uns nicht, daß die Einführung des obigen Arbeitsnachweises zunächst keine leichte Aufgabe sein wird. Es gilt

Hier, alle Gewohnheiten aufzuheben, dieselben auch den passiven Widerstand einzelner zu überwinden. Vor allem aber werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften alles daransetzen, um unseren Plan zum Scheitern zu bringen. Dem steht gegenüber, daß wir den obligatorischen Arbeitsnachweis einführen müssen, wenn wir in den zukünftigen Kämpfen, mit denen die Arbeitnehmer dauernd drohen, bestehen wollen."

Hier wird mit dürren Worten der Kampfcharakter der Einrichtung zugegeben.

Überall also sind die Unternehmer auf dem Vormarsch begriffen. Der Zusammenstoß im Baugewerbe scheint also unvermeidlich, sobald die gefürchteten Tarife ablaufen. Ob aber die Organisation der Scharfmacher eine so gefestigte ist, wie sie nach außen hin vorgeben, das soll erst noch die Zukunft erweisen.

Berlin und Umgegend.

Eine aufgelöste Betriebsversammlung.

In der Ludwig Löwischen Maschinenfabrik haben sich seit einiger Zeit eine Reihe Mißstände herausgebildet, die längst eine Besprechung des Betriebspersonals notwendig machten. Eine solche sollte gestern im „Moabiters Gesellschaftshaus“ stattfinden. Da es sich ausschließlich um die Beratung interner Betriebsverhältnisse handelte, war eine behördliche Anmeldung nicht notwendig und auch nicht erfolgt. Auf dem zuständigen Polizeirevier hatte man jedoch von der Absicht, eine Betriebsversammlung abzuhalten, Kenntnis erhalten und dem Einberufer persönlich mitgeteilt, daß für diese Veranstaltung die Anmeldepflicht als vorliegend erachtet werde; von der Inhibierung wolle man jedoch absehen unter der Bedingung, daß ein — Geheimschutzmännchen an der Versammlung teilnehme!

Vom Einberufer, Genossen Sandke, wurde entschieden bestritten, daß die Löwischen Betriebszustände eine öffentliche Angelegenheit seien. Bei Eröffnung der Besprechung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nur Mitarbeiter des Betriebes anwesend sein dürften. Um den Charakter der internen Besprechung zu wahren und mit dem Vereinsgesetz nicht in Konflikt zu geraten, mußte natürlich auch der anwesende Kriminalbeamte zum Verlassen des Saales aufgefordert werden. Unmittelbar nachdem dies geschehen war, erschien der Polizeileutnant und löste die Versammlung im Namen des Gesetzes auf!

Selbstverständlich wird gegen diesen Eingriff Beschwerde erhoben werden.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in der Berliner Motorwagenfabrik dauert ununterbrochen fort. Einige Arbeitswillige, Mitglieder der gelben Gewerkschaft, können schon wegen ihrer geringen Leistungen die Streikenden auch nicht annähernd ersetzen. Wir erwarten, daß die Kollegen diesen Betrieb streng meiden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Schleifer! Der Streik bei der Firma Weber, Inhaber Weitz, Elisabethufer 19, ist beendet. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Acker- und Bauhandwerker! Wegen Nichtzahlung der Tarifpreise sind die Bauten Logenburger Straße 2-5 und Rigauer Straße 27 — Unternehmer Schley —, sowie der Bau Gottschewitz 1, Unternehmer Helm, für unsere Mitglieder gesperrt.

Freie Vereinigung der Tapezierer.

Achtung! Acker! Gesperrt sind: Grotzke, Balliadenstr. 105, Bau Stolpische Straße 53, Giedel, Eberdwalder Straße 31, Bau Goldiner Straße 29, Jhensfeld, Alexandrinenstraße 8, Bau Magienstraße 29/27, Wschaffenburger, Ede Haberlandstraße (Schöneberg), Drehschraube (Charlottenburg), Stegloff, am Bahnhof.

Die Sperre über die Firma Rosenhof, Feldstr. 10, 12/13 ist aufgehoben.

Die Verbandsleitung.

Der Holzarbeiterverband in Berlin im Jahre 1907.

Die Berliner Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat seinen Jahresbericht für 1907 herausgegeben. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der großen Aussperrung ein. Sie ist in allen Einzelheiten mit dokumentarischen Nachweisen belegt und gibt eine vollkommene Anschauung der Ursachen, des Verlaufs und der Resultate dieses großen Kampfes. Nachdem derselbe beendet war, ließ es sich die Verbandsleitung angelegen sein, die Durchführung der im Schiedsspruch zugesprochenen Lohnerhöhung von 5 Proz. zu kontrollieren. Dabei ergab sich, daß verschiedene Firmen erst durch die Schlichtungskommission zur Gewährung der 5 Proz. gezwungen werden mußten. In 20 an der Aussperrung beteiligten gewesenen Möbelwerkstätten mit 229 Arbeitern war die Lohnerhöhung bis zum Schluss des Jahres 1907 noch nicht durchgeführt. In diesen Betrieben konnte ein Zwang auf die Meister nicht ausgeübt werden, weil sie noch beendeter Aussperrung fast nur Streikbrecher oder Unorganisierte beschäftigt haben. In 291 an der Aussperrung beteiligten gewesenen Betrieben mit 7825 Arbeitern konnte eine Lohn- und Akkordpreiserhöhung von durchschnittlich 1,65 M. pro Woche festgestellt werden. Die Bautischler haben fast durchweg keine Erhöhung der Löhne erhalten. Ihre Verhandlungen über einen neuen Tarif waren am Jahreschluss noch nicht beendet. Nur 93 Maschinenarbeiter und 144 Lohnarbeiter in Bautischlereien und Betrieben, in denen auch andere Arbeiten angefertigt werden, haben eine Lohnerhöhung von 5 Proz. erhalten. In der Treppengeländerbranche bekamen 77 Lohnarbeiter in 12 Werkstätten 5 Proz. Lohnaufschlag. Die Werkstätten aller anderen Branchen der Tischlerei haben, abgesehen von den erwähnten Ausnahmen, die Lohnerhöhung durchgeführt. — Im Sommer und Herbst forderten auch die Arbeiter in den nicht unter dem Vertrage stehenden Betrieben eine Lohnerhöhung, die in vielen Betrieben ohne Streik und ohne Eingreifen des Verbandes gewährt wurde. In 201 derartigen Betrieben erhielten 2248 Arbeiter einen Aufschlag von 5 Proz. Dazu kommen noch die Betriebe für Innenausbau sowie die Präkerbetriebe, deren Vereinigungen besondere Verträge mit dem Holzarbeiterverband abgeschlossen haben. — Außer den Lohnerhöhungen nach der Aussperrung wurde in sechs Betrieben mit 101 Arbeitern eine sofortige Verlängerung der Arbeitszeit von durchschnittlich 1 Stunde pro Woche erzielt. — In Berlin und den Vororten (mit Ausnahme von Charlottenburg, wo keine Aufbesserung eingetreten ist) erhielten die Lohnerhöhung 2618 Arbeiter in 224 Nichtvertragsfirmen und 7105 Arbeiter in 318 Vertragsfirmen, zusammen 9723 Arbeiter in 542 Betrieben.

Abgesehen von der Aussperrung hatte der Holzarbeiterverband noch eine Reihe anderer Lohnkämpfe in Berlin zu führen. In mehreren an der Aussperrung nicht beteiligten Branchen war der Beschäftigung noch recht günstig, die Löhne aber bringend verbesserungsbedürftig. Somit war der Anlaß zu Lohnbewegungen und Streiks gegeben, wobei es zu neuen Vertragsablässen kam. In 45 Betrieben mit 665 Beschäftigten wurden 35 Angriffstreiks geführt. Davon hatten 27 vollen, 2 teilweisen, 6 keinen Erfolg. In 19 Betrieben mit 199 Beschäftigten gab es 19 Abwehrstreiks und zwar 10 mit vollen, 4 mit teilweisem Erfolg, 5 waren am Jahreschluss noch nicht beendet. 36 Lohnbewegungen ohne Streik wurden in 167 Betrieben mit 2883 Beschäftigten durchgeführt. Die große Aussperrung erstreckte sich auf 776 Betriebe mit 10374 Beschäftigten. Gegen das Jahr 1906 hat die Zahl der Streiks um 128 abgenommen. Dagegen betrug die Zahl der Streikenden im Berichtsjahre 11288 gegen 8039 im Jahre 1906, wovon 4223 allein auf die Aussperrung und nur 1845 auf die übrigen 57 Streiks entfallen. — Die Kosten der Angriffstreiks betragen 11300 M., der Abwehrstreiks 6334 M., der Aussperrungen 2229919 M.

Durch die Streiks und Lohnbewegungen wurde die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt in 3 Betrieben mit 37 Arbeitern um 1/2 Stunde.

Berlin. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

in 19 Betrieben mit 554 Arbeitern um 1 Stunde, in 2 Betrieben mit 49 Arbeitern um 1 1/2 Stunden, in 12 Betrieben mit 118 Arbeitern um 2 Stunden, in 1 Betrieb mit 3 Arbeitern um 2 1/2 Stunden, in 15 Betrieben mit 55 Arbeitern um 3 Stunden, in 2 Betrieben mit 14 Arbeitern um 6 Stunden, in 1 Betrieb mit 13 Arbeitern um 7 Stunden. — Lohnerhöhungen wurden erreicht durch die Aussperrung für 8653 Arbeiter in 492 Betrieben 14277 M., durch 30 Streiks für 1265 Arbeiter in 79 Betrieben 2543 M., ohne Streik für 1269 Arbeiter in 113 Betrieben 2100 M. Im Gesamtdurchschnitt beträgt die Lohnerhöhung pro Mann und Woche 1,69 M. — Außerdem wurde erreicht: Die Lohnsicherung bei Akkordarbeit für 692 Personen in 23 Betrieben, die Einführung der Lohnarbeit für 86 Personen in 6 Betrieben, die Anerkennung eines Mindestlohnes für 303 Personen in 57 Betrieben, die Anerkennung des Arbeitsnachweises für 255 Personen in 26 Betrieben, die Erhöhung des Montagegeldes für 886 Personen in 51 Betrieben, die Zahlung des Durchschnittsverdienstes bei Lohnarbeit für 211 Personen in 17 Betrieben.

Die Verbandsleitung hat im Berichtsjahre an 425 Mitglieder Rechtschutz bewilligt. Es handelte sich in 218 Fällen um gewerbliche Klagen, in 137 Fällen um Strafprozesse. Von diesen 137 Prozessen bezogen sich 33 auf Strafverfügungen gegen Streikposten wegen Übertretung der Straßenpolizeiverordnung, 97 Klagen wurden wegen sonstiger Streikvergehen erhoben, und 7 Klagen hatten ihre Ursache in anderen Vorgängen im Arbeitsverhältnis. Die Verurteilungen gegen die 33 Strafmandate hatten nur in einem Falle Erfolg, in 11 Fällen blieb es bei der festgesetzten Strafe und in 21 Fällen wurde dieselbe herabgesetzt. Die 97 verurteilten Mitglieder hatten 803 M. Strafe zu zahlen. Von den übrigen 101 Strafprozessen endeten 31 mit Freisprechung, 35 mit Verurteilung zu insgesamt 349 Tagen Gefängnis. Die meisten Klagen und Strafmandate rührten von der Aussperrung her.

An Unterhaltungen außer der schon erwähnten Streikunterstützung wurden gezahlt an Arbeitslose 304493 M., an Kranke 107247 M., in Sterbefällen 8360 M., in Notfällen 2057 M., bei Unfällen 8402 M., für Rechtschutz 22548 M.

Die Zahlstelle Berlin hatte am 1. Januar 1907 eine Mitgliederzahl von 27837, die am Schluss des Jahres auf 24002 zurückgegangen war. Da der Mitgliederzuwachs sich auf fast alle Branchen erstreckt, auch auf diejenigen, welche an der Aussperrung nicht beteiligt waren, so dürfte unserer Ansicht nach der Rückgang nicht, wie oft angenommen wird, eine Folge der Aussperrung sein. Man muß den Mitgliederverlust wohl als eine unvermeidliche Begleiterscheinung der schlechten Geschäftslage auffassen. Die gewerkschaftliche Rührigkeit des Holzarbeiterverbandes bürgt dafür, daß die zeitweilige Verminderung der Zahl seiner Mitglieder nur eine vorübergehende Erscheinung ist.

Deutsches Reich.

Lohnrückerei in der Handschuhindustrie.

Die außerordentlich ungünstige Geschäftskonjunktur, von welcher die Handschuhindustrie seit fast Jahresfrist betroffen ist, gibt einzelnen Firmen den willkommenen Anlaß, an den Arbeitslöhnen abzusaugen, was nur irgend geht. Die meisten deutschen Handschuhfirmen sind anständig genug, die in der guten Konjunktur eingegangenen Verpflichtungen ihren Arbeitern gegenüber aufrecht zu erhalten; zu den Lohnrückereien gehören ausnahmslos nur solche Firmen, die bisher schon die erbärmlichsten Löhne zahlten. So mußten sich die Handschuhmacher der Firma Frig Wollmann, Schönhauser Allee 31 zu Berlin, einen Lohnabzug von circa 5 Proz. gefallen lassen.

In Reuhaldensleben, wo fast die niedrigsten Löhne von ganz Deutschland bezahlt werden, reduzierten die Firmen Reinelt u. Rühl und Hermann den Arbeitslohn dergestalt, daß er heute niedriger ist, als im Jahre 1900. Die genannten drei Firmeninhaber waren früher selbst als Gehülften tätig, heute gehören sie dem Reichsverband zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung an und erwerben sich dort jedenfalls ein besonderes Verdienst, indem sie die Arbeiterbewegung durch Aushungierung der Arbeiter zu vernichten suchen.

Außerordentlich schlaun fängt es die Firma S. Alexander in Liegnitz an, die bereits 1902 einen Lohnabzug vornahm. Alexander ist Mitglied der Handelskammer und kann sich als solches wohl nicht auf einen Vertragsbruches schuldig machen. Um aber trotz der tariflich festgelegten Löhne seine Handschuhe zu den bereits 1898 üblichen Löhnen angefertigt zu erhalten, entläßt er mangels von Aufträgen die Fabrikarbeiter und beschäftigt stattdessen in Liegnitz und außerhalb unorganisierte Hausarbeiter.

Am schlechtesten spielen die Handschuhfabrikanten den armen Arbeiterinnen mit. Reist werden die Handschuhe in Dörfern Schlesiens und des Erzgebirges genäht, diese Arbeiterinnen sind bei ihrer Organisation und daher der Unternehmerwillkür ausgeliefert. In Johanngeorgenstadt i. S. wird z. B. von einer Reduzierung der Lohnlöhne berichtet, die von der Firma V. Cohn, G. m. b. H., angeündigt wurde. Genauere Berichte fehlen noch hierüber.

Jedenfalls werden die Handschuhmacher aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß sie ihre Organisation so zu kräftigen und auszugestalten haben, um die nächste Periode der Prosperität zu ihrem Vorteil auszunutzen zu können.

Kürzere Arbeitszeit — höherer Lohn.

Nach einer Statistik des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands stellt sich die Dauer der täglichen Arbeitszeit für die Arbeiter um so günstiger, je größer der Ort ist, in dem gearbeitet wird. In Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern stellt sich die tägliche Arbeitszeit für 64,48 Proz. der Zimmerer auf weniger als zehn Stunden, während dieser Prozentsatz schon in Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern auf 22,01 sinkt. Von je 100 Zimmerern haben eine Tagesarbeitszeit

in Orten mit Einwohnern	unter 10 Stunden	10 Stunden	mehr als 10 Stunden
über 100 000	64,48	33,57	1,95
20 000—100 000	22,01	64,99	13,00
5 000—20 000	7,89	60,53	31,64
2 000—5 000	8,81	51,93	39,26
unter 2 000	6,40	51,42	42,18

Die Lohnhöhe steht im umgekehrten Verhältnis zur Länge der Arbeitszeit. Denn der Durchschnitt der Stundenlöhne beträgt in der ersten Ortsgroßenklasse 61,71 Pf., in der zweiten 49,12, in der dritten 40,55, in der vierten 38,06 und in der fünften endlich 36,35 Pfennig. Ein Zimmerer der ersten Ortsgroßenklasse verdient bei 10stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 5,55 M. pro Tag, während ein Zimmerer der fünften Klasse bei 12stündiger Arbeitszeit nur auf 4,36 M. kommt. Der Unterschied im Tagesverdienst ist sehr bedeutend und beträgt circa 27,8 Prozent. Wenn auch die Kosten für den Lebensunterhalt in den kleineren Orten, namentlich aber die Mieten, niedriger sind als in den Großstädten, wenn ferner auch die Arbeitsleistung der großstädtischen Arbeiter höher ist, so wird durch diese beiden Momente der Unterschied in der Bewertung gleicher Arbeitskraft nicht völlig aufgehoben. Jedenfalls muß für eine gesunde Arbeitsmarktpolitik der Ausgleich der Arbeitsbedingungen in Stadt und Land ein erstrebenswertes Ziel darstellen.

Christliche Arbeitervertreter als Kronzeugen für eine neue Zuchtanstalt.

Weil die Christlichen sich ihren Mitarbeitern gegenüber monoton so benehmen, daß es die übrigen Arbeiter unter ihrer Würde halten müssen, das Zusammenarbeiten mit solchen Schädlingen der Arbeiterfrage fortzusetzen, befohlen die Führer der Christlichen die Dreistigkeit, im bayerischen Landtag folgenden Antrag einzubringen:

„Unternehmern, die sich um Übernahme von Arbeiten auf Rechnung des Staates bewerben, solche nur dann zu übertragen,

wenn sie durch Vertrag die Verpflichtung übernehmen, ihre Arbeiter gegen jede Gewaltmaßregel durch Mitarbeiter, insbesondere gegen Vorkommnisse, zu schützen. Für den Fall der Nichtbeachtung dieser Verpflichtung hat sich der Staat das Recht zu reservieren, die in Frage kommenden Arbeiten auf Kosten des betreffenden Unternehmers von anderen Firmen ausführen zu lassen;

den Stadt- und Gemeindevertretungen, sowie den Distrikten nahe zu legen, vorkommende Bestimmungen ebenfalls in Anwendung zu bringen.“

Kun kommt „Die bayerische Industrie“, das Organ des bayerischen Industriellenverbandes, auf diesen Antrag der Christlichen zu sprechen.

Das Unternehmerblatt sagt, so berechtigt das Motiv des Antrages sei, so könnten die Industriellen doch nie und nimmer die Anträge zustimmen. Jeder Unternehmer werde schon aus ureigenen Interessen, ohne daß es Landtagsbeschlüsse bedarf, aus seinem Werk Heber und gefährliche Agitatoren möglichst fernhalten. Dagegen aber erhebe die bayerische Industrie lebhaften Protest, daß seitens des Staates und der Regierung hinsichtlich der Einstellung und Entlassung von Arbeitern ein Zwang auf sie ausgeübt werde. So lange nicht der Staat, sondern der Unternehmer die Löhne bezahle, so lange nicht insbesondere der Staat eine gesetzliche Handhabe auf Entschädigung gegen die Gewerkschaften wegen fröhd herausbeschworener Streiks biete und den Unternehmern die Möglichkeit der Einweisung der Schadenssumme garantiere, so lange müsse es die bayerische Industrie ablehnen, daß, sei es direkt oder indirekt, der Staat einen Einfluß erhalte auf die Einstellung der Arbeiter. . . . In Betrieben mit überwiegend roten Arbeitern würde der Unternehmer gezwungen sein, alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu entlassen; beschäftige er dagegen nur Nichtsozialdemokraten, so würden sich Christliche und Hirsch-Dundersche auf Kosten des Unternehmers beschämen: kurz, eine derartige Bestimmung treffen, heiße mit dem Feuer spielen, den Streik herausbeschwören.

Aber, — sagt das Unternehmerblatt weiter — nun haben selbst organisierte Arbeiter die Notwendigkeit eines wirksamen Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen dargetan. Das Wort „Zuchtanstaltvorlage“ habe damals „die Köpfe verwirrt“ und auch die „brauchbaren“ Teile der Vorlage seien als Ausnahmegesetz der Furcht vor Mandatsverlusten zum Opfer gefallen. Keine man eine zukünftige Zuchtanstaltvorlage nicht Zuchtanstaltvorlage — schließt der Artikel in dem Unternehmerblatt dem Sinne nach — sondern „Novelle zum § 153 der Reichsgewerbeordnung“, dann müsse logischerweise auch das Zentrum dafür eintreten, nachdem die Zentrumsgewerkschaft Schwarz und Oswald, die Vertreter der christlichen Arbeiter im bayerischen Landtag das neue Zuchtanstaltgesetz bereits begründet haben.

Die Fabrikshutmacher in Meerane i. S. (Baumann und Malz) sehen noch immer in Aufstände. Die Firma sucht unter der Vorpiegelung, der Streik sei beendet, überall Arbeitswillige zu bekommen. — Wir ersuchen um Solidarität und bitten alle arbeitereundlichen Blätter um mehrmaligen Abdruck.

Die Streikkommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Aussperrungsfieber.

Riel, 26. Februar. (B. L. W.) Die Sowaaltdwerke haben heute 60 Proz. ihrer Arbeiter ausgesperrt. Es ist dies eine Gegenmaßregel gegen die von den organisierten Arbeitern erfolgte Arbeitsniederlegung in einzelnen Betrieben des Schiffbaues.

Rafis Reinfass.

Rom, 26. Februar. (B. S.) Die bisher aus Sigilien eingetroffenen Meldungen beweisen, daß die Anstrengungen der Anhänger Rafis, eine große Volksbewegung ins Werk zu setzen, gescheitert sind. Außer unbedeutenden Unruhen in Palermo und Trapani sind keine Zwischenfälle nirgends zu verzeichnen. Die Tatsache, daß Rafis, der auf Tausende von Sympathisanten gerechnet hatte, deren nur 150 erhielt, hat den Exminister niedergedrückt. Die Regierung hat beschlossen, wegen der skandalösen Enthüllungen, die der Prozeß gebracht hat, eine Untersuchung über die Verwaltung des Ministeriums für öffentlichen Unterricht einzuleiten.

Die dahingehende Anregung unserer italienischen Genossen hat also gescheitert!

Duma-Parade.

Sankt Petersburg, 26. Februar. (B. L. W.) Heute trafen mit Extrazug Abgeordnete der Duma hier ein und fuhrten in Hofequipagen nach dem Palais. Alsdann erschien der Kaiser, gefolgt von dem Minister der kaiserlichen Hauses und seiner Begleitung, und wurde mit begeisterten Hurrarufen begrüßt. Der Kaiser begrüßte hierauf die Abgeordneten mit folgender Ansprache:

„Ich bin froh, Sie bei mir zu sehen und Ihnen Erfolg in den anscheinend einen glücklichen Verlauf nehmenden Arbeiten der Reichsduma zu wünschen. Seien Sie eingedenk, daß Sie von mir berufen sind, zum Zweck der Ausarbeitung der für Rußland nötigen Gesetze und um mir in der Aufgabe der Festigung und Ordnung des Reiches behilflich zu sein. Von allen Gesetzentwürfen, die laut meiner Befehle in der Reichsduma eingebracht wurden, halte ich den Gesetzentwurf betreffend Verbesserung der Landbesitzverhältnisse der Bauern für den allerwichtigsten und erinnere an meine mehrfachen Hinweise, daß eine Verletzung irgendwelcher Eigentumsrechte niemals meine Sanktion erhalten wird.“

Ich weiß, mit welchen Gefühlen und Gedanken Sie bei mir erschienen sind. Rußland wuchs und erstarke im Laufe von tausend Jahren dank dem inbrünstigen Glauben der russischen Leute und ihrer Ergebenheit gegenüber ihrem Kaiser und ihrer grenzenlosen Liebe zum Vaterlande. Solange dieses Gefühl im Herzen eines jeden Russen lebt, wird Rußland sich des Glückes, der Wohlfahrt und der Festigkeit erfreuen. Ich flehe mit Ihnen zu Gott, daß diese Gefühle immerdar im Herzen russischer Leute fortleben und die Sonne des Glückes über unserem mächtigen Vaterlande leuchten möge.“

Nach Beendigung der Rede des Kaisers erschallten abermals Hurrarufe. Alsdann erschien die Kaiserin Alexandra mit dem Thronfolger.

Der Kaiser und die Kaiserin schritten, den Thronfolger in ihrer Mitte an den Händen haltend, die Reihen der Abgeordneten entlang; der Kaiser ließ sich mit einigen Abgeordneten in ein Gespräch ein. Hierauf zogen sich die Reichstagen in ihre Gemächer zurück. Den Abgeordneten wurde im Palais ein Frühstück serviert. Nach ihrer Rückkehr nach Petersburg wohnten die Abgeordneten in der Kasan-Kathedrale einem Dankgottesdienste bei.

Der geräuschlose Tod.

Washington, 26. Februar. (B. S.) Beim Patentamt wurde eine geräuschlose Schießwaffe zum Patent angemeldet.

Reichstag.

100. Sitzung vom Mittwoch, den 26. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel Reichsgericht.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ein Prozeß, der im vergangenen Jahre sich vor dem Reichsgerichte gegen meinen Parteigenossen Liebknecht abgespielt hat, wobei Liebknecht durchaus unberechtigt wegen Hochverrats vom Reichsgericht verurteilt wurde, gibt mir Anlaß, mit einigen Worten auf die Voraussetzungen der Unabhängigkeit der Richter einzugehen. Der Prozeß Liebknecht war ja ein

Tendenzprozeß

nach jeder Richtung hin. Liebknecht wurde verurteilt, weil er eine andere politische Richtung hatte als die Richter. Während der Verhandlung wurde von dem Vorsitzenden berichtet, über die Schrift Liebknechts, wegen deren er angeklagt war, ein selbständiges Referat zu geben, statt sie zu verlesen, ein Versuch, der an dem Widerspruch der Verteidigung scheiterte. Auf die Einzelheiten des Prozesses sowie des Urteils will ich nicht eingehen. Nach diesem Urteil könnte in der Tat jeder, der eine politische Ansicht hat, die nach der Ansicht der jeweiligen Richter des Reichsgerichts nicht die richtige ist, mit der Möglichkeit rechnen, daß er wegen Verurteilung des Hochverrats unter Anklage gestellt werde. Die Rechtsunsicherheit ist ja dann ganz besonders gefährdet, wenn für die Auswahl der Richter, die dort vorhanden sind, politische Motive maßgebend sind, wenn nicht die Fähigkeit der Richter dafür entscheidend ist, ob sie im Reichsgericht berufen werden, sondern wenn entscheidend ist, ob sie in der Verwaltung tätig waren, und welche politische Gesinnung sie haben. Die Schäden, die dadurch in unserer Rechtspflege vorhanden sind, gehen weit hinaus über die Klassenjustiz, weil dadurch geradezu der Anlaß gegeben ist, Unschuldige auf die Anklagebank zu zerren, aus keinem anderen Grunde, als weil sie anderer politischer Meinung sind als die jeweiligen Richter des Reichsgerichts. In der letzten Zeit haben wir ja auch gesehen, daß der Oberrechtsanwalt zum Senatspräsidenten befördert worden ist, und zwar zum Präsidenten desjenigen Senats, der über politische Vergehen, über Hochverrat in erster und letzter Instanz entscheidet. Ich halte es für überaus gefährlich, daß über solche Anklagen nur eine Instanz entscheidet, und zwar eine Instanz von lauter gelehrten Richtern. — Oft erfährt der Angeklagte erst aus dem Urteil, welche neue Konstruktion seiner Tat gegeben worden ist. Im Falle Liebknecht waren nacheinander

fünf völlig von einander verschiedene Auffassungen

über den Tatbestand vorhanden. Wenn der Angeklagte nun erst aus dem Urteil erfährt, welche verkehrte Anschauung für die Beurteilung maßgebend gewesen ist, so muß unter allen Umständen darauf gedrungen werden, daß eine zweite Instanz geschaffen wird. Zum Schutze des Angeklagten, nicht etwa zum Schutze des Staatsanwalts und des Reichsanwalts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist für die Rechtsunsicherheit umso mehr notwendig, als politische Motive dafür maßgebend sind, Richter in die höheren Stellen aufzulegen zu lassen. Es hat sich ein großer Verein von Richtern gebildet, welcher betont, die Unabhängigkeit des Richters bestehe nicht darin, daß man von der Unverletzlichkeit und der Unschwiebigkeit der Richter spricht, sondern dazu seien ganz andere Garantien notwendig. Garantien, für die Unabhängigkeit des Charakters. Solche Garantien haben wir beim Reichsgericht nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Charakterunabhängigkeit, behauptet jener Verein von Richtern, von dem ich spreche, könne um so weniger vorhanden sein, wenn ein System der Beförderung geschaffen werde, das der inneren und äußeren Unabhängigkeit widerspreche. Insbesondere wird von den Richtern betont: Los von der Verwaltung! Um die volle Unabhängigkeit der Richter zu garantieren — ich spreche jetzt nur von gelehrten Richtern — wird von dem Verein behauptet, und meines Erachtens mit vollem Recht — müsse das Beförderungssystem in sich geregelt sein, so daß nicht mehr die Verwaltung über die Beförderung zu entscheiden habe, sondern die Beförderungen müssen aus dem Richterstande selbst vorgeschlagen und vollzogen werden. Ich halte das für sehr notwendig.

Kleines feuilleton.

Aus den Liedern eines Sklaven.

Von Swatopluk Cech.

Schlimmer als die Anekdote selber Ist der Anrechtschiff Geist. Der wie schleichend Fiebergift uns Auf die Kniee reißt. Seht die Streber und die Schmeichler, Seht die Heuchler und die Speichler, Die vorm Obern scheu sich ducken Und aufs Reid dem Niedern spucken! Seht die blinden Schlangen schleimig glatt sich winden, Wo Erfolg und Vorteil gleicht! Der Helote, der zum Hüter Jüngst uns ward geandt, Er verriet um gelbes Gold uns Und um eillen Land. Ah! sein Denken, ah! sein Simmen Heißt: gewinnen, nur gewinnen! Greift er, Blut von unserem Blute, Lieb- und ehrlös doch zur Krute, Die er wider Seine eignen Verdesbrüder Täglich schwingt mit selber Hand! Demut wächst wie andres Unkraut Uppig auf der Flur — Kriechend folgen lunge Leute Des Gebieters Spur. Ah! sie können es nicht lassen, Seines Purpurs Saum zu fassen Und vor seines Hodnes Blicken Dazustehn mit trummem Rücken. Sich verneigen, In der Hand den Hut — sie zeigen Sich in dieser Haltung nur. Wird zum Kampfe denn sich reißten Niemand Mann an Mann, Daß nicht länger uns verhöhne Palcha und Tyrann? Wann wird uns von Haß und Hader Nicht mehr schlagen jede Ader? Wann der ruhelose Reigen Unser Leidenschaften schweigen, Die da brausen Wie Gebrüll im blut'gen, grausen Raubtierzwinger — wann, o wann?

um die Unabhängigkeit der Richter zu einer Tatsache zu machen, anstatt daß man uns das

Märchen von der Unabhängigkeit der Richter

aufkühlt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß ich mit der Behauptung recht habe, daß für das Aufzählen in die höheren Richterstellen die politische Zuverlässigkeit mit maßgebend ist, beim Reichsgericht, wie es scheint, ausschließlich maßgebend ist, hat kein geringerer als Herr Wisnarsky zugegeben. In den von Wisnarsky veröffentlichten „Wismarderinnerungen“ ist sowohl von dem früheren Reichsminister wie dem preussischen Minister offen und klar zugegeben, daß für das Aufzählen der Richter in die höheren Stellen die politische Zuverlässigkeit in erster Linie entscheidend sei. Es kann also nicht behauptet werden, daß nur meine Phantasie derartiges sähe. Wenn demgegenüber von einem Richterverein der Vorschlag gemacht wird, es möchte darauf gedrungen werden, daß die Richter selbst aus ihrer Mitte die Vorschläge zur Beförderung machen, und auch darüber entscheiden, so ist das zu unterlassen, denn der Umstand, die politische Gesinnung könnte hierbei statt der Fähigkeit maßgebend sein, ist hier weniger zu fürchten. Freilich, die Richtervereinigung, von der dieser Vorschlag ausgeht, besteht nicht in Preußen (Aha! bei den Sozialdemokraten), sondern in Oesterreich. Die volle Unabhängigkeit der Richter ist undenkbar, wenn nicht der Richterstand aus sich selbst die Vorschläge zur Beförderung macht und sie vollzieht. Gegenüber den Anstellungen im Reichsgericht haben wir diese Forderung energisch zu stellen. Auf einzelne Fälle will ich nicht eingehen. Ich möchte aber dringend bitten, wenn eine Aenderung der Organisation ins Auge gefaßt wird, dann zuerst die Unabhängigkeit der Richter, soweit dies möglich ist, zu gewährleisten. Sie wird nicht dadurch gewährleistet, daß man das Märchen wiederholt, die Richter seien unabhängig, sondern dadurch, daß man sie unabhängig macht, indem man die Disziplinarfälle auf Vergehen im Amte beschränkt und indem man auf die politische Zuverlässigkeit bei der Beförderung keine Rücksicht nimmt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Die übrigen Titel des Justizrats werden debattelos bewilligt.

Es folgen Wahlprüfungen.

Zunächst die Wahl des Abg. Rang (fr. Sp.). Sie wird nach dem Antrag der Kommission debattelos für gültig erklärt. Ebenso die Wahlen der Abg. Schäfer (Sp.), Büllichau-Schwibus, Graef-Beimar (Wirtsch. Sp.), Wachhorst de Sente (natl.) Welle-Diebold, Schach-Sienach (Wirtsch. Sp.) und Dr. Will-Strahburg-Hand (Sp.).

Ueber die Wahl des Abg. Enders (Hosp. d. fr. Sp.) Sonnenberg (Sachsen-Meinungen 2), beantragt die Kommissionsmehrheit Beweiserhebung.

Abg. Richard Fischer-Berlin (Soz.):

Bei der Wahl des Abg. Enders hat die Kommission gegenüber der behaupteten amtlichen Wahlbeeinflussung eine Stellung eingenommen, die mit der ganzen bisherigen Praxis in schroffem Widerspruch steht. Nach dem Protest sind Flugblätter verbreitet worden, die die Unterschrift von Bürgermeistern und Schultheisen unter Verfassung ihres Amtes titels enthalten. Darin hat die Kommission eine unzulässige Wahlbeeinflussung nicht erklart, während die bisher unbeschränkte Praxis das Unterzeichnen von Aufrufen durch Bürgermeister mit Polizeigewalt als unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung angesehen hat. Das Haus ist sogar früher noch weiter gegangen als die Kommission: Ueber die Wahl des Abg. Pauli beantragte diese in der vorigen Legislaturperiode, Beweis zu erheben, ob die Unterschriften unter den Wahlaufrufen mit Wissen und Willen der Bürgermeister gekommen seien. Das Plenum aber ließ diesen Versuch un und erklärte die Wahl, weil die Unterschriften unter dem Flugblatt standen, für gültig. Der gegenwärtige abweichende Bescheid der Kommission ist nur durch den

Umsatz der freisinnigen Parteien

möglich geworden, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) deren eines Mitglied für den Antrag gestimmt, das andere sich der Stimme enthalten hat. Im trauten Bunde mit den Konservativen und Antisemiten haben die Freisinnigen die amtliche Wahlbeeinflussung als harmlos hinzustellen gesucht, weil ein Mitglied des freisinnigen Blochs dabei engagiert war. Bisher hat der Reichstag die Unterschriften von Bürgermeistern mit Verfassung ihres Amtes titels in jahrelanger Praxis stets für unzulässig und ungültig erklärt. Was in anderen Fällen richtig

Humor und Satire.

— 8-Groschen-Zungen, welche es verstehen, sich in das Vertrauen der Arbeiter einzuschleichen und dieselben bei Straßendemonstrationen usw. zu Gleichwidrigkeiten zu verleiten, finden noch immer ausreichende Beschäftigung. Wo? zu erfragen in Polizeibureau „Dorussia“.

— Starter Mann sucht Beschäftigung als Diktator, Polizeichef, Justizhauswarter, Hausknecht in christlicher Herberge, Zierhändiger, Melitruenunteroffizier oder in ähnlichem Beruf, wo er sich ausleben und seine Reigungen betätigen kann. Auf hohes Gehalt wird weniger gesehen als auf völlige Straffreiheit. Zu sprechen von mittags 1 Uhr ab im Reichstagsgebäude, Sonn- und Feiertags in Januschau (Westpreußen). („Süddeutscher Postillon“.)

Notizen.

— Theaterchronik. Die Premiere der „Lysistrata“ in den Kammertheatern beginnt am Donnerstag bereits um 1/2 8 Uhr. Nach Beginn der Vorstellung bleiben während des ganzen ersten Aktes die Saalüren geschlossen. — Im Neuen Theater wird Ferd. Bonn nur noch bis Dienstag, den 3. März, im „Simon“ aufzutreten. Vom 4. März ab übernimmt Direktor Schmieden die Partie. — Im Schiller-Theater Charlottenburg findet Freitag, den 28. d. M., die erste Aufführung von Jbsens Schauspiel „Kaiser und Galiläer“ (I. Teil) statt.

— Die freie Volkshöhle bringt für die sechste Serie ihrer Rodmitagsvorstellungen im Berliner Theater vom Sonntag, den 1. März ab zur Aufführung: Maeterlinds satirische Legende: „Das Wunder des heiligen Antonius“ und Mongräs Einakter: „Der Arzt seiner Ehre“. Als nächste Oper gelangt Mozarts „Hochzeit des Figaro“ am 6. März zur Erstaufführung.

— Vermessung des englischen Volkes. In England besteht seit einigen Jahren ein wissenschaftlicher Ausschuss, der sich mit dem Studium der körperlichen Entartung des Volkes befaßt, und die ihm angehörenden Gelehrten sind jetzt bestrebt, eine großartige Vermessung der Bevölkerung zu organisieren. Es fehlt nur noch an einer Summe von etwa 100 000 M., um deren Bewilligung die Regierung angegangen worden ist. Der Plan geht dahin, fortgesetzte Berichte über genaue Messungen der körperlichen und geistigen Eigenschaften des Volkes zu erhalten und auch die Einflüsse der Umgebung, in der die Leute leben, auf die Ergebnisse solcher Messungen festzustellen. In diesem Zwecke soll eine Zentralanstalt geschaffen werden. Die Volksvermesser sollen in etwa 100 verschiedene Bezirke des Landes gesandt werden und dort je 2000 Erwachsene und 4000 Schulkinder ausmessen.

war, sollte hier doppelt billig sein, wo es sich nur um eine Majorität von 133 Stimmen und um 500 Stimmen handelt, die wegen dieser Wahlbeeinflussung laffiert werden müßten. Wir beantragen, daß das Haus unter Aufrechterhaltung seiner alten Grundsätze die Wahl des Abg. Enders für ungültig erklärt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dergem (Sp.): Ich habe von jeher den Standpunkt eingenommen, daß die Unterschrift von Bürgermeistern keine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung darstellt. Die Praxis des Reichstages war bisher allerdings immer anders. Aber wenn man das deutsche Volk für wahlmündig hält, sollte man ihm nicht die schwere Beleidigung antun, zu glauben, daß es durch die Unterschrift eines Schultheisen in seiner freien Wahl bekämpft wird. (Sehr wahr! rechts.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Ich stehe durchaus auf dem Standpunkte des Abg. v. Dergem, daß jede Wahl nach ihrer Eigenart geprüft werden muß und daß man keine allgemeinen Grundsätze aufstellen kann. In Ostpreußen und Pommern hat der Amtsvorsteher einen viel größeren Einfluß als etwa am Rhein. In diesem Falle ist im Protest nicht der geringste Versuch gemacht, eine wirkliche Beeinflussung der Wähler nachzuweisen. Viel schlimmer als die amtliche Wahlbeeinflussung ist heutzutage die geistliche. Die Sozialdemokratie sollte nicht von Umfall reden, nachdem sie bei den Wahlen für Altenburg und Frankfurt a. O. selbst umgefallen ist.

Abg. Raab (Wirtsch. Sp.): Die Arbeit der Wahlprüfungskommission ist reich an Mühe und arm an Freuden. Aber das hat mich doch gekreuzt, daß die Kommission mit der veralteten Praxis der übermäßigen Schätzung der Bürgermeisterunterschriften aufgeräumt hat. Man kann doch den Wähler nicht bis zum Wahltage unter eine Glasglocke legen, um ihn gegen Einflüsse von außen zu schützen. Was geschehen konnte zur Sicherung des Wählers, ist durch Einführung der Wahlzelle geschehen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Zunächst einige Worte an Herrn Raab: In dem Tage, an dem die Sozialdemokraten für einen Antisemiten stimmen würden, würden sie geradezu ein Sakrileg begehen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Raab weiter auf den Sünden exemplifiziert dafür, daß die Unterschrift unter Wahlaufrufen mit vollem Titel von Beamten unbedenklich seien, so stimmt das deswegen nicht, weil im ganzen Süden das System der Wahlbeeinflussungen unbekannt ist, weil die sächlichen Regierungen sich schämen würden, den amtlichen Apparat zur Wahlbeeinflussung zur Verfügung zu stellen. Und der Reichstag hätte längst dafür sorgen müssen, daß das im ganzen Reiche nicht geschehen darf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Raab meint ferner, daß das neue Wahlregulativ durch die Wahlzelle alle Kartellen für eine geheime Stimmabgabe gebe, und wir deshalb nicht mehr so ängstlich gegen Wahlbeeinflussungen zu sein brauchen. In der Theorie ist das ganz schön, in der Praxis stimmt es nicht. In der Wahlprüfungskommission lagen uns Fälle vor, daß besonders in kleinen Orten die Wahlvorsteher es vollständig in der Hand gehabt haben, zu kontrollieren, wie jeder Wähler gestimmt hat. Herr Görde meint, in der Kommission habe man gemeint, die behaupteten Beeinflussungen seien unerheblich auf den Einfluß der Wahl, auch habe man nicht genau gewußt, ob die Bürgermeister politischen Amtsdarsteller haben oder nicht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der Meinung, daß sie in Meinungen den politischen Amtsdarsteller haben, wenn man aber meint, daß hierüber noch keine Gewißheit besteht, dann wäre es doch Konsequenz gewesen, dafür einzutreten, daß Beweis erhoben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch ist es nicht richtig, daß die behaupteten Beeinflussungen unerheblich wären, denn es würden nach den Behauptungen 500 Stimmen von der Majorität abzuziehen sein, während die Mehrheit nur 163 Stimmen betrug. Herr Raab hat weiter den freisinnigen sein Kompliment darüber ausgedrückt, daß sie jetzt bereit seien, eine solche Aenderung der Grundzüge bei der Wahlprüfung vorzunehmen. Aber auch der jetzige Reichstag hat bereits bei einer Wahl, nämlich im Falle Schaf, den Standpunkt eingenommen, daß eine amtliche Wahlbeeinflussung durch solche Unterschriften vorliegt und hatte die betreffenden Stimmen laffiert. Es scheint aber, daß bei ihm nur der Grundsatz der Grundgesetzes gültig ist, wie gerade trifft. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat Herr Kopsch geglaubt, sich gegen den Vorwurf des Umfalls verteidigen zu können, indem er sagt, die Sozialdemokratie habe nicht das Recht, den freisinnigen Umfall vorzuwerfen, denn die Sozialdemokraten seien selbst schon verschiedentlich umgefallen. Als ich ihm zurief, ein Beispiel dafür zu nennen, hat er sogar gleich zwei genannt. Nun, besser wäre es schon gewesen, er hätte keins genannt. Dann hätte ich ihm

— Benjamin Franklins Luftschiffahrtversuche. Daß Benjamin Franklin sich als erster zur Erforschung der atmosphärischen Elektrizität des Papierdrachens bediente, ist zu einem Schulbeispiel genialer Experimentierkunst geworden. Weniger bekannt ist, daß der berühmte Gelehrte mehrere Ballonaufstiege veranstaltet hat. Professor A. S. Koch hat nun in den Berichten der Amerikanischen Antiquarischen Gesellschaft auf Grund von Briefen, die Franklin als Gesandter in Paris im Jahre 1783 an Sir Joseph Banks richtete, die näheren Umstände dieser Versuche veröffentlicht. Der erste fand in Gegenwart einer Menge von 50 000 Menschen von Warseldes aus am 27. August statt. Ein mit Wasserstoff gefüllter Ballon, eine sogenannte Charkiere, vermochte damals ein Gewicht von 18 Kilogramm in die Höhe zu tragen. Im September wurde von Versailles aus eine Montgolfiere, in deren Goudel sich ein Schaf und Geflügel befand, emporgesandt. Am 20. November und am 1. Dezember flogen endlich bemannte Montgolfieren auf und landeten glücklich. Franklin schreibt darüber: „Ich bedauere, daß solche Versuche in England, wo der technische Sinn so hochentwickelt ist, vernachlässigt werden. Es handelt sich um keine Spielerei. Weitergehende Folgen können sich daran knüpfen, die kein Mensch übersehen kann.“

— Die Verbreitung der drahtlosen Telegraphie. Einen Ueberblick über die Verbreitung, die jetzt schon die drahtlose Telegraphie gefunden hat, gibt uns die von einer englischen Zeitschrift zusammengestellte Tabelle.

Danach sind bereits in Anwendung: 195 öffentliche Landstationen, 170 Anlagen auf Handelsschiffen, 150 auf Leuchtschiffen, 670 auf Kriegsschiffen, 55 fahrbare oder tragbare Militäranlagen und 810 Anlagen für Verluhe.

Schon diese Zahlen geben uns ein Beispiel, welche große Rolle einmal die drahtlose Telegraphie im Verkehrsleben der Völker zu spielen berufen ist.

— Das Ende der Niagarafälle. Die Stimmen, die das baldige Ende der Niagarafälle voraussagen, mehren sich und jetzt treten hervorragende Geologen der beiden nächstbeteiligten Staaten, nämlich Professor Gilbert von der Geologischen Landesuntersuchung der Vereinigten Staaten und Dr. Spencer von der entsprechenden Anstalt in Kanada für diese Ansicht ein. Gilbert berichtet an seine Behörde, daß die natürlichen Verhältnisse der Niagarafälle, was Strömung und Erosion anbelangt, infolge der großen Ausnutzung für industrielle Zwecke bald aufgehört haben werden. Dr. Spencer geht noch weiter und rechnet mit dem eigentlichen Verschwinden der amerikanischen Fälle bereits für den Fall, daß auch nur die bis jetzt vergebenen Konzessionen ausgenutzt werden. Von Kanada aus scheint man sogar zu wünschen, daß der englische Mutterstaat eine Uebereinkunft mit den Vereinigten Staaten zur Rettung der Niagarafälle herbeiführen solle.

mir sehr Schweigen vorhalten können. Da er aber zwei Beispiele genannt hat, Altenburg und Frankfurt a. O., so muß er sich auch meine Antwort gefallen lassen. Bei der Wahl in Altenburg war ein Protest eingegangen, der sich darauf stützte, daß der Minister in einer Versammlung aufgetreten sei und dort gesagt habe, man müsse einen besseren konservativen Kandidaten suchen, der geeigneter sei, die Wahl des Sozialdemokraten zu hinterreiben, und zwar war das sechs Monate vor der Wahl geschehen. Der Reichstag erwiderte hierin eine Wahlbeeinflussung, und weil ich Stellung genommen habe gegen diese Frontveränderung des Reichstages, daß eine Wahlbeeinflussung bestreift wird an dem, gegen den sie sich richtet (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, weil ich diesen Beschluß des Reichstages als eine schamlose Vergewaltigung bezeichnet habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Präsident Graf Stosberg: Sie haben hier einen Beschluß des Reichstages als Schamlosigkeit bezeichnet. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Fischer (Soz.), fortfahrend:

Wie lag es denn in Frankfurt a. O.? Dort war Braun gewählt, also auch der Sozialdemokrat. Da waren die Blockbrüder... (Unruhe bei den Freisinnigen)... ob Sie Blockbrüder sind, hängt nicht von Ihrer Entscheidung ab; Sie bleiben nur so lange im Saal, als Sie

von den Konservativen gebildet

werden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Da war also wieder eine amtliche Wahlbeeinflussung durch die Unterchrist des Regierungspräsidenten gegeben. Und da wird Herr Köpck mir Unfall vor, weil ich nicht so dumm war, sagbündert durch das Wort „Wahlbeeinflussung“ gegen die Gültigkeit der Wahl zu stimmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bedauere, daß Herr Spahn nicht da ist, der es für unmöglich erklärte, daß eine Wahlbeeinflussung angenommen wird zuungunsten dessen, gegen den sie sich gerichtet hat. Wenn ich einträte dafür, daß Müller nicht gewählt wird, und wenn dann trotzdem Müller gewählt wird, ist es dann nicht eine politische Fehlleistung (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten, wilde Unterbrechungen seitens des Blocks) zu sagen, weil eine Wahlbeeinflussung stattgefunden hat, muß Müllers Wahl für ungültig erklärt werden. Weil ich diese Vergewaltigung nicht gutheißen wollte, wird Herr Köpck mir Unfall vor. Wenn Herr Köpck seinen politischen Verstand nur ein bißchen anstrengen wollte (große Heiterkeit), könnte er vielleicht dazu kommen, daß es für ihn der politischen Situation angemessener wäre, zu schweigen, nicht aber der Sozialdemokratie einen Vorwurf zu machen, daß sie Recht sein lassen wollte. Also mit dem Fall in Frankfurt haben Sie (zu den Freisinnigen) ein schlechtes Geschäft gemacht, wie Sie immer ein schlechtes Geschäft machen, wenn Sie Ihren Unfall bestreiten. Sie sind ja auch wohl im Falle Mainz nicht umgefallen. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, wiederholte Unterbrechungen seitens der Freisinnigen, so daß die nächsten Worte des Redners verloren gehen.) Ist die „Berliner Volkszeitung“ ein freisinniges liberales Organ? (Zurufe bei den Freisinnigen: Nein! Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Also die „Berliner Volkszeitung“ ist wohl nie ein freisinniges liberales Organ gewesen. Was würde noch der alte Bernstein zu Herrn Köpck sagen, wenn er das hörte? (Zuruf bei den Freisinnigen: Ledebour war Redakteur der „Volks-Zeitung“.) Ledebour ist es schon längst nicht mehr. Er hat die „Volks-Zeitung“, soviel ich weiß, in den letzten Jahren des Sozialistengeheißes, also in den achtziger Jahren, redigiert. Damals war er eben noch nicht Sozialdemokrat. Auch ich habe in meiner Jugend eine andere politische Auffassung gehabt als heute. Ich bin in einer katholischen Gegend geboren und war in meiner Jugend ein strenger Zentrumsmann. (Stürmische anhaltende Heiterkeit.) Solange ich kein eigenes politisches Urteil gehabt habe, wandelte ich in den Bahnen, die ich in meiner Vaterstadt sah. Später kamen andere Interessen und eine andere politische Entwicklung. Das ist überall so. Herr Köpck sagt, sie seien eben keine Dichtungsgebilde, und es komme lediglich darauf an, unter welchen Verhältnissen sich eine Wahl vollzieht, um zu beurteilen, ob amtliche Wahlbeeinflussung vorliegt, man könne nicht allgemeine Grundsätze aufstellen. Nun hören Sie, was ein anderer Freisinniger über diesen schönen Grundlag, die Frage der amtlichen Wahlbeeinflussungen dürfte nicht grundsätzlich wie bisher, sondern nur nach der Lage der einzelnen Fälle beurteilt werden, sagt. Als in der Budgetkommission dieser schöne Grundlag vertreten wurde, sagte Herr Müller-Neuhaus, das führt nach meiner Meinung zu einer

tiefen moralischen und politischen Verwirrung.

(Stürmische Heiterkeit.) Ich möchte nun gern die Antwort des Herrn Köpck haben, ob er diesen Ausdruck von Müller-Neuhaus desavouiert oder sich von ihm getroffen fühlt. Sie sagen, die Frage der amtlichen Wahlbeeinflussung ist auch unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß was den Polizeibeamten recht sei, auch denen in anderer autoritativer Stellung billig sein müsse. So erleben wir es doch alle Tage, daß katholische Geistliche von der Kanzel gegen respektive für Reichstagskandidaten predigen, und doch hat der Reichstag noch niemals deswegen die Kassation einer Wahl ausgesprochen. Wir Sozialdemokraten haben von jeher den Standpunkt eingenommen, daß so gut wie jeder andere Staatsbürger auch der Geistliche das Recht hat, für seine politische Meinung zu agitieren, daß dagegen, wenn ein Beamter die ihm übertragenen amtlichen Funktionen zum Zwecke einer Propaganda verwendet, hierin ein Mißbrauch oder eine unzulässige Wahlbeeinflussung zu sehen ist. Und daher haben wir auch in allen Fällen, in denen von Geistlichen dieses geschehen ist, gegen das Zentrum gestimmt. Anders Sie (zu den Freisinnigen). Sie haben von dem Augenblicke an, wo die amtliche Unterstützung zugunsten eines Freisinnigen erfolgte, sich diese amtliche Wahlbeeinflussung gefallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die liberale Partei hat einen großen Beschwerdebrief gegen den Erzbischof Albert losgelassen, weil er dem Pfarrer Grandinger verboten hat, für den Liberalismus zu agitieren. Sie haben sich von dem Erzbischof die Abfertigung gefallen lassen müssen, warum Sie sich nicht auch beschwert haben, als er den Pfarrern im Falle Mainz nicht verboten hat, für den Freisinn zu agitieren. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Das war Ihnen damals gut und recht. Ich kann das nicht begreifen. Wenn es amtliche Wahlbeeinflussung ist, wenn ein Polizist mit der Helmspitze auf dem Kopfe konservative Stimmzettel verbreitet, so ist es auch amtliche Wahlbeeinflussung, wenn ein Pfarrer in seinem Amte Agitation treibt. Den Einfluß trane ich doch dem Pfarrer oder Erzbischof immer noch zu, welchen der Nachwähler deswegen hat, weil er die Dienstmitzle aufhat. (Heiterkeit.) In der Wahlprüfungskommission ist der Vertreter der Freisinnigen fast gegen meine Auffassung aufgetreten, daß in dem Schreiben des Erzbischofs zugunsten Mainz' eine amtliche Wahlbeeinflussung liege. (Zuruf bei den Freisinnigen: Die Wahl des Enders steht zur Diskussion.) Daß Ihnen meine Ausführungen nicht passen, glaube ich schon. Herr v. Dethen hat von der ultramontanen Propaganda gesprochen, von der Stellung der Freisinnigen, und so werden Sie auch mir gestatten müssen, zu sagen, wie Sie früher zu dieser Frage gestanden haben, als Sie durch die Blockpolitik noch nicht jeden Boden unter den Füßen verloren hatten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Frage Enders hat ein Freisinniger in der Wahlprüfungskommission dafür gestimmt, daß in der Unterchrist des Bürgermeisters eine amtliche Wahlbeeinflussung nicht zu erblicken sei, ein anderer Freisinniger hat dagegen gestimmt, weil bei ihm die Blockstimmung noch nicht so weit gediehen war. Dem Erzbischof von Bamberg hat es sich darum gebandelt: Die Zentrumsleitung hat die Parole ausgegeben: Gegen den Freisinnigen! Der Erzbischof hat dagegen als oberster Beamter

des Meeres erklärt: Nein, unter keinen Umständen für den Sozialdemokraten! Da haben die Freisinnigen gesagt: Der Bischof hat ganz recht! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Am 16. November 1900 hat Herr Müller-Neuhaus erklärt: Wir müssen jede Beeinflussung der Wahlen durch Staatsbeamte unbedingt bekämpfen. Es kann ja dahingestellt sein, ob die Geistlichen mittelbare oder unmittelbare Beamte sind — das Zentrum hatte nämlich erklärt, die Geistlichen seien keine Beamten — der Geistliche hat nach meiner Uebersetzung ein viel weitergehendes Rechtskriterium als jeder Staatsbeamte. Er kann gesellschaftliche Achtung und wirtschaftlichen Wohlstand herbeiführen. Es ist doch kein Zweifel, daß er ein öffentlicher Beamter ist... Wir müssen unter allen Umständen daran festhalten, daß jeder Einfluß unzulässig ist, der zugunsten eines Kandidaten von jemand ausgeht, der mit einer derartigen hohen öffentlichen Autorität bekleidet ist.“ Und an einer anderen Stelle sagt er: „Ist denn die Stätte, an der der Geistliche steht, weniger heilig als die, an der ich als deutscher Richter stehe?“ Und weiter sagte Herr Müller: „Soll denn der Reichstag das, was das eltsässische Bezirksamt für unmoralisch und ungeheuerlich erklärt hat, für moralisch und gesetzlich erklären?“ Und er verlangt dann ausdrücklich eine prinzipielle Entscheidung. Nun frage ich Herrn Köpck, ob bei der Entscheidung im Falle der Wahl Buchwald in Sachsen-Altenburg und ob hier ein Umfall der Freisinnigen in der Frage der Wahlbeeinflussungen stattgefunden hat, ja oder nein? Vielleicht kann man auch den Freisinnigen zufragen, was damals Herr Müller-Neuhaus den Nationalliberalen zugerufen hat: „Es ist eine tieftraurige Erscheinung, wenn wir sehen, wie sich liberale Elemente an einer derartigen Blockkompromißpolitik, wie wir sie im Falle Enders haben, beteiligen.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und vielleicht kann man auch dem Schlussatz zustimmen, den Herr Müller-Neuhaus gegen das Zentrum sprach: „Daran sind Sie selbst schuld, denn Sie sind eben Regierungspartei sans phrase (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und wollen unter allen Umständen mit der Rechten konkurrieren in der Regierungsfreundschaft.“ Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage, die Herren vom Zentrum haben gegen die Regierung doch immer noch ein weit weit härteres Maßmaß gehabt, als Sie. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rugdan (fr. Sp.):

Wie schwach die Position der Sozialdemokraten ist (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), geht schon daraus hervor, daß ihr Redner eine ganze halbe Stunde lang über eine andere Wahl gesprochen hat als die, die zur Debatte steht. Herr Fischer ist eben zu spät aufgestanden, er hat gewissermaßen eine rednerische Nachgeburt gehalten. (Heiterkeit.) Fischer meint, daß er selbst nie im Zentrum ist und hat meinen Parteigenossen einen Meinungsschwung in der Kommission vorgeworfen. Auch spricht er immer von der konservativ-liberalen Paarung. Demgegenüber konstatiere ich, daß die Sozialdemokratie in den letzten 12 Jahren das Zentrum und den Liberalismus unterführt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Da gehört wirklich Mut dazu, um einen Fall vorzuwerfen, bei dem es sich nicht einmal um die Unterstützung eines Freisinnigen durch den Erzbischof handelte — die deklarierte er nicht, sondern nur nicht zu stimmen für den Sozialdemokraten. (Stürmische Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Bedeutung der Sozialdemokratie besteht heute nur darin, daß die Herren vom Zentrum so gnädig sind, sie ab und zu zu unterstützen. Sie sinken in völlige Bedeutungslosigkeit zurück, wenn das Zentrum nichts mehr mit ihnen zu tun haben will. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In den Fällen Braun in Frankfurt und Buchwald in Altenburg handelte es sich darum, daß durch amtliche Wahlbeeinflussung ein falscher Kandidat in die Stichwahl gekommen ist. Das Urteil des Volkes hat übrigens die Kassation der Wahlen bestätigt: Braun und Buchwald sind bei der Radwahl durchgefallen. Schließlich hat die Sozialdemokratie gerade bei der letzten Wahl Luidde und Blumenthal zugunsten von Reaktionsären durchfallen lassen. Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mit dem jetzigen sozialdemokratischen Abgeordneten Ledebour habe ich noch 1890 freisinnige Wahlzettel gezeichnet (Heiterkeit bei den Freisinnigen), aber ich machte ihm den Wechsel seiner Uebersetzung zu wenig zum Vorwurf, weil etwa Herr v. Gerlach, Herr Abgeordneter Fischer hat dann viel über Sichtung von Wahlwerten und andere Wahlmißbräuche gesprochen. Bei der Wahl von Enders ist dergleichen nicht einmal behauptet, aber irgendein fluger „Vorwärts“-Leser (Zuruf rechts: Gibid ja gar nicht! — Heiterkeit bei den Freisinnigen) soll es morgen glauben. Aber Ihr Hoßn über den „Blockfreisinn“ rührt uns nicht mehr, wir sind abgehärtet gegen Ihre Schimpfwoorte. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Abgebrüht!) Jüngst sprach Herr Frank emphatisch von der Bildung der Jugend in den sozialdemokratischen Jugendvereinen. Nach dem, wie sich die Sozialdemokraten selbst hier im Hause benehmen (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten), kann man sich denken, wie großartig diese Bildung ist. Jedenfalls werden wir der Sozialdemokratie endlich einmal zeigen, daß die Zeit ihrer Herrschaft in Gemeinschaft mit dem Zentrum vorbei ist. (Stürmische Gelächter bei den Sozialdemokraten, Weisfall beim Block.)

Abg. Weißstein (Z.): Als Vorsitzender der Wahlprüfungskommission will ich Sie davor warnen, ohne jeden vernünftigen Grund eine Praxis zu verlassen, die der Reichstag seit mehr als 30 Jahren befolgt hat. Um an diesen Grundfragen festzuhalten, wollen wir in der Kommission noch einmal prüfen, ob diese Bürgermeister hier Polizeigewalt hatten. Ich beantrage zu diesem Zweck Rückverweisung der Wahl an die Kommission.

Abg. v. Dylembowski-Bomian (Pole): Der Reichstag muß Wahlprüfungen grundsätzlich entscheiden, sonst läuft in jedem Falle der Verdacht von Fraktionspolitik und Parteipolitik auf.

Abg. Dr. Heinge (nat.): Das Wahlgeheimnis ist heute genügend geschützt; deshalb werden wir auf Grund der Unterschriften von Bürgermeistern Mandate prinzipiell nicht mehr beanfordern. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Richard Fischer-Berlin (Soz.):

Herr Dr. Heinge hat zuerst eine Rede dafür gehalten, daß man in Wahlprüfungen keine Grundfälle haben solle, daß der Reichstag in der glücklichen Lage sei, sich in Wahlprüfungssachen an keine Formen und Grundfälle binden zu brauchen. (Zurufe bei den Nationalliberalen: Formalismus!) Zum Schluß hat er dann eine grundsätzliche Entscheidung dafür gemindert, daß den Bürgermeistern die amtliche Wahlbeeinflussung erlaubt sein solle. Daß denn dann aber der Landrat und der Regierungsrat nicht das gleiche Recht, seinen Namen unter den Wahlsauftrag zu setzen und für einen Kandidaten zu agitieren? (Zuruf rechts und bei den Nationalliberalen: Gevoß!) Damit beseitigen Sie den Begriff der Wahlbeeinflussung und kassieren Wahlen nur noch wegen direkter Wahlfälschung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das war der Sinn der Ausführungen des Abg. Heinge. Er hat dann weiter dem Zentrum mit Konsequenzen für die Agitation der Pfarrer gedroht. Ich weiß nicht, ob das Zentrum auf den Kuhhandel eingehen wird. Ich glaube, daß es das nicht nötig hat, sondern den Nationalliberalen sagen wird: Euch können wir alle Tage haben. (Schallende Heiterkeit.)

Der Abg. Dr. Rugdan hat gemeint, ich hätte sehr wenig über die Wahl von Enders gesprochen. Vielleicht verriet er uns, was er denn über die Wahl von Enders gesagt hat. (Heiterkeit.) Warum ich in meiner zweiten Rede so wenig über Enders gesagt habe, danach mag er seinen Parteifreund Köpck fragen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), der anfangs, uns Umfall und Grundfalschheit vorzuwerfen. Der Abg. Dr. Rugdan hat dann noch einmal auszuführen versucht, daß wir in den Fällen Braun und

Buchwald materiell unrecht hätten. Aber wie haben Sie in diesen Fällen Seite an Seite mit dem Freisinn agiert. (Lebhafte Zustimmung und Heiß! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wegen amtlicher Wahlbeeinflussung zugunsten des unterlegenen Kandidaten die Wahl des siegreichen Kandidaten kassiert werden könnte, dann brauchte ja in einer freisinnigen Domäne, vielleicht in Berlin I, das ist ja wohl die letzte freisinnige Domäne, aber auch die ist es nicht mehr lange (große Heiterkeit) ein konservativer Beamter Wahlbeeinflussungen zugunsten des konservativen Kandidaten über und das Mandat mühte kassiert werden. Weil das Unfinn wäre, deshalb haben wir bei den Wahlen in Altenburg und Frankfurt a. O. gegen die Kassierung gestimmt. (Abg. Weibel ruft: Und mit dem Freisinn zusammen!) Der Abg. Dr. Rugdan hat dann etwas von dem grundsätzlichen Standpunkte des Freisinn gesagt, der jetzt eine Rolle spiele. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das einzige Gute dabei ist, daß er selbst gesagt hat, der Freisinn spiele zufällig diese Rolle. (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube, daß keine Partei im Reichstage den Freisinn um diese seine zufällige Rolle beneidet. (Schallende Heiterkeit und lebhafter Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrzahl der freisinnigen Wähler möchte auch schon lieber heute als morgen diese einflussreiche Rolle aufgeben, und wenn die freisinnigen Grundfalschpolitik statt Mandatspolitik trieben, so hätten sie sie längst aufgegeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie holen sich lieber Mandate von der Gnade der Konservativen und der Gnade des Fürsten Bismarck, die allerdings eine besondere Art von Gnade ist, weil sie im Abgeordnetenhaus auch zuweilen in Fußtritteln sich äußert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Dr. Rugdan hat dann ein großes... (schallende Heiterkeit im ganzen Hause) Wort über unseren Verrat an den demokratischen Grundfalsch gesprochen. Aber die Abstimmung gegen Quide und Blumenthal ist von der großen Mehrheit unserer Parteigenossen und unserer Parteileitung gemißbilligt worden, während die freisinnigen Wähler unter Zustimmung und auf Aufforderung der Parteileitung in 11 Wahlkreisen von vornherein zugunsten der Konservativen und Antikemiten auf die Kassierung von Kandidaten verzichtet haben, in den Stichwahlen 7mal für die Konservativen (Brauo! bei den Konservativen), 7mal für die Reichspartei, 11mal für die Nationalliberalen und 7mal für die Antikemiten und den Bund der Landwirte eingetreten sind. (Stürmischer Weisfall rechts, lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wer so handelt, sollte doch nicht über Grundsätze der Politik sprechen, sondern offen sagen, daß er Mandatspolitik, Mandatschacher treibt. Der Abg. Dr. Rugdan hat dann über die politische Bildung und den Anstand gesprochen, den wir haben und den wir der Jugend übermitteln. Darüber mit ihm viel zu reden, hat keinen Sinn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber als wichtigste Eigenschaft erziehen wir den jungen Leuten Charakterfestigkeit an, nicht Grundfalschheit, Charakterstärkung und ewige Wandelbarkeit. Wir stellen es in den Jugendvereinen als grundfalsch und charakterlos hin, wenn jemand aus politischen oder anderen äußeren Gründen sogar seinen Glauben und seine Konfession wechselt. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Herr Rugdan sprach wiederum von unserer Verbindung mit dem Zentrum. Haben wir denn die Kolonialpolitik, die Steuerpolitik, die Handelspolitik des Zentrums unterstützt? (Zuruf des Abg. Dr. Rugdan: Herr Rugdan kann ja viel im Vordergrund und in politischer Grundfalschheit, aber daß wir die Zollpolitik des Zentrums unterstützt hätten, das kann selbst er nicht behaupten. Die Zollpolitik des Zentrums ist vom Freisinn zum Siege geführt worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Eugen Richter nicht die Zollopposition verraten hätte, wäre der Zolltarif gescheitert. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wann immer wir aber mit dem Zentrum gegangen sind, ist der Freisinn auf unserer Seite gewesen. Herr Rugdan sollte also vorsichtiger sein und nicht ein so kurzes Gedächtnis haben. Die Periode Windthorst-Richter-Grillenberger ist eine Zeit, auf die der Freisinn stolz sein kann. Vom Block hingegen mit den Konservativen und Nationalliberalen wird gerade der Freisinn selbst später am tiefsten schweigen. (Große Heiterkeit und lebhaft Zustimmung.) Durch dessen Hilfe ist denn Herr Rugdan selbst gewählt worden? (Zurufe bei den Freisinnigen: Enders.) Das gehört auch mit unter dieses Rudrum. Auch Enders ist nur mit Hilfe der Konservativen und Nationalliberalen gewählt worden, genau wie Herr Rugdan selbst. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Freisinnigen.)

Im Falle Enders sind noch eine ganze Reihe von Protestgründen nicht beachtet worden, so die nicht genügende Auslegung der Listen an einem Wahlort, das gleichzeitige Verlassen des Wahlslokales durch den Vorsitzenden und den Protokollführer und das Versprechen von Bier an Arbeiter für die Wahl von Enders. Gegen diesen Unfug und diese Schweinerei (Heiterkeit) haben bei der Wahl des Abg. Schwabach in der Wahlprüfungskommission selbst die Konservativen mit der größten Energie protestiert. In diesem Falle sollte man nicht anders urteilen, und wir unterstützen deshalb den Antrag auf Rückverweisung an die Wahlprüfungskommission. (Brauo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (Wirtsch. Ag.) protestiert dagegen, daß man die politischen Beamten zu Eunuchen machen wolle und lehnt für seine Person die Verantwortung für den „grundfalschen Antikemitenmüß“ Richard Fischers ab, der sogar auf der Reichstagsdebatte den Freisinn mit einem „dreißigen Judenbengel“ verglichen hätte. (Heiterkeit.)

Abg. v. Dethen (Nbl.) bekämpft den Antrag Weißstein auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission.

Abg. Köpck (fr. Sp.): Bei der Frage der Wahlbeeinflussung muß nach Grundsätzen geurteilt werden; aber was Kollege Weißstein so nennt, ist nichts als Formalismus. Die Verhältnisse sind nicht in ganz Deutschland dieselben, in den östlichen Provinzen ist der Einfluß der Beamten viel größer als im Süden, das hat auch Fischer zugegeben. Herr Fischer hat auch auf die „Berliner Volkszeitung“ hingewiesen. Der politische Standpunkt einer Zeitung ist ihre Sache. Aber Wehring und Ledebour waren Redakteure der „Volkszeitung“ zu einer Zeit, als sie bereits eingeschriebene Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren und haben damals im Namen des Fortschritts gesprochen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unwahr!) Seit Jahren hat übrigens die „Volkszeitung“ alles getan, um das Ansehen und die Tätigkeit unserer Partei herabzusetzen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Daß die Sozialdemokraten mit zweierlei Maß messen, beweist auch der Umstand, daß Herr Fischer in der Kommission einen Bittel für seinen Parteigenossen Böhle für gültig zu erklären beantragte, auf dessen Rückseite das Wort Lump stand. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Er meinte, das wäre ein Rosenname. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Geber (Soz.)

Es ist nicht richtig, daß die Bürgermeister ohne Einfluß sind, sie haben auf dem Lande sogar einen sehr großen Einfluß. Wenn man das leugnet, so heißt das ja, ihre Stellung herabsetzen. Herr Köpck fragte, ob unzulässige Wahlbeeinflussung nur bei Bürgermeistern und Beamten anzunehmen sei, dagegen nicht bei Geistlichen und Pfarrern. Er verlangte es bei beiden. Auf diesen Standpunkt hat die Sozialdemokratie stets gestanden; aber die Haltung der freisinnigen Partei in dem vorliegenden Falle bedeutet eine Verengerung dieser Praxis statt ihrer wünschenswerten Erweiterungen. Diese Verengerung der Praxis muß dazu führen, daß bei künftigen Wahlen der ganze Beamtenapparat in Tätigkeit gesetzt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Blockparteien das wollen, so müssen sie wohl der Ansicht sein, dadurch den Block retten zu können; denn ich kann nicht annehmen, daß die Rettung eines einzelnen Mandats die Ursache dieses Unfalls ist. Wenn Sie also meinen, damit dem Block zu dienen, nun, so bin ich überzeugt, daß Ihre Wähler nicht Ihnen zustimmen werden. Im Falle Enders handelt es sich darum,

daß die Unterschrift eines Bürgermeisters unter einen Wahlaufruf von der Kommission als unbedeutend angesehen ist. Das ist der springende Punkt. Fischer hat aber zahlenmäßig nachgewiesen, daß, wenn dies als unzulässige Wahlbeeinflussung angesehen wird, die Wahl für ungültig erklärt werden muß. Ich nehme nicht an, daß Ihre Haltung (zu den Freisinnigen) nur diktiert ist von dem Wunsch, dies einen Vandal zu reiten, denn das wäre doch ein zu trauriges Zeugnis für Sie. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Wir müssen hier der künftigen Wahlbeeinflussung einen Riegel vorschieben. Wenn Sie meinen, nach der Beseitigung der früheren Praxis werde die Wahlprüfung eine freiere werden, so kann ich Ihnen versichern, daß, wenn die Wahlprüfungen vom Grundsatz der Grundlosigkeit aus gesehen werden, die Kämpfe bei den Wahlprüfungen noch viel schmerzlicher werden müssen. Ihre Praxis (nach rechts hin) verfolge ich, sie ist unreaktionär. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Beamten befinden sich in Ihrem Lager und das ist der einzige Grund, weshalb Sie diese Praxis, die Agitation der Beamten für zulässig zu erklären, wollen. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.): Herr Geher und Fischer sind nicht auf die Diskussion hier eingegangen, nicht darauf, daß wir im Falle 1904 denselben Standpunkt eingenommen haben wie jetzt. Sie betrachten die Wahlprüfung nur als Gelegenheit, ihr Mißfallen am Volk zu äußern. So unbedeutend muß er doch nicht sein. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Was kümmert Sie denn der Volk. Beschäftigen Sie sich doch lieber mit Ihren Mandatsverlusten und Ihrer Unterstützung durch das Zentrum. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Alles, was die Sozialdemokraten ändern vorwerfen, tun sie selbst. Die weibliche Arbeitskraft beuten sie in Konsumbereinen aus. (Zustimmung im Volk.) Religion erklären Sie für Privatsache. Was kümmern Sie sich also um meinen Glauben und darum, weshalb ich Christ geworden bin. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Am Zustandekommen des Zolltarifs sind die Sozialdemokraten schuld (Lachen h. d. Soz.), denn sie haben für die Witwen- und Waisenversicherung gestimmt, und dadurch dem Zentrum die Annahme des Zolltarifs ermöglicht. (Sehr richtig! h. d. Freis. Wiederholtes Lachen h. d. Soz.) Ich bitte den Antrag der Kommission anzunehmen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Es ist ein Schlußantrag von den Abgg. Wassermann (nail.), v. Normann (L.), Dr. Wiemer (fr. Sp.) eingegangen.

Rufe bei den Sozialdemokraten: Namentliche Abstimmung! und zur Geschäftsordnung!

Vizepräsident Kaempf stellt die Unterstützungsfrage zu dem Schlußantrag.

Die Unterstützung reicht aus.

Unter wiederholten Rufen: Zur Geschäftsordnung! bei den Sozialdemokraten nimmt Vizepräsident Kaempf die Abstimmung vor und konstatiert, daß der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen ist.

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich will konstatieren, daß ich das volle Recht hatte, nachdem die Unterstützungsfrage gestellt war und die Abstimmung über den Schlußantrag noch nicht begonnen hatte, das Wort zur Fragestellung zu nehmen und namentliche Abstimmung zu beantragen. Ich stelle fest, daß mir das Wort zu Recht verweigert worden ist. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Sch! freisinnig! und: Das geschah unter dem freisinnigen Präsidenten.)

Vizepräsident Kaempf: Wir waren bereits in der Abstimmung. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Das ist nicht wahr!)

Abg. Singer (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich mache darauf aufmerksam, daß einer der Herren Schriftführer, bevor die Frage bezüglich der Abstimmung gestellt war, den Herren Präsidenten darauf aufmerksam gemacht hat, daß ich das Wort zur Geschäftsordnung erbeten hätte. (Stürmisches Gerede! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Vizepräsident Kaempf: Wir haben uns bereits in der Abstimmung befunden. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Lebedour (Soz.) (persönlich): Der Abg. Kopsch soll gesagt haben, — ich war gerade nicht im Hause — daß ich zu der Zeit, als ich Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ war, bereits ein geschicktes Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Dem gegenüber habe ich zu erklären, daß das absolut unwahr ist. Ich war Redakteur der „Berliner Volkszeitung“ in den Jahren 1881—1890. Zu dieser Zeit war ich, wie ich gleich bemerken will, nicht Mitglied der freisinnigen Partei, sondern ich war Demokrat. Der sozialdemokratischen Partei bin ich 1891 beigetreten, als ich schon etwa ein Jahr aus der Redaktion ausgeschieden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Kopsch ist also unrichtig berichtet worden, und ich hoffe, daß er den indirekten Vorwurf, den er mir hat machen wollen, als ob ich meine Uebersetzung verheimlicht hätte, nunmehr zurücknimmt.

Abg. Fischer (Soz.) (persönlich): Herr Kopsch hat in seiner letzten Rede, auf welche zu erwidern mir unmöglich gemacht ist, weil mir das Wort abgeschnitten wurde (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), gesagt, ich hätte in der Kommission einen Stimmgettel für gültig zu erklären beantragt, auf dem das Wort „Dump“ gestanden hat, und hat sich auf Herrn Müller-Herlachs dafür als Gewährsmann berufen. Dieser sagte jedoch, daß das nicht richtig sei, es habe vielmehr das Wort „Spühube“ darauf gestanden. (Große Heiterkeit.) Der Stimmgettel ist in der Kommission verworfen worden auf Grund der Bestimmung, daß ein Vorbehalt auf dem Stimmgettel nicht gemacht werden dürfe. Ich habe erklärt, daß ich nicht einen Vorbehalt im Sinne der Geschäftsordnung in dem Worte „Spühube“ erblicken könne; das Wort wird im jüdischen Sprechgebrauch durchaus nicht immer in beschimpfendem Sinne gebraucht, sondern kann auch eine andere Bedeutung haben, z. B. wie in dem Vers:

„Was braucht denn der Was an hohen spitzen Hü.
Für den Spühube ist ja oan Spüheluh gnu.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.) (persönlich): Ich habe keine Veranlassung, an der Darlegung des Abg. Lebedour zu zweifeln. Mein Auktum war aber erklärlich, weil zwischen dem Abgang des Herrn Lebedour von der „Volkszeitung“ und seinem Eintritt in die sozialdemokratische Partei nur eine sehr kurze Zeit lag. Herrn Fischer erwidere ich, daß ich natürlich in den Hofnamen der Sozialdemokratie untereinander nicht so bewandert bin, wie er. (Heiterkeit.)

Abg. Müller-Herlachs (fr. Sp.) (persönlich): Ich muß bemerken, daß es sich in der Wahlprüfungskommission nicht um einen, sondern um mehrere Stimmgettel gehandelt hat.

Abg. Fischer (Soz.): Das ist unwahr, ich habe nur die Gültigkeit eines Stimmgettels beantragt, auf welchem „Spühube“ stand.

Abg. Müller-Herlachs (fr. Sp.): Ich muß dabei bleiben, daß es mehrere Stimmgettel waren. (Gelächter im ganzen Hause.)

Es folgt die Abstimmung. Der Antrag Wülstern auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission wurde gegen die Stimmen des Volkes abgelehnt, der Kommissionsantrag auf Beweiserhebungen einstimmig angenommen.

Die Wahl des Abg. Pauli-Potsdam (L.) wird ohne Debatte für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Weder-Arnberg (Z.) wird für gültig erklärt.

Ohne Diskussion werden die Wahlen der Abg. Dabroise (Hof-Votirung), Ortel (nail.), Wieland (Volk) und Pring zu Schönau-Carolath (nail.) für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Eichhoff (fr. Sp.), bei der längere Debatten zu erwarten sind, wird zurückgestellt.

Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahlen der Abg. v. Dhern (L.), Sieg (nail.), Perwers (Z.), Dr. Arning (nail.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Novelle zur Gewerbeordnung (kleiner Befähigungsnachweis), 2. Gesetz betr. die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie in Verbindung mit internationalen Verträgen über Arbeiterschutz.

Schluß 6 Uhr.

Herrenhaus.

5. Sitzung, 26. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr.

Haus und Tribünen sind überfüllt, in der Hofloge hat der Kronprinz mit einem Adjutanten Platz genommen. Im Ministerische: v. Rheinbaben, Dr. Beseler, v. Arnim-Criewen, v. Wolke und eine Anzahl Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Die Kommission des Herrenhauses hat bekanntlich die Beschränkung der Enteignungsfläche auf 70 000 Hektar wieder gestrichelt und in einem neuen § 13a die Enteignung ausgeschlossen von Grundstücken, die zu einem Familienfideikommiss gehören, das vor mehr als 10 Jahren genehmigt worden ist, sowie von Grundstücken, sofern dem Eigentümer das Eigentumsrecht seit mehr als 10 Jahren zugeht oder durch Ueberlassungsvertrag von seinen Eltern oder von seinem Ehegatten übertragen war, und er unter Hinzurechnung der Besitzzeit des Uebertragenden mehr als 10 Jahre ununterbrochen im Besitz gewesen ist; und endlich von Grundstücken, welche der Eigentümer kraft Testaments oder geschlichter Erbfolge erworben hat.

Eine Generaldiskussion über den Entwurf findet nicht statt.

Präsident Frhr. v. Mantuffel erklärt aber, daß er bei den Verhandlungen über die §§ 13 und 13a eine Generaldiskussion gestatten werde.

Berichterstatter über die Kommissionsbeschlüsse ist Dr. jur. v. Burgsdorf. Er verweist auf den sehr ausführlichen Bericht der Kommission. Das proton pseudos (der erste Fehler) in der Polenpolitik sei gemacht, als man die Polen mit Milde zu verfahren suchte. Eine Uhr könne nicht mehr geben, wenn man auch nur ein Näddchen herausnehme und die Uhr der Polenpolitik habe ihren richtigen Gang verloren, als man das Näddchen Konsequenz und Energie herausließ. Alle Mitglieder der Kommission hätten die Absicht gehabt, der Regierung in ihrem Bestreben, die Polenpolitik energisch und konsequent fortzusetzen, zu helfen. Er würde es aber lieber gesehen haben, wenn die Regierung mit dem Herrenhause vorher eingehender verhandelt hätte, anstatt das Herrenhaus vor ein fait accompli zu stellen.

Landwirtschaftsminister Graf v. Arnim: Ich will auch in dem jetzigen Stadium der Beratung noch einmal kurz die Gründe für die Notwendigkeit der Vorlage zusammenfassen. Die Entscheidung über die Stellungnahme zur Vorlage hängt ab von der Verantwortung folgender Fragen: Ist die polnische Frage auf friedlichem Wege, also durch eine Versöhnungspolitik zu lösen und wenn nicht, welche Mittel sind sonst anzuwenden? Die königliche Staatsregierung verneint die erste Frage auf das entschiedenste. Die Geschichte aller Völker und insbesondere der Polen lehrt, daß ein Volk sein Streben nach Selbständigkeit nie aufgibt. Dies zeigt sich selbst bei Völkern auf so niedriger Kulturstufe wie in den Kolonien. So ist auch das Streben der Polen nach Selbständigkeit, trotz alledem was Preußen für die Polen getan hat, nie zur Ruhe gekommen. Man ging früher von der falschen Voraussetzung aus, daß man ein Volk durch freundliche Behandlung veranlassen könne, von seinen nationalen Idealen abzugehen. Diese Meinung ist durch das Verhalten der Polen als irrtümlich erwiesen. Hätte man den Strom von Auswanderern, der sich feinerzeit nach Amerika ergoß, verstanden nach der Ostmark zu leiten, so wäre die polnische Frage heute gelöst. Eine zielbewusste Kolonisation ist also die Hauptsache. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Kommission gestellt.

Ich komme nun zu dem zweiten Punkt: welche Mittel soll der Staat anwenden?

Wohlstand und Bildung sind bei der polnischen Bevölkerung im Wachsen begriffen, damit steigt auch das nationale Bewußtsein. Gegen diesen Prozeß, den wir bei allen Völkern beobachten, kann der Staat direkt nichts tun. Die Bewegung wird an sich beeinflusst durch den Erfolg. Welche Erfolge erreicht nun die polnische Bewegung? Sie sucht nicht mehr durch aussichtslose Kämpfe oder eine Revolution ihr Ziel zu erreichen, sie erstrebt die kulturelle Hebung des polnischen Volkes und die Verdrängung der Deutschen. Gegen eine kulturelle Hebung läßt sich ja eigentlich nichts einwenden. Neben der Verdrängung der Deutschen steht man eine Gefahr in der starken Vermehrung der Polen. Diese hat ihren Grund in den starken ländlichen Kleinrentierstand der Polen. Daß die Polen an sich fruchtbarer sind als die Deutschen, glaube ich nicht. Die Tatsache, daß von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht worden ist, beweist, daß der Vorschlag der Staatsregierung das einzig wirkungsvolle Mittel ist. Wer das Ansiedlungsziel gesehen hat, hat anerkannt, daß es sich um ein Kulturwerk ersten Ranges handelt. Die Polen können sich über einen Kampf nicht beschweren, den sie uns selbst aufgedrungen haben. Die Vorschläge der Kommission würden die Bewegungsfreiheit der Regierung einschränken und verhindern, daß das Ansiedlungsziel planmäßig fortgeführt wird. Nach den Vorschlägen der Kommission würden der Regierung nur etwas über 21 000 Hektar zur Verfügung stehen, sie braucht aber 60—70 000 Hektar. Die Kommission hat aus dem Wunsch heraus, das Mittel schmerzlos zu gestalten, es völlig wirkungslos gemacht. Das Ziel, eine deutsche Landwirtschaft dort anzusiedeln, wo die polnische Gefahr wächst, müßten wir aufgeben, wenn die Beschlüsse der Kommission Gesetz werden würden.

(Der Ministerpräsident Fürst Billow erscheint im Saal.)

Das Ziel, deutsche Ansiedler dorthin zu setzen, wo eine polnische Gefahr besonders vorliegt, kann nach den Beschlüssen der Kommission nicht erreicht werden. Die Regierung kann daher in den Kommissionsbeschlüssen ein brauchbares Mittel zur Durchführung des ihr durch die Verhältnisse aufgezwungenen Kampfes zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken nicht erblicken. Der vorliegende Antrag v. Wedel-Biesdorf bedeutet allerdings eine Verbesserung, und ich ersehe daraus mit Freuden, daß der Wunsch besteht, es zu einer Verständigung kommen zu lassen, aber auch diesen Antrag kann die Regierung nicht als brauchbares Mittel anerkennen. Wir stehen heute vor einer harten Notwendigkeit, hervorgegangen aus den Schwächen früherer Zeiten. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, die wenn auch kein vollkommenes, so doch ein brauchbares Mittel darstellen, beizutreten.

Ans der Mitte des Hauses sind mehrere Abänderungsanträge angenommen.

Der v. Wedel-Biesdorf beantragt, im § 13a die Bestimmung zu streichen, daß Grundstücke von der Enteignung ausgenommen sein sollen, die zu Familienfideikommissen gehören. Weiter sollen die ferneren Bestimmungen erlosch werden wie folgt:

Es soll die Enteignung von Grundstücken ausgeschlossen werden, deren Besitzer zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes über die Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen war, sofern er das Grundstück seitdem ununterbrochen im Besitz hat; weiter von Grundstücken, deren Besitzer das Eigentumsrecht an dem Grundstück erworben hat, 1. auf Grund eines Ueberlassungsvertrages mit seinen Eltern, Voreltern oder seinem Ehegatten; 2. als Ehegatte oder als Erbe der ersten oder zweiten Ordnung kraft geschlichter Erbfolge oder Testaments, sofern die

Betreffenden Vorbesitzer das Grundstück vor dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1886 als Eigentümer besessen haben.

Außerdem liegt noch folgender genügend unterstützter Antrag Ad. d. e. Schmöller vor:

Das Haus wolle beschließen, unter Ablehnung der §§ 13 und 13a der Kommissionsbeschlüsse den Wunsch 1 des § 13 in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen und folgenden neuen Absatz 2 anzufügen: Ausgeschlossen ist die Enteignung: a) von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten; b) von Grundstücken von Religionsgesellschaften, denen Korporationsrechte verliehen sind, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Januar 1906 vollendet war; c) von Grundstücken im Eigentum von milden Stiftungen, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Februar 1906 vollendet war.

Graf Mirbach: Die Schärfe der großpolnischen Bewegung ist erst in dem Moment eingetreten, wo wir an die Ansiedlungsfrage durch die Ansiedlungskommission herangingen. Darüber kann man sich nicht wundern. Es mußte auf die Polen aufgetragen werden, daß Mittel des Staates aus Steuern aller Artentarten, also auch der Polen, verwandt wurden, um die Polen dort zu verdrängen, wo sie den deutschen Elementen in der Ueberzahl gegenüberstanden. Die großpolnischen Agitatoren bekamen damit eine starke Waffe in die Hand, um zur Offensiv überzugehen, leider unterstützt von dem Kaiser. Die Denkschrift über die Tätigkeit der Kolonisation in den Ostmarken enthält nur die Reibeseite. Es wäre gewiß ein Kunststück, mit einigen Milliarden gar keine Erfolge zu erzielen, aber ich vermittele in der Denkschrift die Debetseite, die weit stärker ist und die besteht in der Zusammenschiebung der polnischen Bevölkerung, in der Stärkung der großpolnischen Bewegung und vor allem in der wirtschaftlichen Sanierung der Polen. (Sehr richtig!) Ich komme nun zur Enteignungsfrage.

Das Enteignungsgesetz von 1874 bedeutet kein Fiasko. Die Enteignung wird danach nur an einem Teil des Grundbesitzes vollzogen, und zwar an jenen der umliegenden Interessenten. Nach dieser Vorlage soll aber ein vollständig fremder Besitzer in das Grundbuch eingetragen werden. Gegen die baltischen Barone besteht in Russland auch eine schwere Mißstimmung. Welch ein Schrei der Entrüstung würde sich erheben, wenn Russland diese Barone enteignen wollte! (Sehr richtig!) Ich appelliere an Ihre Gerechtigkeitsgefühl! Können wir die Vorlage vor einer Bevölkerung verantworten, die zwar preußenfeindlich, aber doch nicht revolutionär ist? Da verlagert mein Gewissen. Ich bestreite auch, daß die Vorlage den gewünschten Erfolg haben wird. Ich kenne die polnische Gefahr, ich nehme aber für mich den Patriotismus ebenso in Anspruch wie die Herren, welche einen anderen Standpunkt einnehmen. (Sehr gut!) Aber in dem Augenblick, wo die Polen sagen: wir wollen treue preussische Untertanen sein, in dem Augenblick lasse ich mein deutsches nationales Gefühl zurücktreten und sage zu den Polen: Ihr seid uns willkommen! Man beruft sich so oft auf den Fürsten Bismarck. Was hätte er wohl getan, wenn man die Tracer einer Eisenbahn z. B. durch ein ihm liebes Stück Land geführt hätte. (Heiterkeit.) Die innere Kolonisation war ein Fehler. Wir werden aber trotzdem für die geforderten Mittel stimmen, aber gegen die Enteignung. Allgemein wünschen wir als wirksames Mittel zur Stärkung des Deutschtums eine bessere Dotierung des Ostens. Mit unserer ablehnenden Haltung wollen wir nicht zum Ausdruck bringen, daß wir die Politik des Kanzlers nicht unterstützen wollen. Wir haben die Verdienste des Fürsten Billow immer anerkannt, doch kann man in einer Bewusstseinsfrage anderer Meinung sein. Ich beantrage namentliche Abstimmung über den § 13a und eventuell § 13 und empfehle die Vorlage der Regierung zur Annahme, unter Ablehnung der Enteignung. (Lebhafte Bravo!)

Oberbürgermeister Wilms: In der Begründung der Vorlage ist vor allem zu begrüßen die Absicht der Regierung, im Osten ländliche Arbeiter beschafft zu machen. Freilich werden die Schwierigkeiten sehr große sein. Bedenken gegen die Enteignung habe ich persönlich nicht. Das öffentliche Recht hat ein Privatrecht vor dem Privatrecht. Die Ansiedlungskommission sollte mehr Rücksicht nehmen mit den Organen der Selbstverwaltung. Die Berichte der unteren Behörden werden immer einen einseitigen Charakter tragen gegenüber den Vorschlägen einer Körperschaft, die aus Gewerbetreibenden, Kaufleuten usw. besteht. Erfreulich ist, daß das Deutschtum im Osten nach der letzten Statistik einen kleinen Gewinn davongetragen hat. Es ergibt dies auch die Statistik der Konfessionsziffern.

In der Provinz Posen ist Raum für Polen und Preußen, für Angehörige aller Konfessionen, aber sie müssen sich auf den Boden des preussischen Staates stellen und die geschichtlichen Tatsachen anerkennen.

Dr. Freiherr Lucius v. Balhausen: Es war eine etwas kühne Behauptung des Grafen Mirbach, daß die großpolnische Bewegung erst mit der Ansiedlungspolitik eingeseht habe. Das Gesetz von 1880 war im Gegenteil dazu bestimmt, dieser Bewegung entgegenzutreten! Der Gedanke der Enteignung lag allerdings jenem Gesetz vollkommen fern. Die Ansiedlungspolitik bewegte sich zunächst in sehr gesunden Bahnen, erst in den letzten Jahren kam es zu den sprunghaften Preissteigerungen und dazu, daß nicht mehr polnische, sondern überwiegend deutsche Grundbesitzer ausgekauft wurden.

Die Regierung hat dem erwidert, daß Anläufe aus polnischer Hand nicht möglich seien, weil sich die Polen fest verbunden hätten. Sie verlangt daher das Enteignungsrecht. Ich habe gegen diese Enteignung dieselben Bedenken wie Graf Mirbach. An der Sicherheit des Eigentums müssen wir alle festhalten. Mit dem, was die Vorlage auch ohne die Enteignung enthält, wäre die Ansiedlungsfrage nicht eingelöst, sondern nur in andere Bahnen gelenkt. Ein Unübersehbares gegen die polnische Gefahr gibt es nicht. Wir müssen nun einmal mit den über 8 Millionen polnischer Mitbürger rechnen, und sie haben dieselben Rechte wie die anderen Staatsbürger. Ein tatsächlicher Kriegszustand, ein bewaffneter Zustand ist in den ganzen letzten Jahrzehnten in den polnischen Provinzen nicht vorgekommen und von einem Aufgeben der polnischen Provinzen kann gar keine Rede sein; das ist eine Existenzfrage für uns. Aus diesen Gründen bitte ich Sie um die Annahme der Vorlage, abgesehen von der Enteignung. (Lebhafte Zustimmung.)

Ministerpräsident Fürst v. Billow: Der Herr Graf Mirbach hat sich in seinen Ausführungen auch mit dem Eindruck beschäftigt, den die Vorlage im Ausland hervorgerufen hat. Da ich ähnlichen Betrachtungen auch in der Presse begegnet bin, möchte ich einiges darüber sagen. Unsere innere Politik kann nicht von den Wünschen des Auslandes abhängen. (Bravo!) Fürst Bismarck hat mehr als einmal ausgeführt, daß Rücksichten und Erwägungen der auswärtigen Politik niemals dazu führen dürfen, die volle Bewegungsfreiheit im Innern zu beeinträchtigen. Früher bestand ja öfters eine Neigung, sich in die Verhältnisse anderer Staaten einzumischen. Die große französische Revolution versuchte Propaganda nach außen zu treiben und als die Legitimität aufkam, verfiel sie in den gleichen Fehler. Heute überwiegt die Ansicht, daß jeder Mann im eigenen Hause sein Recht wahren müsse, daß er sich aber auch nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumischen hat. Im allgemeinen hält man hieran auch fest, nur und gegenüber glaubt man, sich hier und da eine Abweichung erlauben zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Auch andere Länder haben Maßnahmen getroffen, die nicht überall Anlaß gegeben haben. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß sie deswegen so scharf angegriffen worden sind wie wir in der vorliegenden Frage. Ich will nicht untersuchen, in wie weit das eine Folge unserer vielfach unglücklichen Geschichte, unserer Zerissenheit, ist. Ich will nur feststellen, daß anlässlich dieser Vorlage fremde Schriftsteller und Kritiker, deren Nennunge unsere Schriftsteller verbreitet haben, deren Ruf unsere Bahnen vertritt haben, sich Angriffe herausnehmen, die sie sich anderen Ländern gegenüber nicht leisten dürfen. Es ist gut, jedes Wetterzuden und namentlich jedes Wetterzuden in der auswärtigen Politik zu beachten. Es ist ja nur ein kleiner

Zell unserer Presse, der anlässlich der Vorlage mit den Gründen des Auslandes operiert. Wenn es nun gut ist, das Wetterleuchten in der auswärtigen Politik zu beachten, so ist es doch nicht die Art unseres Volkes, vor jedem Stürzen in des Auslandes zu erschrecken. Der Herr Landwirtschaftsminister hat bereits in seinen längeren Ausführungen erklärt, daß die königliche Staatsregierung in den von Ihrer Kommission gefassten Beschlüssen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erkennen vermöge. Wir sind der Überzeugung, daß mit den Beschlüssen der Kommission eine Niederlage des Deutschtums auf die Dauer nicht abgewehrt werden könne. Die Mängel an den Beschlüssen der Kommission liegen darin, daß sie der Regierung zu wenig Land geben, daß sie uns auf diese Weise zu unplanmäßigen Ankäufen zwingen und daß sie nicht imstande ist, eine wirkliche Verziehung der Verhältnisse auf dem Gütermarkt herbeizuführen. Wir sind seinem positiven Vorschlage begegnet, der uns die Sicherheit geben würde, hier Wandel zu schaffen. Von allen Seiten wird die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände anerkannt, aber ein Weg zur Besserung wird uns nicht gezeigt. Das Mittel der Regierung ist ein scharfes, aber allein wirksam. Ihre Kommission hat bereits anerkannt, daß die Enteignung notwendig sei. Sie hat aber diese Maßregel so beschränkt, daß die Wirksamkeit darunter leidet. Greift man zu einer scharfen Maßnahme, so muß man des vollen Erfolges sicher sein; sonst bleibt das Odium der Maßnahme auf einem haften, die Maßnahme selbst aber versagt. Ich habe in der Ostmarkenpolitik an den Traditionen des Fürsten Bismarck festgehalten. Nach dem, was er zu der Frage auch hier in diesem Hause gesprochen, was er nachher zürnend und mahnend über die Ostmarkenfrage schrieb, dürfen wir sagen, daß er hier auf Seiten der Staatsregierung gestanden hätte. Ich folge seinen Bahnen. Die Ansiedlungspolitik fortzusetzen, habe ich als überkommenes Vermächtnis des Fürsten Bismarck angesehen. Wir dürfen nicht vor dem ersten Hindernisse Halt machen und dürfen nicht scheuen, die Konsequenzen zu ziehen und die Mittel zur Anwendung zu bringen, die allein dem Staate vorwärts helfen und den Sieg herbeiführen können. Die Frage ist: Will dieses hohe Haus durch Ablehnung der geforderten Mittel die Fortsetzung der in voller Übereinstimmung mit der Krone und unter Zustimmung des anderen Hauses, des Landtages, festgesetzte Ansiedlungspolitik lahmlegen und unmöglich machen? Die Staatsregierung gibt sich der Hoffnung hin, daß das Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit Sie, meine Herren, dazu führen wird, mit dem anderen Hause der königlichen Staatsregierung die Mittel zu gewähren, die notwendig sind, um eine schwere Beeinträchtigung der Interessen des Landes zu verhindern. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

v. Wedel-Piesdorf: Ich erkenne an, daß die Staatsregierung das Enteignungsrecht braucht, um das zurückweichende Deutschtum in den politischen Provinzen zu erhalten. Gleichwohl ist das Enteignungsrecht eine so scharfe und unerhörte Maßregel, daß es soweit wie möglich eingeschränkt werden muß, ohne daß der Zweck, dem es dient, illusorisch gemacht wird. Die Kommission des Herrenhauses hat es namentlich für nötig gehalten, den angekommenen Besitz vor der Enteignung zu schützen. Sie hat Grundstücke, die 10 Jahre im polnischen Besitz sind, von der Enteignung ausgeschlossen. Da dieser Termin ganz willkürlich gewählt war, habe ich vorgeschlagen, als festen Termin für das Inkrafttreten des Ansiedelungs-gesetzes das Jahr 1880 zu wählen. Die Folge wird höchstens sein, daß die Ansiedelung etwas langsamer vor sich geht. Ich bitte Sie also, die Kommissionsbeschlüsse mit meinem Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Generalfeldmarschall Graf Hülse: Ich bin ein Gegner der Enteignung. Artikel 4 der Verfassung, alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, wird zweifellos durch das Gesetz verletzt, das einen Unterschied macht zwischen deutsch sprechenden und polnisch sprechenden Preußen. Aber ganz abgesehen von den verfassungsmäßigen Bedenken, bedeutet die Enteignung eine große Härte, wie schon ausführlich dargelegt worden ist. Man spricht auch davon, es bestände ein Kriegszustand mit den Polen. Der Krieg ist eine durchaus gerechte Ausgleichung entgegenstehender Interessen. Bei der Enteignung aber ist der eine Gegner wehrlos. (Sehr richtig!) Wenn schließlich davon gesprochen worden ist, es könnte eine Gefährdung, eine Kollase des Staates eintreten, wenn der Staat, bedrängt von äußeren Feinden, noch den inneren zu überwinden habe, wenn also diese Kollase eintritt, wird die Rettung allein bei der Wehrkraft der Nation, der ultima ratio regis. (Lebhaftes Bravo! Händeklatschen auf den Tribünen.)

Graf v. d. Schulenburg-Grünthal: Auch ich kann dem Fürsten Bülow kein Mittel zur Verhinderung der polnischen Gefahr an die Hand geben, aber ich kann dem hier vorgeschlagenen Mittel jedenfalls nicht zustimmen. Ich halte es einmal für einen Schlag ins Wasser und ich kann es weiter nicht in Einklang bringen mit meinem Gewissen. Von der Enteignung aus nationalen Gründen bis zur Enteignung aus politischen Gründen ist nur ein kleiner Schritt. Wenn wir diesen Eingriff in das Eigentumsrecht zulassen, fügen wir den Ältesten, auf dem wir sitzen und leiten dem Kaiser zu. Was nun die Kompromißanträge anlangt, so meine ich, man muß entweder die Enteignung prinzipiell ablehnen, oder man muß der Regierung eine scharfe, scheinbare Waffe, die unbeschränkte Enteignung, geben. Als die Vorlage bekannt wurde, stand in Berliner Blättern einer Partei, mit der wir sehr im Reichstage eine Fernverbindung geschlossen haben (Reiterleit), die Vorlage sei ausgezeichnet, sie gehe nur nicht weit genug, sie sollte angewandt werden gegen den gesamten preussischen Großgrundbesitz. Wenn diese Kreise einmal aus Kader kämen, würde diese Vorlage einen schlimmen Präzedenzfall bilden. Dann wird der von seinem Grundbesitz vertriebene Einzel mit Fingern zeigen auf seinen Anführer, der mit Hilfe dieser Präzedenzfall zu schaffen. Mein Grab will ich davor schützen.

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben: Das Schicksal der Vorlage wird entscheidend sein für die Zukunft der Ostmarken, daher will ich auf einige Ausführungen der Redner nochmals eingehen. Die Angriffe der Polen haben den Fürsten Bismarck zu der Ansiedlungspolitik gebracht. Gegenwärtig besteht auf allen Gebieten des Lebens eine Absonderung der Polen von den Deutschen. Die Behauptung, die Ansiedlungskommission habe die Polen sanfter, ist nicht zutreffend. Nur 10 Proz. des Geldes sind in die Taschen der Polen geflossen, den Rest erhielten die deutschen Hypothekentanten. Von den ausgelassenen polnischen Großgrundbesitzern haben sich nur 12 Proz. überhaupt wieder angekauft. Wer die Neupflanzungen des polnischen Lebens betrachtet, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß hier ein systematischer Kampf gegen alles Deutsche geführt wird. Dieser Kampf konzentriert sich in dem Kampf um den Boden. Wer den Boden hat, hat die Herrschaft. Keiner der Redner hat eine Antwort auf die Frage des Herrn Ministerpräsidenten gefunden, ob wir diesem Kampfe mit beschränkten Armen zusehen wollen, oder was sonst geschehen soll. Immer mehr erstreckt sich der Übergang deutschen Besitzes in polnische Hände auch auf den bäuerlichen Besitz. Unterstützt von den Millionen der Sachsen-gänger wird diese Bewegung immer stärker werden. Die Dinge sind zu ernst, als daß wir die Hände in den Schoß legen könnten. Es ist unsere Pflicht, einzugreifen, um den schwindenden deutschen Besitz im Osten zu halten. Ich möchte nicht das Jubelgeschrei der Polen hören, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Stören Sie nicht das Uferwerk der Ansiedlung, es wird dann dereinst auch die Stunde des Friedens schlagen. (Lebh. Beifall, vereinzelt Händeklatschen.)

Oberbürgermeister Adies-Frankfurt a. M.: Wenn man schon bei den Truppenübungsplätzen ganze Dörfer enteignet, so hat die Regierung auch hier das Recht der Enteignung. Die Bedenken, die so vielfach im Osten gegen das Ansiedlungsgesetz erhoben werden,

kommen aus der zu nahen Betrachtung der Dinge. Wir müssen doch bedenken, daß dort 300 neue deutsche Dörfer geschaffen worden sind. Nachdem die Regierung erklärt hat, daß die Beschlüsse der Kommission nur eine stumpfe Waffe bedeuten, hielten wir es für nötig, dem Haus einen anderen Beschluß zu ermöglichen. In diesem Sinne haben wir unseren Antrag gestellt, sachlich deckt er sich mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Ein Antrag auf Verlegung wird hierauf angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11½ Uhr. Tagesordnung: Entwurf betr. Herstellung einer Eisenbahn-Dampferfäherverbindung Sahnitz-Treleburg; Fortsetzung der Beratung der Enteignungsvorlage.

Schluß 5½ Uhr.

Dernburgs Kolonialprogramm vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 26. Februar.)

Staatssekretär Dernburg erklärt gegen Spahn, seine Ansichten über die Kolonien hätten sich nicht geändert, er halte noch wie vor die Aussichten für sehr vielversprechend. Von allen Kolonien haben sich die deutschen prozentual am besten entwickelt, das zeige insbesondere der sehr rasch steigende Handel. Dr. Spahn hat nun geraten, mit dem Bahnbau recht vorsichtig und langsam vorzugehen. Aus sich selbst heraus können die Bahnen sich allerdings noch nicht verginsen, aber indirekt, durch Steuer- und Zolleinkünfte und durch Ersparnisse bei militärischen Transporten werde sich eine sehr gute Verzinsung ergeben. Die Abg. Arning und v. Richthofen haben bemängelt, daß ich den nationalen Gesichtspunkt zu wenig betont habe; den halte ich für selbstverständlich, aber er geht nicht so weit, daß wir den hinausziehenden Weissen die Kolonien zum beliebigen Schalten überlassen können. Zu ihm sei ein junger Farmer gekommen, der ihm erzählte, er habe 150 Reger gekauft. Das war ihm sehr ernst. Es ist vorgekommen, daß Ansiedler sich mit dem Gewehr an die Quaken setzten und die Eingeborenen hinderten, ihr Vieh zu tränken, um sie dadurch zu zwingen, ihnen das Vieh zu überlassen. Solche Leute dürfen nicht Erzieher der Regier in den Kolonien sein. Die Tropen sind für Weiße nur im minderen Maße bewohnbar. Die Regier müssen wirtschaftlich gehoben und kultiviert werden, um die Kolonien fähig zu machen, dem Mutterlande mit ihren Produkten zu dienen; es muß der Frieden erhalten werden durch gute und gerechte Verwaltung.

Lattmann begrüßt den Optimismus Dernburgs. Die Eingeborenenkultur möchte er nicht überdacht sehen; die Eisenbahnen sollten recht rasch gebaut werden. Er spricht sich für die Erhaltung der Privilegien aus und fragt, ob es wahr sei, daß die Träger bei der Reise Dernburgs mehr als sonst geprügel worden seien. Ein evangelischer Pfarrer in Dares-Salam hat ihm auf geschrieen.

Hr. v. Reichberg befreitet, daß auf Dernburgs Reise geprügel wurde.

Lebedour:

Die Differenzen zwischen einem Teil der Budgetkommission und dem Staatssekretär Dernburg erklären sich daraus, daß Dernburg das Interesse des Handelskapitals vertritt, jene aber das Interesse des Agrarkapitals. Nach dieser verschiedenen Stellung muß man auch die Haltung gegen die Regier beurteilen. Je mehr die Lage der Regier gehoben wird, je mehr diese produzieren, desto mehr steigt der Export und damit der Gewinn des Handelskapitals. Die Liebert, Richthofen, Lattmann aber, die den Arbeitszwang verteidigen, wollen diesen natürlich nicht im Sinne der Eigenproduktion, sondern im Interesse der Pflanzler, also des agrarischen Profits. Um agrarisches Kapital handelt es sich bei den Pflanzungen, das sind keine Bauern; es die Betriebe groß und klein sind, alle beruhen auf der Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeitskraft der Regier. Mit erteilender Entscheidung hat die Regierung die Zustimmung zurückgewiesen, Arbeitszwang eintreten zu lassen. Aber da wird man nun indirekten Arbeitszwang, durch Erhöhung der Steuern. Unter Hinweis auf die Aufstufungsgesetz ist von Dernburg auch diese Forderung zurückgewiesen worden, unbeschadet des Umstandes, daß Liebert den Aufstand schwarzen Jäuberern in die Schuhe schiebt. Liebert hat kein Blick mit seinen Gutachten; die schwarzen Jäuberer für den Aufstand verantwortlich zu machen, das steht ungefähr auf derselben Höhe wie seine Behauptung im Peters-Projekt, daß der Aufstand am Kilimandscharo durch eine vier Jahre später gehaltene Rede Vebels veranlaßt worden sei. An das von Dernburg erhoffte Zusammenarbeiten zwischen Schwarzem und Weißen könne er nicht recht glauben, das Verhältnis des Regers werde immer das des Ausgebeuteten sein, der Staatssekretär gibt sich einer Illusion hin, wenn er glaubt, durch Verordnungen die Tendenz der Ausbeutung beseitigen zu können. Die Regierung hat die Auswanderung übrigens besonders in Südwestafrika gefördert, wenn man jetzt ins andere Extrem fällt, wird es Dernburg gehen wie Goethes Jäuberlehrling. Was von den Verordnungen in der Praxis zu erwarten ist, sieht man an der behaupteten Prügelei in der Expedition Dernburgs. Wenn er schon nicht gesehen hat, wie in seiner unmittelbaren Nähe geprügel wurde, wie will er von Berlin aus verhindern, daß die Pflanzler weiter prügeln. Es wird alles beim alten bleiben. Dem Abg. Lattmann machen ja auch die Eingeborenenkommisare schon Beschwerden. — Lebedour hält Kleinpflanzungen schon als klimatischen Gründen für ausgeschlossen. Norddeuropäer degenerieren schon in Ägypten, wie viel mehr noch in der Temperatur unserer Kolonien.

Wiemer erkennt an, daß sich das Programm in den Richtlinien der Anschauungen bewege, welche bei der Linken über die Kolonialpolitik bestehen. Er ist mit der negerehaltenden Politik einverstanden und auch mit dem Grundgedanken, die Ausgaben für die Kolonie in Einklang mit dem Reue zu bringen. Auch die Haltung Dernburgs zu den Pflanzern findet seine Billigung, nur müßten auch die Interessen der Weißen gewahrt werden. Zur Eisenbahnfrage erklärt er, eine gewisse Rentabilität müsse gefordert werden.

Dernburg greift eine Bemerkung Wiemers, daß man die richtigen Männer in die Kolonien schicken muß, auf und stimmt dem zu; er gebe sich Mühe, die richtigen Leute zu finden und habe deshalb auch seinen Beamten gesagt, wer das Programm nicht mit gutem Gewissen unterschreiben könne, der möge es ruhig sagen, er werde sehen, ihm hier eine andere Position zu schaffen. Gegen Lebedour behauptet er, der Kaufmann sei von dem ethischen Gesichtspunkt geleitet, anderen Vorteile zu verschaffen, wobei er natürlich auch etwas verdienen wolle. Aber das koloniale Kaufmannskapital werde nicht die Ausbeutung der Regier zum Zweck nehmen. Ein Zusammenarbeiten zwischen Regier und Weißen halte er für möglich, der Schworze sei diebisch und habe unangenehme Eigenschaften, man müsse streng gegen ihn sein, aber wenn ihm sein Auskommen gesichert werde, worum sollten nicht bessere Verhältnisse eintreten.

Erzberger verweist darauf, daß er früher zahlreiche Mißstände vorgebracht habe. Da sei ihm entgegengehalten worden: es ist klassenmäßig. Jetzt werde alles zugegeben. Man möge nur die Regier gut behandeln, dann sei die Arbeiterfrage gelöst. Arbeitszwang sei immer verwerflich. Redner spricht sich in der Eisenbahn- und Begehrungsfrage entgegenkommender als Spahn aus und bricht eine Lanze für die Missionen.

Morgen Fortsetzung.

Verfassungen.

Der deutsche Transportarbeiterverband, Verwaltung I (Verein Berliner Hausdiener) hielt in Montagabend in den „Arminhallen“

seine ordentliche Generalversammlung ab. Schumann führte den Vorsitz. Der Geschäfts- und Kassenbericht lag gedruckt vor. Im Jahre 1907 sind 87 Lohnbewegungen mit 2089 Kollegen geführt worden, von denen nur zwei mit 24 daran beteiligten Kollegen erfolglos waren. Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte sowie zur Agitation fanden 835 Sitzungen und Versammlungen statt. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1907 an 25-Pfennigzahlern 4954 und an 40-Pfennigzahlern 4275, zusammen also 9229. Krankenunterstützung erhielten 897 Kollegen, und zwar die Summe von 20 092,90 M. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme (inkl. Kassenbestand vom 1. Januar 1907) von 194 048,90 M. Die Ausgaben betragen 198 299,43 M. Der Kassenbestand ist am 1. Januar 1908 demnach 57 809,47 M. Außer der Krankenunterstützung wurden im verfloßenen Geschäftsjahre noch gezahlt an Unterstützungen für Arbeitslose 24 000,05 M., für Streikende 12 374,85 M., in Sterbefällen 10 928 M., in Notfällen 1723 M., für Rechtschutz 565 85 M. — Arbeitslos meldeten sich im Jahre 1907 insgesamt 9457 Personen, darunter 4367 Hausdiener, Vater und Jahrsfuhrer. — Zur Kenntnis der Ortsverwaltung und der Revisionen legte der Vorsitzende Schumann eine Liste vor, die nach einer Beratung mit den Funktionären des Verbandes der Verammlung zur Annahme empfohlen werden sollte. Da durch die veränderten Organisationsverhältnisse der Tätigkeitskreis der Verwaltung eingeschränkt ist, wird die Wahl von nur einem befohlenen Bevollmächtigten für notwendig gehalten. Für diesen Posten wird Wappeler vorgeschlagen, weil man annehmen darf, daß man damit den Wünschen der Mitglieder des alten Vereins Berliner Hausdiener entgegenkomme. Für Bernhard, der von vielen Seiten empfohlen wurde, habe man einen anderen wichtigen Posten auszuwählen. Nach längerer Diskussion gelangte die folgende Liste, wie sie von dem Vorsitzenden der Verammlung vorgelegt worden war, zur Annahme: 1. Bevollmächtigter: Fritz Wappeler; 2. Bevollmächtigter: Hermann Spielermann; Kassierer: Hermann Reimer; Schriftführer: Gustav Betzold; Weisiger: Fritz Judow, Rob. Rehr, Paul Müller, Otto Borath und Ferdinand Freitenborn; Revisoren: Richard Quaal, Fritz Zimmermann und Emil Reich; als Weisiger im Bezirk Groß-Berlin: Fritz Wappeler und Hermann Spielermann; als Hauptrevisor: Karl Fröhbrodt; als Delegierte zu der Gewerkschaftskommission: Fritz Wappeler, Max Bernhard, Eugen Härling, Paul Liebenow, August Schmahl und Max Schulze.

Die Generalversammlung des Verbandes der Sattler fand am Donnerstag in den „Arminhallen“ statt. Der Vorsitzende Schulze gab an Stelle des Kassierers Wappeler, der erkrankt ist, den Geschäftsbericht für die Monate April-Dezember 1907. Laut Beschluß soll das Geschäftsjahr nunmehr Januar beginnen und Dezember abschließen. Die letzte Zeit sei für die Entwicklung der Organisation nicht günstig gewesen, der Verband hätte eine Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, wie in keinem Jahre zuvor. Trotz der vielen Entlassungen arbeiten eine ganze Reihe von Betrieben noch verkräftigt. Die Krise habe schwere Opfer erfordern und noch sei von einer aufsteigenden Konjunktur nichts zu merken. Redner bespricht noch die Urabstimmung über die Erhöhung der Verbandsbeiträge und legt an der Hand eines reichen Zahlenmaterials die finanziellen Verhältnisse dar. Lobend erwähnt er das überaus günstige Resultat der Urabstimmung und erkennt die Opferwilligkeit der Kollegenschaft an, die auch in diesem Falle ein erfreuliches Resultat für die Notwendigkeit dieser Handlung gezeigt habe, im Gegensatz zum Zentralvorstand, mit dessen Maßnahmen Redner durchaus nicht zufrieden ist. Ungeöhnlich stark sei der Verband in diesem Jahre von Strafmandaten infolge hartnäckiger Lohnkämpfe betroffen worden, gegen welche durchweg richterliche Entscheidung beantragt wurde, was bedeutende Kosten erfordert habe. Zu erwähnen sei, daß gerade zu Zeiten der großen Arbeitslosigkeit die Tätigkeit der Bureaubeamten eine außerordentliche Ausdehnung nehme, welche im Hinblick auf die Erledigung des enormen Andranges der Arbeitslosen im Arbeitsnachweis und in der Anbahnung der Kassenangelegenheiten leicht erklärlich sei. Geeignete Räume als die bisherigen sind zum 1. April im Neubau des Gewerkschaftshauses gemietet. Redner schließt mit dem warmen Appell an alle Kollegen und Kolleginnen, tüchtig und wader weiterzuarbeiten, so würden auch in Zukunft die Erfolge nicht ausbleiben. Bezüglich des Verbotes der Nebenbeschäftigung wünscht Hesse, daß man mehr Wert auf die Erziehung der Kollegen zu geistiger Arbeit, zur Betätigung in Partei- und Gewerkschaftsfunktionen legen solle, dann würde das Verbot von selbst aufhören. Die Wahl eines neuen Gauleiters wird auf Antrag bis zur nächsten Verammlung verschoben. Ein Antrag, den Beamten Sitzungsgelder zu gewähren, wird angenommen. Als erster Vorsitzender wird Schulze einstimmig wiedergewählt, desgleichen Wappeler als Kassierer. Nachdem auch die Wahl der Revisoren erfolgt ist, schließt Schulze die gutbesuchte Verammlung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter (Sektion I). In der letzten Monatsversammlung, die im Gewerkschaftshause stattfand, wurde an der Hand des in Druck vorliegenden Jahresberichtes für 1906/07 die Tätigkeit der hiesigen Ortsverwaltung einer eingehenden Besprechung unterzogen und derselben vollste Anerkennung gesollt. Der geringe Mitgliederzuwachs ist ein Zeichen davon, daß man bald da angekommen ist, wo die Organisationsmöglichkeit ihre Grenze hat und wo man nur noch mit Anhängern der blauen Gewerkschaft und gänzlich organisationsunfähigen indifferenten Kollegen zu tun hat. Sache der Ortsverwaltung wird es sein, Mittel und Wege zu finden, wie auch der letzte noch organisationsfähige Mann der freien Gewerkschaft zu gewinnen sein wird. Die große Zahl von Nichtpreußen im Verufe veranlaßt die Ortsverwaltung, durch ihre Vertrauensleute den betreffenden Formulare zur Aufnahme in den preussischen Zentralverband zu übermitteln und ihnen in dieser Angelegenheit behilflich zu sein. Die Quartalsabrechnung der Verbandskasse vom vierten Quartal 1907 ergibt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 5141,90 M. An Unterstützungen wurden gewährt: Krankenunterstützung 859 M., Arbeitslosenunterstützung 685 M., Reiseunterstützung 15 M., Sterbegeld 45 M. In die Hauptkasse wurden 2422,72 M. abgeführt. 974 Prozent der Solbbeiträge gingen ein. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 248 83 M., eine Ausgabe von 1489,84 M., somit eine Nebeneinnahme von 915,49 M., welche mit dem Bestand vom dritten Quartal im Betrage von 10 188,02 M. einen Lokalkassenbestand am Schlusse des Jahres 1907 in Höhe von 11 101,51 M. ergibt.

Wasserkunde-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom
Berliner Wetterbureau.

Wasserkunde	am 25. 2.	seit 24. 2.	Wasserkunde	am 25. 2.	seit 24. 2.
Memel, Mühl	2739	-5	Saale, Spandau	297	-11
Wegiel, Unterburg	2209	-14	Havel, Spandau	153	+2
Wegiel, Thon	2204	+14	Kathenow	182	0
Oder, Rottorf	316	0	Spree, Spremberg	222	0
• Krollen	253	+7	• Seesow	207	0
• Frankfurt	252	+11	• Sefer, Rinden	2307	-12
• Barthe, Strimm	258	+10	• Rinden	301	+45
• Landsberg	226	+3	• Rhein, Nymphenburg	460	+4
• Nehe, Boddamm	123	-1	• Rüb	348	+26
• Elbe, Reitmeritz	200	-7	• Rüb	466	+22
• Dresden	140	+84	• Redar, Heilbronn	225	-11
• Sarbo	365	+45	• Rain, Wehrheim	330	+36
• Magdeburg	293	+42	• Rojel, Etric	-	-

+) + bedeutet Hoch, - Fall. - *) Unterbezel. - *) Eisstand. *) Eisbreiten. - *) Höchster Wasserstand: 247 cm am 24. um 8 Uhr abends.

Nach telegraphischer Meldung von heute war die Oder bei Rottorf um 8 Uhr vorm. auf 240 cm gestiegen.

Generalversammlungen in Groß-Berlin.

In fünf von den sechs sozialdemokratischen Wahlvereinen in Groß-Berlin fanden am Dienstag Generalversammlungen statt. Die Polizei hat anscheinend auch bei dieser Gelegenheit wieder mal den Ausbruch der Revolution erwartet. Die konfigurierten Mächte fanden aber keine Gelegenheit, in Aktion zu treten. Außer der Erledigung von Wahlen wurde in den Versammlungen über verschiedene aktuelle Tagesfragen verhandelt. Den Verlauf der Versammlungen schildern die nachfolgenden Berichte.

Zweiter Wahlkreis.

Die gut besuchte außerordentliche Generalversammlung, im „Hofjäger-Palast“ tagend, nahm zunächst einen sehr instruktiven Vortrag des Genossen P o l l a k über die Wahlen zum preussischen Landtag entgegen. Redner zeigt aus der Geschichte, wie Preußen erst seine vernichtende Niederlage bei Jena erleben und die Fremdherrschaft Napoleons dulden mußte, ehe die ersten schwachen Ansätze eines konstitutionellen Systems merkbar wurden. Als 1848 der Landtag zusammenberufen wurde, war vorher das Volk auf die Barrikaden gestiegen. Obwohl das Volk den Sieg davontrug, hatte die Nationalversammlung bereits mit der Reaktion zu kämpfen.

In seinen weiteren Ausführungen erläutert der Vortragende eingehend das Wahlverfahren und schließt mit dem Hinweis, daß es bei Anspannung aller Kräfte möglich sein werde, in den preussischen Landtag einzudringen und so in diesen Ort der Reaktion Besche zu legen. (Beifall.)

Die Rede ergänzt die Ausführungen des Referenten und betont unter Beifall der Versammlung, daß keine Neigung unter den Genossen bestehe, bei den Landtagswahlen mit den Freisinnigen zusammenzugehen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird nach kurzer Debatte der vom Bezirk 148a gestellte und von Fuß begründete Antrag, Kränzspenden betreffend, abgelehnt.

Einem Antrage des Bezirks 144 soll insofern entsprochen werden, als schon in dem ersten Flugblatt zu den Landtagswahlen auf die Notwendigkeit der Erwerbung des Staatsbürgerrechts besonders hingewiesen wird.

Bezüglich wirksamer Bekämpfung der Landtagilustration einen regelmäßigen besonderen Beitrag zu erheben, wie dies der 153. Bezirk beantragt, wird von der Generalversammlung abgelehnt.

Abgelehnt wird ferner der Antrag aus den Bezirken 117/118, die vom Genossen Hirsch verfaßte Landtagsbrochure gratis zu verteilen.

Den vom 141. Bezirk gestellten Antrag, eine Norm zu schaffen, nach welcher bei Verhängung oder Aufhebung von Boykotts entweder die Genossen von Groß-Berlin oder der Zentralvorstand entscheiden soll, begründet Lehmann. Der Antrag soll als Material für eine spätere Generalversammlung verwendet werden.

Genosse K i l o l e i befürwortet den vom 116. Bezirk gestellten Antrag, bei allen wichtigen Aktionen, Wahlen, Demonstrationen usw., rechtzeitig und regelmäßig eine Extranummer des „Vorwärts“ herauszugeben, um so zu vermeiden, daß die Arbeiter auf die verlogenen Nachrichten der bürgerlichen Presse angewiesen sind. Extranummern seien zwar auch leihweise herausgegeben worden, doch erst mit der anderen Tags fälligen Nummer den Abonnenten zugestellt worden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachdem die Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralversammlung erledigt und Genosse G. S c h m i d t zum Revisor von Groß-Berlin gewählt worden war, schloß Genosse K ö d e r i c h die Versammlung mit der Aufforderung, dem Ruf der Bezirksführer, an den Arbeiten zu den Landtagswahlen teilzunehmen, allseitig Folge zu leisten.

Dritter Wahlkreis.

Die Versammlung des dritten Wahlkreises tagte in den Kaminhallen. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen H e i n z über: „Unsere gegenwärtige Politik“. Der Redner beleuchtete die nun seit einem Jahre währende Blockpolitik und zeigte an einer Reihe von Tatsachen, daß die konservative Seite im Block die härtere ist, daß die Freisinnigen aus Angst vor dem Zusammenbruch des Blocks sich dem konservativen Einfluß fügen und daß deshalb die Politik im Reiche sich nicht nach vorwärts, sondern nach rückwärts entwickelt hat. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich die Blockpolitik nicht vorwärts bringen kann, denn sie ist gegründet auf ein negatives Programm: Den Kampf gegen die Sozialdemokratie und auf eine Zusammenkuppelung von einander widersprechenden Ideen. Redner erläuterte dies an der Finanzpolitik des Reiches und den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen. Wenn die Reichspolitik nicht vorwärts komme, so liege das aber nicht an der Blockpolitik allein, sondern es sei bedingt durch die Natur unseres politischen Lebens überhaupt. Im politischen Leben stehen sich gegenüber: Geistige Freiheit und geistige Anrechtung; Demokratie und Bürokratie; Arbeiterinteressen und Unternehmerinteressen. Nur die Sozialdemokratie steht auf allen drei Gebieten auf der einen Seite. Sie tritt ein für geistige Freiheit, für demokratische Politik und für die Arbeiterinteressen. Die anderen Parteien dagegen gruppieren sich verschiednen, denn ihre Interessen auf den drei Gebieten kreuzen sich vielfach. Der Redner erörterte diese wechselnde Gruppierung der Parteien und die dadurch gebotene Stellung der Sozialdemokratie nach den verschiedenen Richtungen. Die Sozialdemokratie hat zwar ein konsequentes Programm, aber sie hat nicht die Mehrheit und kann deshalb keine positive Politik treiben. Wir werden natürlich nichts ablassen von unseren Forderungen in sozial-reformatoryischer Hinsicht, wie auf den Gebieten der Geistesfreiheit und der demokratischen Politik. Unsere Aufgabe ist es, durch die Art unserer Kritik und solche Achtung zu verschaffen, daß alles, was zu uns hinübergezogen werden kann, auch die Möglichkeit hat, zu uns zu kommen. Die Vertreter der Unternehmerinteressen können natürlich nicht zu uns kommen. Wir müssen es auch gern sehen, wenn andere Parteien nur in einigen Punkten mit uns übereinstimmen und soweit mit uns gehen als es die Übereinstimmung zuläßt. Das beeinträchtigt unsere Selbstständigkeit nicht, sondern gibt und sogar eine größere Selbstständigkeit in der Vertretung der Arbeiterforderungen. Man sprach von dem schwarzen Kartell. Wenn es auch ein solches Kartell nicht gibt, so wird es doch immer Fälle geben, wo das Zentrum mit der Sozialdemokratie zusammengehen muß. Ebenso wird es auch vorkommen, daß die Sozialdemokratie mit dem Freisinn zusammengeht. Deshalb müssen wir die anderen Parteien treiben, mit uns zusammenzugehen, soweit sie können. Das haben wir auch bei den Kommissionsberatungen im Reichstage getan. Die Politik ist ein Hin- und Herschieben verschiedener Kräfte, die sich bald in dieser, bald in jener Gruppierung zeigen. Man muß sehen, daß man überall etwas heraus schlagen kann.

Es wäre nicht möglich, über die Lage der Politik zu sprechen, ohne die Anwendung zu ziehen auf die nächstliegenden und wichtigsten Angelegenheiten. Da steht in erster Reihe die preussische Landtagswahlreform, die von uns allen jetzt als die wichtigste angesehen wird. Es fragt sich nur, was haben wir zu tun, um die Wahlreform durchzuführen. Was haben wir der schroffen Abgabe des Fürsten Bülow entgegenzusetzen? Wir haben Versammlungen abgehalten und haben protestiert. Wir haben gute und wertvolle Ausführungen in Zeitchriften gemacht. Aber das alles ist nicht geeignet, der Politik eine andere Richtung zu geben. Es haben auch Straßendemonstrationen stattgefunden. Sie haben eine außerordentliche Wirkung ausübt auf diejenigen, welche Interesse für die Sache haben. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt ist

auf die Ungerechtigkeit des preussischen Wahlrechts gelenkt worden. Aber man täuscht sich selbst, wenn man sich einbildet, daß das auf die Reaktion Eindruck macht. Wir müssen uns klar darüber sein, daß diejenigen eine ganz falsche Auffassung der tatsächlichen Lage in Deutschland bekunden, welche glauben, man könne im Wege einer kurzen revolutionären Energie das alte Wahlrecht über den Haufen rennen und ein neues erzwingen. Es ist das Wort gefallen, daß die Ereignisse in Rußland als Vorbild für unseren Wahlrechtskampf anzusehen seien. Keiner Ueberzeugung nach ist das falsch. Selbst in dem morschen Rußland, das nach einem unglücklichen Kriege auseinanderzufallen drohte, hat aller revolutionäre Optimismus der Nation nicht verhindern können, daß dort die Reaktion seit Jahr und Tag Fortschritte macht. Die Verhältnisse in Rußland waren noch nicht reif für die Umgestaltung des Staatswesens. Für uns können die Ereignisse in Rußland kein Vorbild sein. Unser Staatswesen ist noch nicht so zerrüttet wie das russische. Es steht noch auf festen Füßen und große Teile der Bevölkerung sind an der Erhaltung desselben interessiert. Ein großer Teil der Landbevölkerung hat aber glaubt doch ein Interesse zu haben an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zustände. Ebenso die großen Mittelschichten des Volkes, und die Arbeiter, die vom Merkantilismus beerricht werden, können nicht daran denken, für eine Revolution geneigt zu sein. Es ist ja unerfreulich, sich vorzustellen, daß ein Ziel so lange hinausgeschoben werden und man sich, um es zu erreichen, mit Gegnern verbünden muß, mit denen man sich am liebsten schlägt. Man darf aber nicht glauben, eine Sache geht, weil man wünscht, daß sie gehe. — Die Sozialdemokratie will keine Revolution, für die die Verhältnisse des deutschen Volkes in keiner Weise reif wären. Das ist auch sicher die Ansicht derjenigen, die den Wert der russischen Methode meines Erachtens überschätzen. Wollen wir aber die Revolution nicht, dann erfordert es die Ehrlichkeit, nicht so zu reden, als ob wir sie wollten. Es führt irre, wenn man sagt, wir machen es so wie in Rußland. Alle Bewunderung für die Helden, die Blut und Leben für die Sache des Volkes geopfert haben, darf uns nicht bewegen, etwas zu tun, was wir nicht tun können.

Was soll nun positiv geschehen? Unsere ganze Propaganda für das Wahlrecht muß darauf ausgehen, allen Teilen des Volkes klarzumachen, daß die Reform des Wahlrechts nicht deshalb verlangt, weil wir als Sozialdemokraten Vorteile davon haben, sondern weil das ganze Volk ein Interesse an der Wahlreform hat. Das gegenwärtige Wahlrecht ist eine große Ungerechtigkeit nicht nur gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern auch gegen die Zentrumswahlkreise, gegen die Kleinbürger, die kleinen Beamten und die konservativen Teile des Volkes: die Kleinbauern und ländlichen Arbeiter. Die konservativen Teile des Volkes leiden unter dem gegenwärtigen Wahlrecht ebenso wie die Liberalen und die Sozialdemokraten. Diese Tatsache wird nur dadurch verschleiert, daß die Konservativen im Landtage in großer Zahl vertreten sind, wo sie aber nicht eigentlich konservative, sondern agrarische Junkerpolitik treiben. Es ist unsere Aufgabe, zum Bewußtsein zu bringen, daß das gegenwärtige Wahlrecht ein Verhängnis für das ganze Volk ist. Das Durchbringen eines ganzen Volkes mit solcher Erkenntnis erfordert Zeit, aber eine solche Erkenntnis kann unter der Einwirkung von Ereignissen auch schnell durchbrechen. So war es mit dem Gedanken eines einigen Deutschlands, der seit dem Jahre 1808 vorhanden war und erst 1871 unter der Einwirkung der Kriegserfolge auch bei den Teilen des Volkes zum Durchbruch kam, die bis dahin noch partikularistisch gegliedert waren. So kann und wird die Entwicklung auch in der Wahlrechtsfrage verlaufen. Es wird mehr und mehr in die Bevölkerung die Erkenntnis dringen, die wir heute als selbstverständlich betrachten, die aber vor zehn Jahren in unserer Partei noch angefochten wurde: daß der preussische Landtag die größte Bedeutung für das Reich hat und daß er zu einem wichtigen Faktor des Fortschritts werden kann, wenn er aus einem freien Wahlrecht hervorgeht. Unsere Politik muß darauf ausgehen, diese Erkenntnis zu erleichtern, aber nicht zu erschweren. Falsch ist es, zu sagen, die Arbeiterklasse allein habe ein Interesse an der Wahlreform und die Wahlrechtsfrage sei nur eine Frage des Klassenkampfes. Sie ist ein Teil desselben, aber die Wahlrechtsfrage ist nicht nur eine Angelegenheit des proletarischen Klassenkampfes. — Wenn wir Aufklärung in anderen Volksgruppen wollen, so enthält uns das nicht der Notwendigkeit, ja es zwingt uns sogar dazu, diesen Teilen des Volkes zu zeigen, daß sie von ihren Führern genarrt werden. Dagegen können wir gar nicht wünschen, daß sich alle, die in der Wahlrechtsfrage mit uns zusammengehen, unserer Partei anschließen.

Aufklärungsarbeit ist eine harte Arbeit. Sie führt nur langsam zum Ziele. Aber auf diese Weise sind alle großen Ideen verwirklicht worden. Die Idee der sozialistischen Gesellschaft ist ja viel größer und noch weniger von heute auf morgen zu verwirklichen als die Wahlreform, und doch glauben wir an sie, handeln und kämpfen für sie. Sollten wir, die wir unsere ganze Politik auf eine so große Idee gesetzt haben, verzweifeln, weil uns ein kleiner Schritt zum Ziele nicht sogleich gelingt? Wir dürfen und die Mühe nicht verdrängen lassen. So werden wir nicht nur das preussische Wahlrecht, sondern auch das große Ziel des Sozialismus erkämpfen, das nicht anders als durch unablässige Aufklärungsarbeit zu erkämpfen ist.

Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Zur Diskussion meldete sich niemand.

Die Versammlung wählte 18 Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes und stimmte auch für die Wiederwahl des bisherigen ersten Vorsitzenden, K a s s i e r e r s und Schriftführers des Zentralvorstandes. Der Vorsitzende P o h l teilte mit, daß das Schiedsgericht sich für den Ausschluß des Herrn Loge aus der Partei entschieden hat. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Vierter Wahlkreis.

Die in Kellers Festsälen, Kopenstraße, tagende außerordentliche Generalversammlung des 4. Kreises war sehr gut besucht. Genosse A l b i n W o h d sprach über: „Der Wahlkampf und die Gewerkschaften“. Auch nicht eine der größeren Aufgaben in dem umfangreichen Arbeitsgebiet, die der preussische Landtag zu erledigen hat, blieb unberücksichtigt. Abgesehen von der Bedeutung, die Preußen schon als größter Bundesstaat für Deutschland hat, waren es besonders die Gebiete der gesamten Justizverwaltung, der Rechtsprechung, des Gefängniswesens usw., deren Wichtigkeit Redner vom Standpunkte der Arbeiterklasse betonte und deren Reformbedürftigkeit er speziell mit Hinweis auf die gewerkschaftlichen Kämpfe darlegte. Die berühmte Justizhausvorlage sei zwar nicht Gesetz geworden, aber ihr Geist lebt noch wie vor in der Praxis der Rechtsprechung. Der Paragraph 153 der Gewerbeordnung in Verbindung mit der Auslegung des Begriffes „Erpressung“ usw. führen zu den Urteilen, die man gemeinlich als Klassenjustizurteile zu bezeichnen pflegt.

Redner zeigt dann die Schönheiten des preussischen Vereinsgesetzes, die Praxis der preussischen Gerichte über die Frage der „Preßfreiheit“, den Einfluß, den der Landtag auf das große Gebiet der inneren Verwaltung wie der Polizei, des Gesundheits-, des Unterrichtswezens usw. haben konnte. Die Vandalenfrage und die heilige Einrichtung der Gesindeordnungen, die feudalen Reste der mittelalterlichen Gutsherrschaft und speziell die Bedeutung Preußens als Arbeitgeber in den staatlichen „Musterbetrieben“ beleuchtete Redner in treffender Weise. Auch die Mangelhaftigkeit der Gewerbeinspektion, des Vergessens usw. machte er freibleibend, gleiches und geheimes Wahlrecht notwendig. Bis jetzt ist freilich noch „konservativ“ Trumpf. Während die Konservativen mit rund 224 000 Stimmen 142 Abgeordnete durchbrachten, konnte die Sozialdemokratie mit ihren 314 000 Stimmen nicht einen einzigen Abgeordneten durchbringen. Auch die berufliche Tätigkeit der Abgeordneten des preussischen Land-

tages zeigt, welche Interessen dort vertreten werden. Während überall in den süddeutschen Bundesstaaten eine Bewegung nach vorwärts zu sehen ist, während Frankreich, England und jetzt auch Oesterreich ein freies Wahlrecht haben, bleibt nur Preußen zurück und deshalb liegt es auch im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Genossen, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erkämpfen zu helfen.

Als erster Diskussionsredner verweist E i s t e r e i t auf die letzten belgischen und österreichischen Wahlrechtskämpfe und fordert zum Ausdauern im Kampfe aus. S c h a r f a u wendet sich vor allem gegen die traurige Haltung der Freisinnigen in diesem Wahlkampf, denen alles politische Schlangengedankel abgehoben gekommen sei. Auch K a h l sucht an Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit klar zu machen, daß noch so bestimmt abgegebene Erklärungen, als die Bülow's zur Wahlrechtsfrage, viel schneller als man erwartet durch die Tatsachen überholt werden können.

Bei Punkt 2 der Tagesordnung: Anträge zur Verbandsgeneralversammlung, begründet K u n z e n d o r f einen Antrag, der ein größeres Entgelt kommen in der Gratzstellung des „Vorwärts“ an arbeitslose Genossen verlangt. Der Antrag wurde angenommen. Zwei weitere Anträge, die erneut Verbilligung des „Vorwärts“ auf 1 R. und Einführung des Bodenabonnements fordern, werden nach lebhafter Diskussion durch U e b e r g a n g zur Tagesordnung abgelehnt. Drei Anträge wollen die Kompetenz der Prekommission in bezug auf die Festsetzung der Gehälter der „Vorwärts“redakteure eingeschränkt bzw. aufgehoben haben und verlangen, daß die Regelung dieser und der Gehälter der Angestellten des „Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“ der Beschlußfassung der Parteigenossen unterbreitet werden. B e t h g e begründet diese Anträge mit dem Hinweis, daß z. B. nur die Generalversammlungen und Kongresse der Gewerkschaften die Gehälter der Redakteure und der anderen Angestellten festsetzen, deshalb müßten die Parteigenossen bei Neuregelung der Gehälter befragt und gehört werden. B ü h n e r bemerkt, daß in Konsequenz des Antrages das so früher erlangte größere Bestimmungsrecht der Berliner auf den „Vorwärts“, der doch nicht nur Lokal-, sondern auch Zentralorgan sei, aufgehoben würde, wenn in Zukunft der Parteitag, der dieselbe Instanz für die Partei sei wie die Kongresse für die Verbände, die Gehälter festzusetzen habe. Er glaube, daß dabei die Redakteure nicht schlechter wegkommen werden, weil dann für die Redakteure des Zentralorgans sicher nicht geringere Gehälter bewilligt werden können, als sie jetzt schon leitenden Redakteuren der großen Provinzpresse gezahlt werden, an die die „Vorwärts“gehälter noch nicht heranzureichen. W a g e n f ü h r e r wirft dem Vorstand parteiische Handhabung der Geschäfte vor, da er bestrebt sei, alle Anträge unter den Tisch fallen zu lassen. Durch allseitigen Protest gegen diese Ausführungen wird der Vorstand gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen.

Auch P a u l H o f f m a n n bekämpft den Antrag B e t h g e mit Hinweis auf § 28 des Organisationsstatutes der Partei, über das wir uns nicht hinwegsetzen könnten. Nachdem B e t h g e wiederholt betont, sein Antrag sei dahin zu verstehen, daß die Prekommissionsmitglieder mit gebundenen Mandaten abzustimmen haben, wird der Antrag in diesem Sinne angenommen.

W o i g t begründet einen Antrag, der eine einheitliche Regelung der Höhe der Diäten für Parteitage-Delegationen usw. verlangt; derselbe wird, nachdem ihn B e t h g e bekämpft und S a u e r befürwortet, angenommen. Ein Antrag V a n g h a m m e r, der von dem Antragsteller begründet wird und den P r o e d hat, Einheitsbillets und -Preise für alle Reiseveranstaltungen der Partei zu schaffen, wird debattelos angenommen.

Ein vom 338. Wahlbezirk eingebrachter Antrag lautet: „Die Beschlußfassung über etwa zu verhängende Boykotts sowie die Aufhebung derselben erfolgt durch Abstimmung der Parteigenossen Groß-Berlins und ist dieselbe in den Jahrbüchern der einzelnen Kreise vorzunehmen. Die bei der Beschlußfassung als auch Aufhebung des Boykotts notwendigen Direktiven des Aktionsausschusses dürfen öffentlich nicht bekanntgemacht werden.“ B e t h g e begründet den Antrag mit einem Hinweis auf die seiner Meinung nach vorgekommenen Fehler beim Janbar-Boykott und bittet um Annahme des Antrages. P a r z i d und H o f f m a n n bekämpfen denselben. Letzterer verweist auf den in der letzten Verbandsgeneralversammlung angenommenen Antrag, wonach alle wichtigen Parteiforderungen usw. zuerst den Parteigenossen zur Genehmigung zu unterbreiten seien. Der Antrag sei überflüssig, da ein Boykott zu diesen wichtigen Dingen gehöre. Nach kurzer Debatte wird der Antrag durch U e b e r g a n g zur Tagesordnung erledigt.

Ein weiterer Antrag, den D r ö s c h e r begründet, verlangt, daß die von der Lokalkommission herausgegebenen Lokallisten jährlich, und zwar im Frühjahr jeden Jahres, den Gewerkschaftszeitungen beizulegen werde. K e h l e i n hält es schon für einen großen Fortschritt, wenn, anstatt die Lokalliste den Gewerkschaftsblättern beizulegen, dafür gesorgt wird, daß jeder organisierte Arbeiter den „Vorwärts“ liest. Der Antrag wird aber angenommen, nachdem noch auf die große Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hingewiesen wurde, die zwar die Parteipresse der Provinz, nicht aber den „Vorwärts“ lesen. Ein Antrag der 22. Abteilung, betreffend Ausstattung unserer Flugblätter, wird dem Aktionsausschuß als Material zur Verwirklichung überwiesen.

Genosse F ö r s t e r begründet einen Antrag der 22. Abteilung, der verlangt, daß „in bestimmten Zeitabschnitten Merkblätter herausgegeben werden, die das Wesen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation wie überhaupt auch alle Fragen des theoretischen und wissenschaftlichen Sozialismus in gemeinverständlicher Sprache großzügig behandeln und mit einem auf den Inhalt bezüglichen Literaturverzeichnis zu versehen sind.“ Der Antrag wird debattelos angenommen. Ein Antrag S c h n e i d e r verlangt, daß jedem organisierten Genossen ein Zahlstellenverzeichnis von Groß-Berlin einzuhändigen sei, damit endlich die notwendige Erleichterung bei der Agitation und der Aufnahme neuer Mitglieder geschaffen werde. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag des 373a II. Bezirkes verlangt, daß „durch Broschüren und Versammlungen in Zukunft mehr Aufklärung über die Idee des Klassenkampfes und des Antimilitarismus“ verbreitet werde. Der Antrag wird dem Aktionsausschuß als Material überwiesen.

Fünfter Wahlkreis.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende F r i e d l a n d e r in warm empfundenen Worten der verstorbenen Genossen K l o s und W e i s t, und die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen.

Seit der vorigen Versammlung hatten sich 47 Genossen zur Aufnahme in den Verein gemeldet. Der Kassierer K r i s t e verlas ihre Namen; Einwendungen wurden gegen keinen erhoben. Hierauf hielt der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse R o b e r t S c h m i d t, einen inhaltreichen Vortrag über: „Die sozialpolitischen Gesetzentwürfe im Reichstag“. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der nächste Punkt der Tagesordnung war: Die Verbandsgeneralversammlung und die Wahl der Delegierten. Es lagen zwei Anträge der dritten Abteilung vor, in denen Abschaffung des Bonnevins vom 1. Januar 1909 ab und ferner Erhöhung der Beiträge auf 10 Pf. wünschenswert statt des Monatsbeitrages von 30 Pf. vorgeschlagen wurde. Genosse W e i s e erklärte hierzu, daß sich die Abteilung nun dahin geeinigt habe, daß diese Anträge nicht der Generalversammlung sondern der Vertretung von Groß-Berlin überwiesen werden sollen. Er gab jedoch eine kurze Begründung und führte aus, daß der Donverkauf jetzt nicht mehr wie früher notwendig sei, daß sich eine allgemeine Abneigung dagegen geltend mache und die Genossen allgemein lieber höhere Beiträge zahlen wollten. Zu den Wahlen lag ein

Protest der Genossen Engelmann und Hunschadel vor, der darauf hinausläuft, die für die erste Abteilung gemachten Vorschläge nicht anzunehmen, weil sie nicht ordnungsgemäß in einer Abteilungsung zustande gekommen seien. Nach der Auffklärung, die hierzu vom Genossen Weiss gegeben wurde, befiel sich die Sache so, daß durch Verlesung ausgemacht worden war, welche vier von den acht Bezirken diesmal die Kandidaten zur Delegiertenwahl stellen sollten, mit der Maßgabe, daß die anderen vier Bezirke das nächste Mal dieses Recht ausüben sollten, so daß in Zukunft bald die eine, bald die andere Hälfte der Bezirke für die Vorschläge in Betracht kommen würde. Die Kandidaten selbst sind ordnungsgemäß in den Zahlenden nominert worden. — Die Versammlung lehnte dann auch den Antrag, die Wahl der Delegierten für die erste Abteilung nicht zu vollziehen, ab. Die von den verschiedenen Abteilungen vorgeschlagenen Kandidaten wurden gewählt.

Sächsischer Wahlkreis.

Der Wahlverein des sechsten Kreises versammelte sich bei Wallschmieder in der Badstraße. Auf der Tagesordnung stand zuerst die Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralsversammlung. Der sechste Kreis hat 181 Delegierte zu wählen. Die Wahl erfolgte auf Grund einer vorliegenden Vorschlagsliste. Anträge zur Verbandsgeneralsversammlung lagen nicht vor, so daß sofort die Fortsetzung der Diskussion über das Referat von Schippel und Korreferat von Ledebour über „Kolonialpolitik“ aufgenommen werden konnte.

Als erster Diskussionsredner trat Genosse Rabitzki auf, der sich gegen die „Sandwüstenpolitik“ in Afrika erklärte, die das deutsche Volk so teuer bezahlen müsse. Die Steuerzahler, die das Geld ausbringen, wollen auch wissen, wofür es ausgegeben wird, und sie können sich nicht damit einverstanden erklären, daß fremde Völker unterdrückt werden, um Kolonialpolitik zu machen. In Deutschland selbst gibt es noch genug Land zu kultivieren. Da ist die ganze Lüneburger Heide, und bei der herrschenden Arbeitsnot warten Tausende nur darauf, daß ihnen eine Arbeit geboten werde. Hier sollte man die Millionen verwenden, die in Afrika Wästen angelegt werden, wo mit Blut und Eisen Kultur verbreitet werden soll. Wir treten dafür ein, daß unsere Abgeordneten keinen Pfiffersack für diese Kolonialpolitik bewilligen.

Genosse Fritz Müller ist der Ansicht, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Kolonialpolitik in der Klasse der Parteigenossen nicht bestehen. Ledebours und Schippels Ausführungen waren nur eine Wiederholung der theoretischen Streitigkeiten auf dem Stuttgarter Parteitag. Das Wort vom Streik um des Kaisers Bart sei hier so recht zutreffend. Praktisch stehen alle Genossen auf dem Standpunkt, daß unsere Kolonialpolitik nicht zu billigen sei.

Im Gegensatz dazu betont Genosse Jempelsburg, daß scharfe Differenzen über diese Frage in der Partei bestehen. Auf der einen Seite steht der Revisionismus, auf der anderen der Radikalismus. Der erstere will uns durchaus dazu bewegen, für den Kolonialletzt zu stimmen. Schippel sieht mit Vorliebe nur das Gute einer Kolonialpolitik, die schlimmste Arbeit betrauert er nicht. Er will auch nicht einsehen, daß der Kapitalismus durch die Kolonialpolitik gekräftigt wird. Redner erinnert an ein Wort des alten Volksmunds: Wogeu in Ostafrika kultivieren, laßt uns doch lieber nach Ostpreußen gehen!

Genosse Reuter schätzte einzelne Untersuchungen über die Kolonialfrage als sehr wertvoll und erkennt an, daß Schippel sich darin vieler Mühe unterzogen habe. Dieser bewege sich aber in Vertümlern, wenn er annehme, daß dem deutschen Arbeiter reiche Arbeitsgelegenheit erwachse durch reiche Produktion von Baumwolle, Kautschuk und dergleichen.

Genosse Wisler bemerkt dazu noch, daß es sich darum handele, auf welche Weise wir Kolonialprodukte erwerben sollen und ob dazu die Kolonialpolitik notwendig sei. Er erklärt sich dagegen und fügt sich dabei auf unser Parteiprogramm.

Damit war die Rednerliste erschöpft und es begann nun ein lebhafter Streit zwischen Ledebour und Schippel um das Recht auf das Schlusswort.

Ledebour erklärt zur Geschäftsordnung, daß die Diskussion ihm keinerlei Anlaß gegeben habe, das Wort nochmals zu nehmen. Er sei als Korreferent dem Genossen Schippel entgegengetreten und warte nun darauf, was dieser ihm zu antworten habe.

Schippel spricht entrüstet von einer „Ungehörigkeit“, ihm als Referenten das Schlusswort zu verweigern; er macht dem Vorstand des Vereins Vorwürfe über die Art, wie von vornherein bei der Verteilung von Referat und Korreferat vorgegangen sei und fühlt sich benachteiligt.

Genosse Ernst weist die Vorwürfe gegen den Vorstand zurück und beantragt, die Versammlung möge auf beide Redner verzichten, da es sich ja nur um allgemeine Aufklärung über diese Frage, nicht um Stellungnahme dazu handele. — Die aufgeregte Versammlung lehnte den Antrag ab und verlangte, daß Schippel zuerst reden solle und zuletzt noch ein Schlusswort nach Ledebour haben könne.

Schippel erhob sich unter allgemeiner Erwartung und — verlas die auf das Wort. (Großer Lärm.)

Zehnt verlas die auf Ledebour und es drohte eine peinliche Situation, die dadurch abgewendet wurde, daß Genosse Ledebour seinem Verzicht hinzufügte, daß er einen kurzen Vortrag über Kolonialpolitik halten werde. Leider sei er in die fatale Lage gebracht, auf die „neuen Momente“, die der Genosse Schippel bringen wolle, nicht eingehen zu können. Dies Schweigen zeuge von wenig Intelligenz Schippels zu der eigenen Sache! Nach weiteren einleitenden Worten über Kolonialpolitik zeigte der Redner, daß man nicht darüber zu diskutieren nötig habe, ob wir Kolonialpolitik brauchen. Es frage sich nur, ob wir Gewaltpolitik anwenden sollen, ob wir fremde Völker unterdrücken dürfen, um uns ihre Produkte anzueignen. Unsere Lösung ist überall in der Welt: Gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus! Wir wollen nicht unser Blut und unser Geld opfern für die Unterdrückungspolitik in Afrika. Seit Jahren kämpfen wir diesen Kampf und wer da in unseren Reihen sieht und nicht mitschlägt, der spielt entweder Komödie oder er zeigt seinen Unverstand. Da kann man nicht von „theoretischen Spielereien“ reden! Wer zustimmt, daß fremde Völker unterdrückt werden, der vertritt das Recht, seine eigene Freiheit zu erkämpfen, gegen seine eigenen Unterdrückter sich aufzulehnen. Der Redner streifte Dernburgs Programm und zeigte, wie dieser jetzt so manches als richtig anerkennen muß, was die Sozialdemokraten seit Jahren behauptet haben. So gerichtet er jetzt zum Teil zu, daß es bei der Plantagenwirtschaft zuerst darauf ankomme, daß man die Eingeborenen gewinne und ihnen alle Unterdrückung zuteil werden müßte; wenn man Erfolge sehen wolle. Und da hat man die grausame Ausrottungs- und Verdrängungspolitik gegen die Eingeborenen getrieben. Es ist die unabweisliche Pflicht der Sozialdemokraten, den schwer bedrängten Eingeborenen nach Möglichkeit zu helfen, und wir haben durch unsere unablässige Kritik auch dazu geholfen, daß den Verdrängten ein Teil ihres Eigentums von der Regierung zurückgeholt worden ist, und daß man etwas vorzuziehen ist, wenn dem Volke wieder neue Kosten aufgedrückt werden. Unsere Politik der Regierung ist notwendig, wir müssen uns in der Kolonialpolitik einig der Regierung entgegenstellen. (Beifall.)

Jetzt nahm Genosse Schippel das Wort. Er führte die Argumente an, die schon in vielen Reden und Artikeln ausführlich behandelt worden sind. Er wies wieder auf Amerika und Kanada hin, auf den Vortag europäischer Völker, die sich da festsetzten, wo Indianer und andere wilde Völker hausten, und die Kultur ins Land brachten. Für die heutige Entwicklung seien Kolonien notwendig geworden, darum handele es sich. Die Freunde der Kolonialpolitik seien durchaus nicht für eine ungerade Behandlung der Eingeborenen oder für Massenabschlachtungen; sie wollen auch den Eingeborenen Gutes. Die Kolonialgegner seien für Siedlungskolonien eher zugänglich, aber gerade diese seien für eine humanere Kolonialpolitik am gefährlichsten; gerade auf den Siedlungskolonien sind die Eingeborenen noch immer mit der größten Grausamkeit behandelt worden. Der Staat steht

über die Notwendigkeit ein, das fremde Volk zu schützen und seinen Interessen dienlich zu machen. Wir dürfen das Kapital nicht allein seine Wege gehen lassen; der Staat muß die Ausschüttungen, wenn es nicht Unheil stiften soll. Wollen wir unsere Textilindustrie erweitern, so ist es notwendig, daß wir Baumwolle bauen. In der Lüneburger Heide wächst keine Baumwolle, kein Kaffee, kein Kautschuk. Wir erschließen uns reichere Produktionsquellen durch die Kolonien, und wir erleben eine niedere Wirtschaftsweise durch eine höhere. Man stellt die Europäer in den Kolonien oft als blutgierige Bestien hin, aber von der Wildheit der Eingeborenen rede man nicht. Für diese Brutalität und Roheit der Eingeborenen, und zwar der — Julius, verwies Schippel auf das Zeugnis Ledebours, indem er einen G. L. gezeichneten im Jahre 1900 in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Artikel verlas.

Genosse Ledebour antwortete mit wenigen Worten, daß Schippel viel verdreht und vermengt habe, was nicht zusammengehöre und daß die Zulugrausamkeit doch nicht die Ausrottung der Sereos rechtfertigen könnte. Was er damals von den Julius gesagt habe, habe er noch immer aufrecht, aber dies habe doch mit unserer Kolonialpolitik nichts zu tun. Dernburg könnte übrigens an Schippel seine Freude haben. —

Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Soziales.

Die Knappschaftsvereine des preussischen Staates im Jahre 1906.

Im letzten Jahrgang Ende 1907 der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salzwesen“ wird vom Ministerium für Handel und Gewerbe die Statistik der preussischen Knappschaftsvereine für das Jahr 1906 veröffentlicht. Daraus ergibt sich zunächst, daß der preussische Staat als Arbeitgeber wieder auch hier mächtiger geworden ist.

Während des Jahres 1906 waren in Preußen 72 Knappschaftsvereine in Wirksamkeit. Sie umfaßten 1881 Berg-, Hütten- und Salzwerke. Gegen 1905 hat sich die Zahl der Vereinswerke um 3 Steinkohlenbergwerke, 4 Braunkohlenbergwerke, 5 Eisenerzwerke, 8 sonstige Erzbergwerke, 14 Steinsalzbergwerke und 1 Steindruck vermehrt, um 3 Eisen- und Stahlhütten und 1 Blei-, Kupfer- und Silberhütte verringert.

Die Vermehrung der Knappschaftsmitglieder betrug 16 685 Ständige und 19 050 Unständige gegenüber dem Vorjahre 1905.

Von ganz besonderem Interesse ist die horrend niedrige Invaliditätsgrenze, auf die wir wiederholt hingewiesen haben, die nun behördlich festgelegt wird.

So ergibt die Statistik, daß im Jahre 1906 das Durchschnittsalter der Ganzinvalidität sich auf 44,7 Jahre stellt. Das Einzelergebnis vom Knappschaftsverein Rheinpreußen meldet uns sogar für die Ganzinvalidität ein Lebensalter von im Durchschnitt 40 Jahren.

Verlässigt man, in welchem Zustande ein Arbeiter sein muß, um nach behördlicher Weisheit als ein Ganzinvalid bezeichnet zu werden, so ergibt sich ein grauenvolles Bild der Ausbeutung, die hier der preussische Staat mit der Arbeitskraft des Bergmanns treibt. Ein Bourgeois im Alter von 40 bis 45 Jahren bezeichnet man als in den besten Jahren stehend, ein Bergarbeiter, der dieses Alter erreicht hat, ist fertig, verbraucht und vertümpelt, unfähig, nach seinem Erwerbe nachzugehen.

Statt daß nun im Laufe der Jahre durch die sogenannte Arbeiterfürsorge die Invaliditätsgrenze sich gehoben hätte, muß im Gegenteil festgestellt werden, daß sie noch gesunken ist. Es wurde nämlich ein Durchschnittsalter erreicht

Jahr	1896 von 49,2 Jahren
1897	49,8
1898	49,4
1899	48,5
1900	48,9
1901	48,1
1902	48,2
1903	46,6
1904	46,7
1905	46,2
1906	44,7

Einen breiten Raum in dem Berichte nehmen natürlich die Tabellen ein, welche die Arbeiterfürsorge der Knappschaftsvereine zum Ausdruck bringen sollen.

Da zeigt sich zunächst wieder die alte Tatsache, daß die Arbeiter die Beiträge, die sie als Invalidentrente erhalten, zum größten Teil direkt selbst eingezahlt haben. Es verteilen sich die laufenden Beiträge nach folgender Tabelle:

Jahr	Laufende Beiträge in Prozenten zur Gesamteinnahme der Arbeiter	Laufende Beiträge der Verleihennehmer
1897	50,84	41,89
1898	50,88	41,98
1899	51,23	41,95
1900	51,28	42,26
1901	50,99	42,31
1902	50,60	42,11
1903	48,85	40,57
1904	49,89	40,99
1905	50,01	41,44
1906	49,92	41,90

Die übrigen Einnahmen verteilen sich auf Kapitalzinsen, Eintrittsgelder, Geldstrafen usw., werden also auch mit von den Arbeitern aufgebracht.

Wenn nachher in den Tabellen die „großen Ausgaben“ für Gesundheitspflege und Invaliditäts-, Krankenunterstützungen, Witwenversorgung parabolieren, so ist dieser Unternehmerradelmal der preussischen Knappschaftsvereine von dem gleichen Kaliber wie in der übrigen Großindustrie: Der Arbeiter wird bis zur Erschöpfung ausgebeutet, um dann spärliche Unterstützungen zu erhalten, deren Mittel er im Laufe der Fronjahre direkt und indirekt schon längst aufgebracht hat.

13 1/2 Stunden tägliche Arbeitszeit.

Welche harten Arbeitsbedingungen heute noch vielfach für die Angestellten der Lebensmittelbranche bestehen, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor dem ersten Kammer des Kaufmannsgerichtes stattfand. Der Verkäufer Kurt R. war vom Kolonialwarenhandhändler Paul Braun sofort entlassen worden, weil er am Neujahrstage mit halbstündiger Verspätung ins Geschäft gekommen war. Der auf Zahlung des Restbetrags von 115 M. klagende R. erklärte die Verspätung damit, daß er am Silvester im Freundeskreise ein wenig reichlich Punich getrunken und dadurch in einen sehr tiefen Schlaf verfallen sei, aus dem er erst gegen 7 Uhr erwachte. Da er das ganze Jahr hindurch, gleichviel ob Sonn- oder Freitag ganz früh auf denen Weinen sein müßte, so glaubte er auch, daß es der Chef am Neujahrsvorabend nicht so genau mit der Zeit nehmen würde. Bei Verprechung der Arbeitszeit wurde konstatiert, daß der Kläger von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends mit nur halbstündiger Mittagspause tätig sein mußte. Als der Vorsitzende, Magistratsrat Tschow, sein Ersinnen über die lange Arbeitszeit äußerte, erwiderte der Beklagte: „Früher hat man 16 Stunden arbeiten müssen. Den jungen Leuten würde immer leichter gemacht.“

Das Kaufmannsgericht kam zur Beurteilung des Beklagten in Höhe des Klagenbetrags. Mag aus der Klage mit dem übermäßigen Punichgenuss und der dadurch hervorgerufenen verspäteten Anwesenheit seiner Dienstpflicht nicht forreht gehandelt haben, so berechnete das im vorliegenden Falle den Prinzipal noch nicht zur sofortigen Entlassung. Denn mildernd mußte für die Verletzung einmal in Betracht gezogen werden, daß

es sich um den Neujahrstag handelte, wo eine Verspätung am ehesten zu entschuldigen ist, und sodann die außerordentlich lange Arbeitszeit, die dem Kläger kaum Zeit ließ, seine Pflichten in Ruhe einzunehmen. Bei so langer Arbeitszeit ist es begreiflich, wenn der Angestellte auch mal durch Müdigkeit den Dienst auf eine halbe Stunde versäumt.

Zur Hege gegen die Chemischer Orlstrankenkasse.

Amandus Schubert, der Lügenbrotschreiber, hatte sich vor dem Chemischer Schöffengericht wegen Verleumdung des Bevollmächtigten Wöbels von der gemeinsamen Orlstrankenkasse zu verantworten. In seinem tendenziösen Nachwort, das dem Reichs-Ligenverband und dessen Organen ein „gesundetes Fressen“ war und freudige Empfehlung auch durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, hatte Ehren-Schubert behauptet, daß der Bevollmächtigte mit Streikammellisten zu den Ärzten der Kasse gekommen sei, die bei Streiks und anderen Sonnenanläufen hätten „bluten“ müssen. Ferner war dem Bevollmächtigten nachgesagt worden, daß er einen Kassenangestellten, der wenig geleistet aus dem Genesungsheim zurückgekommen sei, gejagt habe, daß er nicht auf Weiterbeschäftigung rechnen könne, wenn er wieder erkrankte. Der betreffende Mann sei freilich ein „Nichtgenosse“ gewesen. Schubert, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, die über ihn wegen gemeiner Verbrechen verhängt ist, wich tapfer zurück wegen der ersten Verhaftung. Damit sei — der frühere Bevollmächtigte gemeint gewesen. Er wurde aber gleich vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß er an anderer Stelle ausdrücklich vom früheren Bevollmächtigten spreche. Der bezüglich der zweiten Behauptung von Schubert angebotene Wahrheitsbeweis Mithlung völlig. Der Mann, dem als „Nichtgenosse“ der Profitorb angeblich hat höher gehängt werden sollen, jagte selbst als Zeuge aus, daß davon keine Rede gewesen sei. Schubert sei also glänzend ab. Er wurde der Verleumdung schuldig befunden und mit 100 Mark Geldstrafe belegt.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterentlassungen in der Eisenindustrie.

Wie gemeldet wird, hat die Firma Löhssen, angeblich wegen mangelnder Beschäftigung in Stahlwerk, eine Anzahl Arbeiter gekündigt. — Bei Gelegenheit eines Fabrikbesuchs machte Herr Krupp von Hohen-Halsbach die Mitteilung, daß Essener Werk habe jetzt eine Arbeiterzahl, die um 1800 hinter dem früheren Höchststande zurückstehe. Die Entlassungen seien notwendig geworden, weil es an Aufträgen in Kriegswaffen fehle. — Vielleicht ist der neue Herr der Ansicht, er habe nun eine durchschlagende Begründung für eine neue Artillerievorlage gegeben. Der Umbau der Schnellfeuergeschütze in Rohrrücklaufgeschütze ist beendet und nun sind diese natürlich veraltet. Die vielgepriesenen Schnellfeuerkanonen galten ja auch als Schrott, ehe die Neuarmierung beendet war, und sie waren so dringend notwendig zum Wohle des — Vaterlandes, daß sie schon halb fertig waren, ehe der Reichstag die entsprechende Vorlage bewilligt hatte.

Geschäftslage in der Textilindustrie.

Die Krise macht sich in verschiedenen Zweigen der Textilindustrie immer stärker bemerkbar. Die Junitatpinnereibetriebe schrumpfen ab nächsten Montag die Produktion um einen Arbeitstag pro Woche ein. Der Beschluß wurde zuerst gefaßt von den Unternehmern von Grimmitzschau und Werdau. Es kommen dort etwa 700 000 Spindeln in Frage. Die beiden Orte bilden den Hauptort und sind die Geburtsstätten der Wigoguespinnerei. Vor ungefähr 50 Jahren wurde in Grimmitzschau zum ersten Male Schafwolle mit Baumwolle gemischt und nach derselben Methode wie Streichgarn geponnen. Von Grimmitzschau wurde die Wigoguespinnerei nach Werdau verpflanzt. Werdau galt in Frankreich bald als „Roi des Wigogues“. Infolge der bismarckischen Zollpolitik in die die Wigoguesfabrikation durch Grimmitzschauer und Werdauer Unternehmer in Böhmen und russisch-Polen aufgenommen. Durch den Grimmitzschauer Streik gingen auch noch andere Abgabebiete zur Eigenproduktion über, die Hochkonjunktur brachte der Branche; aber doch günstige Arbeitsgelegenheiten. Seit den achtziger Jahren hat die sächsische Junitatpinnerei nicht so gute Geschäftslage gehabt wie in den letzten Jahren. Die rheinischen Spinner haben sich dem Beschluß ihrer sächsischen Konkurrenten angeschlossen. Auch die Fabrikation baumwollener Kleiderstoffe, Tischdecken usw. in der sächsischen Lausitz ist sehr gering geworden. In Keugerddorf, Eibau und den anderen zahlreichen Werdororien werden fast allgemein einen oder zwei Tage in der Woche die Betriebe stillgelegt. Bei der fargen Entlohnung der Arbeiter in der dortigen Gegend wächst die Not sehr. In der Seidenstoffbranche ist die von den Unternehmern für den Monat Februar erwartete und vielfach vorausgeplante Verringerung nicht eingetreten. Mit Ausnahme der Krattmattenstoffbranche ist das Geschäft außerordentlich still. Die Lage wird verschärft durch den noch immer tobenden und ziemlich scharf geführten Konventionenlampf zwischen Groß- und Kleinhändler. In der bogländischen Seiderei werden immer weitere Einschränkungen der Produktion vorgenommen. Auch aus der Kleiderstoffbranche Glaucha-Bezirk ist über Mangel an Beschäftigung zu klagen. Ganz besonders viele in Lohnverträgen beschäftigten Arbeiter sind tagelang beschäftigungslos. Die Kammgarnspinnereien berichten über zunehmendes Amulieren von Aufträgen. Vielfach werden aus dem Reiche Arbeiterentlassungen gemeldet. Manche Unternehmer glauben, durch Verkürzung der Arbeitszeit das Renommee ihres Betriebes zu schädigen und vermindern deshalb die Zahl der Beschäftigten.

Betriebsbeschränkung als Mittel der Preissteigerung.

In der außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins deutscher Wollkämmer und Spinner in Berlin am 15. Februar d. J. wurde eine Betriebsbeschränkung vom 1. März bis 15. April d. J. in Höhe von 10 Proz. auf der Basis der bisherigen Arbeitszeit und Produktionsverhältnisse beschlossen.

Von verschiedenen Seiten wandte man sich gegen eine Betriebsbeschränkung wie überhaupt gegen eine „Regulierung“ der Preise durch von der Vereinigung angeordnete Betriebsbeschränkungen. Schon aus Gründen der Arbeiterverhältnisse sei das nicht opportun. Entweder gingen die Arbeiter zu anderen Betrieben der Textilindustrie über oder sie würden den Organisationen der Arbeiter in die Arme getrieben.

Ein zur Verlesung gebrachter Brief der Firma Landrich u. Cie. enthält folgende Stelle: „Wir stehen unter dem Eindruck, daß die sogenannten „richtigen kaufmännischen Prinzipien“ jedenfalls darin bestehen, einen Finger zu opfern, um den Rest der Hand zu bringen.“ Der Firma war vorgeworfen worden, sie verträte nicht die richtigen kaufmännischen Prinzipien, und sie antwortete in der obengenannten multiplen Weise.

Der Bericht über diese Kapitalistenversammlung gewährt einen ganz neuen Einblick in das Wesen des Kapitalismus: Um die Preise zu steigern, werden Betriebsbeschränkungen beschlossen; man nimmt auf die von einer solchen Betriebsbeschränkung betroffenen Arbeiter absolut keine Rücksicht, man behandelt sie als Maschinen, die man laufen lassen oder stilllegen kann. Die einzige Furcht der Kapitalisten ist, man könnte bei allzu rigorosem Vorgehen die Arbeiter in die verhassten Arbeiterorganisationen treiben.

Disconto-Gesellschaft. Der Jahresabschluss der Gesellschaft pro 1907 weist einen Reingewinn von 19 058 981,16 M. auf gegen 18 845 221,07 M. im Vorjahre. Der Bruttogewinn stellt sich auf 27 786 993,41 M. (26 786 103,70 M.). Die Verwaltungskosten, die im Vorjahre 6 575 103,71 M. betragen, sind auf 7 209 841,85 M. angewachsen. Aus dem Reingewinn werden 15 Proz. = 15 900 000 M. Dividende verteilt; das Konto Gewinnanteile abgerechnet 2 236 842,11 Mark, 150 000 M. werden einer Pensionskasse überwiesen und 1 272 139,05 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro,
Joseph, Thielscher,
Darmand, Massary.
— Rauchen überall gestattet. —
Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater
9 1/2 Uhr. 9 1/2 Uhr
Der Operettenschlager d. Saison!
Mitilaw der Moderne
Operette von F. Lehár.
Umarbeitet: **Mia Werber** u. G.
Ab 8 Uhr: Die glänzenden Spe-
zialitäten. Letzte Woche:
La belle Alexia.

Passage-Theater.
Letzte Woche!
Senorita Guerrerito
Spaniens schönste Tänzerin
und das große Februar-
Programm!

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Dammstr. 16.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten v. C. Haupt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Sonntags große Extravorstellung:
Das Schloß am Meer.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater.**
Allabendlich
der interessanteste Prozeß
wie er stürmischer nie
belacht wurde:
**Salomonisches
Urteil.**
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: Öffentlich allein!
Der Fall Blumentopf.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Nur noch bis Sonnabend:
Der
Riesen-Februar-Spielplan.
Ab 1. März:
Große internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um den Preis von Berlin in Höhe
von
6000 Mark.

**Walhalla-
Theater**
Weinbergweg 19/20, Rosenthal. Tor.
Anfang 8 Uhr.
**Das großartige
Februar-Programm.**
Grandiose, amüsante
Spezialitäten.
Tumm: Bockbierfest, Schrammeln
Regimentskapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu:
**Husaren-
Streiche.**
Anfang:
Bedennt. 8
Sonnt. 7 U.

Freie Volksbühne
Am Freitag dieser Woche
abends 8 1/2 Uhr im **Luisen-Theater**: 23. (III. Abteilung):
Der eingebildete Kranke.
Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark
In allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den 1. März, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater | **Neues Schauspielhaus**
3./4. Abteilung: | 16./17. Abteilung:
Das Wunder des heilig. Antonius. | **Iphigenie auf Tauris.**
Der Arzt seiner Ehre.

Sonnabend, 14. März, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Konzert-Etabliss. **Friedrichshain**:
März-Feier
mit darauffolgendem Ball.
Festvortrag • Rezitation • Konzert
unter Mitwirkung des Männerchors Kreuzberger Harmonie.
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.
240/10 **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
**Deutsch-Amerikanischer
Urbock-Ornibel.**

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen
von
Otto Reutter
und dem
großen Februar-Programm
von Publikum u. Presse
glänzend beurteilt!
Entree, Garderobe und Programm
zusammen 1.— Mark.

Neu! Jeunesse dorée.
Paraph 343.
Mal was Anderes
Neue mit Gesang in 3 Bildern.

Sanssouci Kottbuser
Straße 8.
Direktion: Wilhelm Roemer.
Heute Donnerstag:
Neues Tanz-
Prog. **Elitesoirée** Kränzh.
v. Hoffmanns Nordl. Sänger
Großer Landerfolg!
Manöverliebe. Duetts.
Neues Soiree-Programm.
Beg. Sonnt. 5. nachm. 8 U.
Der große Saal ist für Sonn-
abend, 25. März noch frei.

Büggentagen
Montzplatz
im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Kongresssaal täglich
bis allerersten Militär-
Kapellen: Geier, Bergmann, Offener,
Vittich.

WASHENE
Das
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich. **45** Blendend weiße Wäsche.
Preis **45** Pf.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 58

**Gustav Behrens-
Theater.**
Berlin W.,
Goltzstr. 2.
Nur hundert Gastspiel des berühmten
Kopfläufers vom Krystall-Palast in
London (derselbe erregte durch seinen
Straßentanz in allen Großstädten
beachtl. Aufsehen) sowie 16 erstklass.
Spezialitäten. Tadellos fotografiert.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 5 1/2 Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach
der Vorstellung: Familienkonzerte
bei freiem Tanz.

Neue Welt
Safenstraße 105-114.
Letzte Woche
des
größten und originellsten
bayerischen
Bockbierfestes.
Heute: Letzter Elitetag.
* **Prämierung** *
des schwersten Ehepaars.
3 Preise: M. 60, M. 40, M. 20.
Legitimierungen sind mitzubringen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen Freitag, den 28. Februar:
Letzter Familienabend.
Gratulationslos von 6 goldenen
Damenkronen.

**Husten,
Heiserkeit**
besitzigen
wunderbar leicht
und schnell
die berühmten
Hustentropfen
von
Otto Reichel.
Nur echt mit
Marke
„Medico“
N. 60 Pf. u. 1.—
Vor Nachahmungen jeder Art
mich dringend gewarnt werden.
In den meisten Drogerien und bei
**Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.**

Liste B 5! Kaufmannsgerichtswahl! Liste B 5!
Handlungsgehülfen Rixdorfs!
Donnerstag, den 27. Februar, abends 9 Uhr, in Hoffmanns Festsälen, Bergstraße 151/152:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Haben Handlungsgehülfen und Arbeiter gegenseitliche Interessen?
Referent: Schriftsteller **Eduard Bernstein.**
Nach dem Vortrage: Freie Aussprache.
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands. A. A.: Otto Gruner

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**
Reichstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.
Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelshof 15.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 181/7*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Branchenversammlung der Stellmacher
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Gantage. 2. Wie gestalten wir in Zukunft
unsern Agitation? 3. Arbeitsvermittlung und Umfragen in unserer
Branchen. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Die Branchenkommission.

**Zentral-Kranken- u. Sterbe-
kasse der Zimmerer.**
(E. G. Nr. 2, Hamburg.)
Vertretung Verwaltung Berlin.
Freitag, den 3. März 1908, abends
8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelshof 15, Saal 7:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 4. Quartal 1907.
Wahl der Revisoren.
259/3* **Der Vorstand.**
J. U.: Richard Schröder, Köpenickerstr. 62.

**Krankenkasse
der
Sutmachergehilfen**
in Berlin. (E. G. 67.)
Dienstag, den 3. März 1908, abends
8 Uhr, in Draufeld Festsälen, Neue
Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl
des Aufsichtsrates.
Um zahlreiches Erscheinen der Mit-
glieder erlucht
78/1
Der Vorstand. O. Schoppe.

Nur einmal jährlich!
Zum **Inventur-
Extrapreis!**
Eine Partie **große
Divandecken**
auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (Wert 6,75)
Buntepersische doppelseitige
Divandeen
Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)
Bunte **Plüsch-Divandeen**
Größe 150/300 cm 28,50 (Wert 33 Mk.)
Eine Partie **Divanrückwände**
reichgestickt 385 (Wert 4,50 Mk.)
Teppich-Spezial-Kauf

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstraße 158.**
Habe nirgends Filialen!
Nachauswärts per Nachnahme.
Inventur-Extralistie
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Achtung! Stockarbeiter. Achtung!
Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 6 Uhr,
in Feuersteins Festsälen (Zuh. Kube), Alte Jakobstr. 75:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Geschäftsbericht 3. Ver-
schiedenes. **Der Obmann.**

Perlmutter-, Horn- und Steinmetzarbeiter.
Donnerstag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, gleich nach Feier-
abend, im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, Saal 5:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Branchenkommission. 4. Ver-
bandsangelegenheiten.

**Modell- und Fabriktschler
sowie Modelldrechsler.**
Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt
Gartenstraße 6:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bodenleger.
Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engelshof 15 (Saal 3):
Branchen-Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Freitag, den 28. Februar 1908, vormittags 10 Uhr, in Freyers
Festsälen, Köpenickerstraße 20:
Versammlung
der arbeitslosen Verbandsmitglieder.

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Genossenschaft „Freier Bund“
Freier Gast und Schanklokal Berlin und Umgebung.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Donnerstag, den 5. März 1908, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen
Obiglio, Berlin N., Schwedterstraße 23/24:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls der letzten General-Versammlung. 2. Bericht
des Vorstandes über den von der letzten General-Versammlung erteilten
Auftrag. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand. Matthes Berlin.
163/18

Das Armenwesen im Stadthaushaltetat.

Haben wir nun schlechte Zeiten — oder haben wir sie nicht? Dem Stadtsäckel stehen anscheinend wieder mal ein paar magere Jahre bevor, deutlich genug wurde bei der ersten Beratung des neuen Stadthaushaltetat diese Befürchtung auch vom Stadtkämmerer zum Ausdruck gebracht.

Der etwa dennoch Not leidet, für den halten die freisinnigen Arbeiterfreunde nicht viel mehr als die öffentliche Armenpflege bereit. Am Etat des Armenwesens ist aber in der Tat noch nicht viel von schlechten Zeiten zu merken. Für 1908 schließt er ab mit 17 008 066 M. Ausgabe und 2 194 933 M. Einnahme, so daß der Stadtsäckel diesmal einen Zuschuß von 14 903 133 Mark hergeben muß.

Auf den der Armenverwaltung vorbehaltenen Teil des Armenwesens, wozu vor allem die „offene“ Armenpflege gehört, entfallen allein 11 572 000 M. Ausgabe, 858 700 M. Einnahme (hauptsächlich aus Erstattungen), 10 713 300 M. Zuschuß. An dem Ausgabebetrag sind die von den Armenverwaltungen zu verteilenden Almosen, Pflegegelder usw. mit 9 385 000 M. beteiligt, nämlich die Almosen mit 6 850 000 M., die Pflegegelder mit 1 130 000 M., die Ertraunterstützungen mit 1 000 000 M., die Winterbeihilfe mit 305 000 M.

Die Almosenempfänger herabdrücken will. Die Armenkommissionen werden gewiß ihr Möglichstes tun, das zu erreichen; sie haben ja Übung im Ablehnen. Weisen sie, was die Armenverwaltung von ihnen erwartet, so wird nach Ablauf des Etatsjahres 1908, aller Rat zum Trost, der „Beweis“ erbracht sein, daß wir wirklich noch „keine schlechten Zeiten“ hatten.

Die Almosenempfänger herabdrücken will. Die Armenkommissionen werden gewiß ihr Möglichstes tun, das zu erreichen; sie haben ja Übung im Ablehnen. Weisen sie, was die Armenverwaltung von ihnen erwartet, so wird nach Ablauf des Etatsjahres 1908, aller Rat zum Trost, der „Beweis“ erbracht sein, daß wir wirklich noch „keine schlechten Zeiten“ hatten.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 1. März, abends 6 Uhr: Versammlung mit Frauen in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Stadtverordneten Waldemar Ransche über „Kom Sozialkampf zur Sozialreform“.

Nordost. Sonntag, den 1. März, findet die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Wahlvereine von Groß-Berlin in folgenden Lokalen statt: Es wählen die Bezirke von 1 bis 10 bei Thiel, Bergstr. 151/152, die Bezirke von 11 bis 20 bei Hoppe, Hermannstraße 49. Wahlzeit von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Berliner Aquarium

wird die längste Zeit an der bisherigen Stelle, Unter den Linden 68a, Ecke Schadowstraße, gestanden haben. Die Liquidation des Berliner Aquariums, Kommandantgesellschaft auf Aktien, steht bevor, da die Union-Vereinsgesellschaft den größten Teil der Aktien der Gesellschaft aufgekauft hat, um deren Grundstück zu bauen zu verwenden. Der Leiter des Instituts, Herr Direktor Hermes, hat sich einem Mitarbeiter eines hiesigen Blattes gegenüber über die Angelegenheit wie folgt ausgelassen:

„Ich kann die betreffende Nachricht — betrübend wenigstens, wie ich glaube, für jeden guten Berliner — nur bestätigen. Die Vereinigung „Union“ hat seit einer ganzen Reihe von Jahren die Aquariumsaktien durch Ankauf an der Börse in ihren Besitz gebracht, so daß sie sich nunmehr in einer Dreiviertelmehrheit der Aktionäre befindet. Der Wert des Aquariumsgrundstücks ist im Laufe der langen Jahre nicht unerheblich gestiegen, und diesen

Mehrwert will die Vereinigung sich zunutze machen. Zu diesem Zweck hat sie auch das Grundstück Unter den Linden 70 angekauft, um dieses an das Hinterland des Aquariums stoßende Grundstück zu wertvollen Vorderland zu machen. Durch dieses Vorgehen fällt ein wissenschaftliches Institut, das einen Vertraut, voraussichtlich bereits mit dem 1. Januar 1909 der Spekulation zum Opfer. Ein Institut wie das Berliner Aquarium ist für eine Großstadt wie Berlin fast unentbehrlich. Für das Volk ist es eine Bildungsanstalt, für den naturkundlichen Unterricht an den Schulen durch die Förderung der lebendigen Anschauung von größtem Wert und auch für die Studierenden der Hochschulen eine Quelle der Anregung. Es ist daher zu hoffen, daß an Stelle des alten Aquariums bald ein neues entstehen möge, moderner als das alte und zugleich so gelegen, daß es nicht wieder eines Tages der Spekulation zum Opfer fallen kann.“

Das Berliner Aquarium wurde im Jahre 1867 von dem berühmten, durch sein Lebenswerk „Das Tierleben“ bekannten Zoologen Dr. Rehm begründet und im großen und ganzen in seiner heutigen Gestalt eingerichtet.

Die Stadt Berlin zahlt an das Aquarium eine Subvention von jährlich 23 000 M.

Es wird noch berichtet, daß Verhandlungen schweden, um das neue Aquarium an den Zoologischen Garten anzugliedern.

Spieghelanstalten im Obdachlosenat.

Zum eisernen Bestande gewisser Zeitungsmenschen gehören sehr oder weniger schauerliche Berichte aus den Obdachlosenatellen der Großstadt. Wer jemals aus bitterster Not solche Stätten öfter in Anspruch genommen hat, muß lächeln über derartige Beschreibungen. Sie verraten dem Kenner sofort, daß der Verfasser das Wohl niemals als Schlüssel aufgelacht und nur blank nach der Phantasie geplaudert hat. Kürzlich las ich eine sehr hübsch, packend und geschickt zusammengestellte Anzahl, die trotz allen sensationellen Erzählens, das aus jeder Zeile spricht, nur den einen Fehler hatte, daß sie die örtlichen Verhältnisse auf den Kopf stellte.

Die Stadt Berlin zahlt an das Aquarium eine Subvention von jährlich 23 000 M. Es wird noch berichtet, daß Verhandlungen schweden, um das neue Aquarium an den Zoologischen Garten anzugliedern.

Haben Sie sich auch polizeilich verwahren lassen, Herr Heijermans? Nein? Na sehen Sie, da hat die Kritik schon ein großes Recht. Wir sagen Ihnen, was die Quintessenz des ganzen Spieghelanstaltenatells. In diesem einen Punkte würde selbst ein Martin Gorki noch Studien an der Spree machen können. Vielleicht findet sich unter hohen Ämtern der Verarmten irgendwo auch mein Name. Selbst mögen Sie annehmen, verehrter Herr Kolke, daß ich auf dem kleinen Stiegele, welches in der Mitte der Barriere vor dem amtierenden Kriminalbeamten angebracht ist, als Räuschen sah und gierend zusah, wie morgens zwischen 7 und 9 Uhr ein halbes Dutzend Unglückliche und Verlumpte ihr wirtschaftspolitisches Lohndesertat unterziehen. So furchtbar schlimm ist äußerlich die Geschichte nun freilich nicht. Doch es kann einem schlimm davon werden. Das berühmte dicke Ende kommt meist sehr bald nach. Also auf dem engen Korridor, vor der amtlichen Postkammer, sind diejenigen, deren Namen ins „goldene Buch“ der Berliner Polizei eingetragen werden sollen, zusammengetrieben wie eine Herde Hammel. Darunter sind auch zwei Dugend, die sich heute in aller Herrgottsruhe, unmittelbar nach dem Wachen, unter der Angabe, daß sie Arbeit haben, um die Kontrolle herumdrücken wollten. Aber der scharfe Polizeiblick läßt sich nicht täuschen. Nein, kurzlich nicht! Die anderen, die bloß „Hole schoben“, sind durchgerückt mit der liegenden Freiheit, und die hier, die tatsächlich schon Arbeit gefunden haben, sollen verwahrt werden. Kann ja jeder sagen, daß er Arbeit hat. Ne, so leicht lassen wir Beamte uns nicht täuschen machen!

Die alten Madetten, die den Kummer schon durchgemacht haben und genau wissen, wo man auch der heiligen Hermandad eine Nase ouch, laden über den Rumpst. Sie verstehen es, im letzten Augenblick den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, und tun ein gutes Werk, die Neuen aufzuklären. Diesen Grünlings, die noch lange nicht auf der untersten Glendstufe angelangt sind, fällt natürlich das Herz oft in die Hosentasche. „Stillestanden... Maul halten... in drei Gliedern antreten! Na, in drei Delselb Namen, kommt Ihr denn noch nicht mal bis drei zählen? Immer je drei hintereinander, habe ich gesagt. Soos... links... vorwärts marsch...“ Selbstverständlich, alles hübsch militärisch. Wohl aber Kasernenhof, das ist in dieser Stunde so ziemlich dasselbe. Von mehreren Aufsehern eskortiert, damit auch keiner entwischt, hint und spölpert und schreit die Unglücklichen in den kleinen Verwahrungsaal. Er ist dicht gefüllt. „Alles hier rechts rückwärts! Zum Donnerwetter, wissen Sie noch nicht mal, was rechts und links ist? Noch mehr nach rechts... immer noch mehr.“ In drei Dritteln des Saales vor der Barriere stehen jetzt die Eingefangenen wie die Heringe im Topf. Von neuem erschallt die Kommandostimme: „Wer früher noch nicht verwahrt worden ist, der trete jetzt nach links rückwärts!“ Tiefes Schweigen. Ein paar machen Miene, der Weisung zu folgen. Dann treten sie schnell wieder zurück in den großen Hofraum. Es hat ja doch keinen Zweck. Die Wachen müssen es ja aufpassen. Endlich haben sich schon und verängstigt ein paar junge Baracken abgefordert, offenbar Jugereise, die hier tatsächlich zum ersten Male zu Gast sind. „Papier raus!“ Es knittert und knattert. Fünfzig Hände strecken sich über die Barriere. Die Segierung beginnt. Mehrere Obdachlose haben überhaupt keine Papiere. Na, Ihr werdet ganz besonders unter die Lupe genommen. Im Polizeistate Brechen ohne Ausweispassiere — das ist ein Kapitalverbrechen! Was sich dann abspielt, ist der engberzigste Surenakatismus. Bis aufs Blut wird jeder einzelne ausgefragt. Wehe, wenn er etwas auf dem Herdholz hat! Zulezt greift er ättern nach der Feder, kriecht seinen Namen oder auch bloß drei Kreuze und kann nach einer Viertelstunde, wenn ein Trupp abgefertigt ist, wieder frische Gottesluft atmen. Noch fünfmal darf der Entlassene hier sein müdes Haupt betten. Hat er dann nicht anderweitig Dach und Fach gefunden, so gilt es für die Polizei als ausgemachte Sache, daß er ein kompletter Lump und Strich ist. In die „grüne Minna“ mit ihm, nach dem Alexanderplatz und von da nach dem Arbeitshaus! Die erste abschließende Gruppe der Zerstreuten des wirtschaftlich Schwachen ist erreicht. Von da geht es unaufhaltsam und meist rettungslos weiter bergab. So will es unsere Gesellschaftsordnung, die wohl hochnotpeinlich strafen, aber nicht helfen und aufklären kann.

Proben freisinniger Arbeiterfreundschaft.

Unsere Genossen im Roten Hause in der Königstraße hatten kürzlich den Antrag gestellt, städtische Krippen und Kindergärten zu errichten und Genosse Barm hatte diesen Antrag, auf wertvolles Material gelehrt, eingehend begründet. Die Stadtverordnetenversammlung verwies den Antrag an einen Ausschuß, der ihn aber begrub. Auf welche Ausreden und Gründe man die Ablehnung stützte, möge aus einigen Proben hervorgehen, die wir dem über diesen Gegenstand angefertigten Protokoll entnehmen. Da führte ein freisinniger Redner aus:

„Wenn der Antrag angenommen würde, so würden sich später ganz allgemein Eltern, die ihre Kinder nicht genügend zu ernähren oder beaufsichtigen zu können glauben, für berechtigt halten, ihre Kinder in die genannten Anstalten zu schicken. In solchem Glauben zu kommen würde aber jeder nur zu gerne geneigt sein. Die Erziehung in der Familie sei von viel größerem Werte und Einfluß auf die sittliche Erziehung der Kinder als jede Erziehung in einer Anstalt. Die traurigen Verhältnisse in den Fürsorgeerziehungsanstalten und die geringen Erfolge dieser Anstalten seien ein Beweis, daß man mit der Errichtung öffentlicher Anstalten aller Art, welche der Erziehung dienen, nicht fortfahren dürfe. Das Ziel solcher Einrichtungen wäre eine allgemeine öffentliche Kindererziehung. Eine Übertragung der elterlichen Pflichten auf die Kommune dürfe nicht stattfinden. Eine weitere Folge wäre, daß noch mehr hilfsbedürftige Elemente als bisher nach Berlin gelockt würden.“

Und an einer anderen Stelle des Berichts heißt es über die Ausführungen eines Redners:

„Bei Anträgen wieder vorliegende, deckt sich der Begriff des sozialen mit dem des sozialdemokratischen, da er die Zerstörung des Familienlebens zur Folge hätte. Eine Frau, die arbeiten gehen muß, werde in den meisten Fällen Verwandte oder Nachbarn finden, die sich während des Tages um die Kinder kümmern. Es sei zwar traurig, daß manchmal die Mutter auch auf Arbeit gehen müsse, häufig liege aber dazu gar keine Notwendigkeit vor, sondern nur die Sucht, etwas mehr Geld für Genusssüßigkeiten zu verdienen.“

Auf die letzten Einwürfe gegen die Arbeiterfrauen gehen wir nicht näher ein; sie wirken in ihrer Unwissenheit derartig, daß sich unsere Leserinnen schon selbst ihren Weg darauf machen werden. Was aber die sonstigen Einwände gegen die städtischen Krippen und Kindergärten betrifft, so werden sich die Stadtväter von München, die bereits eine solche Einrichtung beschloßen haben, eines gelinden Lächelns nicht erwehren können.

Ein anderes Bild!

Im Grundbesitzverein der Prenzlauer Vorstadt hatte am 10. Februar der Stadtverordnete Landberg sich über kommunalpolitische Fragen ausgelassen und dabei auch der geplanten, von der Stadtverordnetenversammlung aber abgeschafften Einrichtung der Wälderhofkrippen gedacht. In der Diskussion erklärte sich der Stadtverordnete Gronewald als ein entschiedener Gegner dieser Idee. Man möge die dafür aufzubringende Summe lieber den Ferienheimen überweisen, damit die große Mehrzahl der Kinder Vorteil habe. Herr Stadtverordneter Schölpe erklärte, aus anderen Gründen Gegner dieses Projektes zu sein. Es sei an der Zeit, den sich von Jahr zu Jahr steigenden Ansprüchen der Sozialdemokraten endlich einen Riegel vorzusetzen und ein festes Rückgrat zu zeigen, damit nicht das kommende Geschlecht erzeuge werde zu der Ansicht, es nicht mehr nötig zu haben, für sich und seine Angehörigen Sorge zu tragen.

Und Leute mit solchen Ansichten stellen sich in der Stadtverordnetenversammlung hin und machen in Entrüstung, daß ein konservativer Professor von Berlin als von der rüstständigsten Stadt der Welt gesprochen hat.

Der Geschäftsgang der Zentral-Meldestelle für freie Krankbetten, welche bekanntlich in Berliner Rathause eingerichtet ist, wird durch die ungewöhnlich starke Ueberfüllung sämtlicher Berliner Krankenhäuser zeitweise ungünstig beeinflusst. Es werden mehrfach Klagen laut, daß der Nachweis noch immer nicht so sicher funktioniert, wie man das wünschen muß. Die Schuld scheint allerdings mehr auf Seiten der Krankenhausverwaltungen zu liegen. Der Nachweis kann selbstverständlich den Interessenten aus dem Publikum nur diejenigen Angaben machen, die er selbst von den Krankenhäusern erhalten hat. Auf diese Angaben muß sich aber das Publikum unbedingt verlassen können. Es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß Erkrankte, die von der Zentral-Meldestelle im Rathause nach einem bestimmten Krankenhaus gewiesen waren, hier bei ihrer nach kurzer Zeit erfolgenden Ankunft das angeblich freie Bett nicht fanden. Entweder hat also der Nachweis, was doch kaum anzunehmen ist, über das freie Bett sich nicht nachmalige Gewissheit verschafft und es nicht sofort für den ihm gemeldeten Krankheitsfall bestellt, oder er ist seitens des Krankenhauses von der inzwischen erfolgten Belegung nicht schnell genug verständigt worden. In einem bestimmten Falle erklärte sogar das Krankenhaus dem ihm zugeschiedenen Patienten, daß es der Rathauszentrale ein freies Bett überhaupt nicht gemeldet habe. Es handelte sich hier noch dazu um einen schweren Fall von Lungenblutung, so daß durch die Verzögerung der Aufnahme, die schließlich in einem anderen Krankenhaus erfolgte, sehr leicht bedenkliche Komplikationen entstehen konnten. Hoffentlich sind diese Unzuträglichkeiten nur auf den augenblicklich allerdings isolierten Andrang zu den Krankenhäusern zurückzuführen. Es ist jetzt nichts Seltenes, daß an einem Tage von einem einzigen Krankenhause zwanzig und mehr Kranke, die sich nicht vorher bei der Zentral-Meldestelle erkundigt haben, wegen Platzmangels zurückgewiesen werden müssen. Der ungünstige Gesundheitszustand hängt hauptsächlich mit dem starken Aufsteigen der Influenza, aber auch mit unendlich vielen durch die gewaltige Arbeitslosigkeit entstandenen Ernährungsstörungen zusammen.

Eine neue Umsatzsteuerordnung hat der Magistrat beschloßen und wird sie der Stadtverordneten-Versammlung zugehen lassen.

Kostbararbeiten werden am Großschiffbaukanal Berlin-Stettin auf Oranienburger Gebiet ausgeführt. In der Gegend von Platz werden zu diesem Zwecke Ausschachtungsarbeiten an der zukünftigen Kanalstrecke vorgenommen, bei welchen ausschließlich Arbeiterarbeiten abgesehen und die Leute bei Bauern in der Nachbarschaft untergebracht.

Die Schuldeputation hat sich mit der Auflösung der aus vier gemischten Klassen bestehenden Schule der evangelisch-lutherischen Gemeinde (Alt-Lutheraner) in der Wittenstraße, die bisher unter der Aufsicht des Magistrats gestanden hat, beschäftigt. Für Weiterbestehen ist nach Inkrafttreten des neuen Schullastengesetzes fraglich geworden. Die Schuldeputation hat sich für die Uebernahme der betreffenden Schüler und Schülerinnen in städtische Schulen ausgesprochen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Provinz veranlaßt auch in diesem Jahre wiederum hygienische Vorträge, welche, wie nachstehend ausgeführt werden, stattfinden. Die Vorträge sind für jedermann unentgeltlich.

Am Donnerstag, den 27. Februar — also heute — sprechen über das Thema: „Gesundheitspflege von Hals, Nase und Ohr“ Herr Dr. W. Brand in der Gemeindehalle Rigler Straße 81-82, Herr Dr. W. Bohner in der Gemeindeschule Waldenfer Straße 26-28, Herr Dr. B. Girschfeld in der Gemeindeschule

Eberwalder Straße 10, Herr Privatdozent Dr. Grabower in der Gemeindefchule Salsberstraße 55-56.

Am Freitag, den 28. Februar, sprechen über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges“ Herr Dr. Feilchenfeld in der Gemeindefchule Osnienstraße 7, Herr Dr. F. Deuss in der Gemeindefchule Tiltter Straße 45, Herr Dr. A. Erzkeller in der Gemeindefchule Panstraße 8, Herr Dr. E. Cohn in der Gemeindefchule Postenstraße 5.

In Lichtenberg spricht heute, Donnerstag den 27. Februar, in der Gemeindefchule Kronprinzstraße 10 Herr Dr. F. Lehmann über das Thema: „Frauentätigkeiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Panitzsch spricht heute, Donnerstag den 27. Februar, in der Gemeindefchule Brunowstraße, Herr Dr. F. Richter über das Thema: „Hauptpflege und Kleidung“.

In Rixdorf spricht am Freitag, den 28. Februar, in der Gemeindefchule Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, Herr Dr. G. Klaua über das Thema: „Kerndschädigende Berufe“.

In Tempelhof spricht am Freitag, den 28. Februar, im Wilhelmshagen, Berliner Straße 9, Herr Dr. A. Schönfeld über das Thema: „Halbkrankheiten und Schwindsucht“.

In Weichensee wird am Freitag, den 28. Februar, über das Thema: „Verzuckerungen“ gesprochen.

Diese familiären Vorträge finden pünktlich abends 8 Uhr statt.

Vorgeschichte für den Autokursanten! Der Verein Berliner Spezial-Fuhrgeschäfte beschäftigt sich u. a. mit der Frage des Autokursanten. Nach einem diesbezüglichen Referat und lebhafter Aussprache, in der sich alle Redner für einen früheren Geschäftsschluss erklärten, gelangte eine dahingehende Resolution zur Annahme.

Eine wilde Jagd durch die Straßen Berlins, bei welcher mehrere Personen verletzt wurden, entwickelte sich Dienstag abend gegen 8 Uhr in der Königsstadt. Die Schönhauser Allee entlang fuhr ein Pflasterwagen in übermäßig großer Geschwindigkeit und stieß an der Ecke der Fehrbelliner Straße mit einem Handwagen zusammen. Der Schlägerer fuhr weiter, ohne sich darum zu kümmern, was er angerichtet hatte und trieb das Pferd zu noch schnellerer Gangart an. An der Linienstraße geriet der Bauarbeiter Erde unter die Räder des Wagens und blieb beunruhigt auf dem Straßenpflaster liegen. Um sich der Personalfeststellung zu entziehen, peitschte der Kutscher auf das Pferd ein und in sousender Karriere bewegte sich das Gefährt die Alte Schönhauser Straße entlang. Ein berittener Schutzmann nahm die Verfolgung auf, der sich etwa zehn Radfahrer und zwei Automobilisten anschlossen. Durch die wilde Jagd wurde fast der gesamte Fuhrwerksverkehr in den Straßen behindert. Fortgesetzt peitschte der Schlägerer auf das Pferd und auf Personen ein, die den Versuch machten, das Gespann aufzuhalten. An der Ränzstraße fuhr der Peitscher gegen eine Droschke, jagte dann die Neue Schönhauser Straße entlang und verletzte an der Ecke der Rosenhaler Straße einen Droschkenkutscher durch einen Peitschenhieb. Auch am Dodeschen Markt schlug er mit der Peitsche auf Passanten ein, die den Versuch machten, sich dem Pferde entgegenzustellen. Dann fuhr der rohe Geselle mit solcher Schnelligkeit durch die Oranienburger Straße, daß die Verfolger zurückblieben. Am Montbijouplatz wurde der Hausdiener Heitmann, der ebenfalls das Ross aufhalten wollte, durch einen Peitschenhieb nicht unerheblich im Gesicht verletzt. Als nun der Wagen in die Kleine Präsidentenstraße einbog, gab der Schutzmann Notsignal, worauf von der 13. Reiterwache eine Anzahl Beamte hinzulamen und den Wagen aufhielten. Der Kutscher hieb auch auf die Schutzleute ein, wurde aber überwältigt und festgenommen. Der überfahrene Arbeiter erhielt auf der Unfallstation in der Schönhauser Allee einen Notverband; auch zwei der mit der Peitsche geschlagene Personen mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Das Auge des Gefreies wacht! Ein unglücklich dreister Diebstahl ist in der gestrigen Nacht in der Potsdamer Straße verübt worden. In dem Schaufenster der Musikinstrumentenfabrik von Lorenzthal, Potsdamer Straße 31, waren mehrere wertvolle Geigen ausgestellt, auf die es Langfinger abgesehen hatten. In der vorletzten Nacht gegen 1/3 Uhr schlugen die Diebe die vor dem Fenster angebrachten Vorhänge zurück und darunter verborgen schnitten sie ein Dreieck aus der Scheibe heraus. Durch die Öffnung glückte es ihnen, zwei Geigen im Werte von mehr als 1000 Mark herauszuschaffen. Und das geschah alles in dem Augenblick, als dicht an dem Tatort ein Polizeibeamter aus und ab patrouillierte. Er hatte wohl die Leute bemerkt, doch von dem Diebstahl hatte er nichts geahnt. Unbehelligt konnten sich die dreifigen Diebe mit ihrer Beute entfernen.

Hätten die Spigebuben mit dem Polizeibeamten etwas anfangen können, wir wüßten, sie hätten ihn auch noch mitgenommen.

Die letzten Brandstiftungen haben wieder einmal die Aufmerksamkeit auf Zustände gelenkt, die schon früher die Behörden und die Öffentlichkeit lebhaft beschäftigt haben. Infolge der Dachstuhlbrände gehen jährlich in Berlin und den Vororten den Versicherungen, Hauswirten und Mietern Werte verloren, die ganz enorm sind. Im Jahre 1906 mußte die Berliner Feuerweh 115 Dachstuhlbrände löschen. Die Zahl dieser Brände ist in ununterbrochenem Steigen begriffen. Nach Ansicht von Sachverständigen ist es in Berlin möglich, die Zahl der Boden- und Dachstuhlbrände, die der Feuerweh unendlich viel und schwere Arbeit verursachen, einzuschränken, wenn polizeiliche Vorschriften über die Reinhaltung der Hausböden, Verschluß der Türen und die Bauart der Böden usw. erlassen werden und die Hauswirte für Ordnung sorgen. Wie sehen jetzt die Berliner Hausböden aus? Die meisten sind nicht zu beschreiben. Lattenverschlag reiht sich an Lattenverschlag, kommt in einem Lattenverschlage Feuer aus, brennt auch der nächste. Ueberall lagern leicht brennbare Sachen, oft sogar Brezeln, Holz usw. in großen Mengen. Da es an Licht mangelt, müssen die meisten Böden mit brennenden Lampen betreten werden. Die Fußböden bestehen in der Regel aus fugenreichen, leicht brennbaren Brettern. Unter diesen Umständen, beim Fehlen eiserner Türen, Zementfußböden, Stahlwänden, feiner Decken usw., ist beim Ausbruch eines Feuers, falls die Feuerweh nicht sofort alarmiert wird, in wenigen Minuten der gesamte Dachstuhl und oft auch noch der angrenzende in Flammen, die dann nur unter Einwirkung von Leben und Gesundheit gelöscht werden können.

Bermittelt wird seit Sonnabend, den 15. Februar, der 35 Jahre alte Mechaniker Karl Habel, wohnhaft Rixdorf, Wartelstraße 63. Der Verwundene ist circa 1,70 Meter groß, hat blonden Schnurrbart, dunkelblondes Haar und kahle Platte. Auf den Armen hat er Tätowierungen, einen Stern und eine Kugel auf der Brust. Bekleidet war er mit grauer Hose, brauner Jacke, blauwollenem Hemd und Socken; als Kopfbedeckung trug er eine Schirmmütze. Die Ehefrau des Verwundenen, welche mit vier unmündigen Kindern in der größten Notlage befindet, bittet diejenigen, welche über den Verbleib ihres Mannes Näheres wissen, um Benachrichtigung.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Heute abend 9 Uhr, Dresdener Straße 45: Monatsversammlung der diensttuenden Abteilung. Vortrag des Herrn Dr. Schwab über: Eitriche und verschmutzte Wunden. Geschäftliches.

Elternverein für freie Erziehung (Verein freier Kindergärten) Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Roabiter Gesellschaftshaus: Öffentliche Versammlung. Schriftsteller Heinrich Schulz wird über das Thema referieren: Was ist freie Erziehung? Danach Diskussion. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Rixdorf.

Die sozialdemokratische Agitation trägt ihre Frucht, auch wenn es bei den Wahlen der letzten sechs Jahre noch nicht glückte, einen

Sozialdemokraten als Anwalt der Arbeiter in unser Dorfparlament zu wählen. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat unsere bürgerlichen Gegner veranlaßt, sich bei den Wahlen intensiver zu betätigen, als das vordem der Fall war. Früher knobelte man gewissermaßen am Bietsch aus, wer Gemeindevorteiler werden sollte, während man jetzt noch die Kandidaten unter Ausschluß der Öffentlichkeit aufstellt, aber immerhin doch gezwungen ist, eine öffentliche Agitation für diese Kandidaten durchzuführen. Vor zwei Jahren erlebten wir ja nun das Schauspiel, daß sich die Gegner bei der Hauptwahl nicht auf einen Kandidaten einigen konnten. Die Folge war, daß der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl kam. Doch wer da meinte, daß bei den feindlichen Brüdern prinzipielle Anschauungen eine Rolle spielten, der hatte außer acht gelassen, daß auch das hiesige Bürgerium seit langem keine Grundfrage mehr besitzt. So kam es, daß bis zum Stichwahltag sich alles ausgeföhnt in den Armen lag und geschlossen gegen den Sozialdemokraten stimmte. Diesmal hat man sich beizeiten geeinigt und ein uns vorliegendes Flugblatt preist die beiden Kandidaten in den höchsten Löhnen, gewissermaßen als geborene Gemeindevorteiler.

Dorlat Kunow heißt der von den Gegnern im südlichen Bezirk aufgestellte Kandidat. Und weshalb hat dieser Herr solche außerordentlichen Fähigkeiten zum Gemeindevorteiler? Das Flugblatt sagt, weil er schon längere Zeit Vorsitzender des Bezirksvereins „Eiden“ wäre und aus dieser Tätigkeit sowie Erfahrung geschöpft habe, daß nur er und kein anderer zur würdigen Vertretung der Allgemeininteressen berufen sei.

Der Kandidat für den nördlichen Bezirk heißt Herr Deutschke und ist Ingenieur. Von ihm wird gesagt, daß sein Licht ursprünglich entdeckt wurde gelegentlich einer Versammlung, die sich mit der Kanalisationsfrage beschäftigte. Durch seine Ausführungen als Diskussionsredner hätte er den Beifall der Versammlung geerntet und weil er dieserhalb als Sachverständiger in Kanalisationsfragen anzusprechen sei, so gehört er eben in die Gemeindevorteiler. Man sieht, unsere Gegner sind in ihren Ansprüchen an die Kandidaten sehr bescheiden. Würde man diese Kandidaten aber fragen, ob sie auch Arbeiterinteressen vertreten wollen, so werden sie erklären: Jawohl, ich trete auch für „berechtigte“ Arbeiterinteressen ein. Stellt man dann bei einer passenden Gelegenheit die Herren zur Rede, daß sie bei einer bestimmten Gelegenheit nicht für die Interessen der Arbeiter eingetreten seien, so werden sie dasselbe sagen wie Herr Thonhorn, der auch versprochen hatte, für berechtigte Interessen der Arbeiter einzutreten. Als diesem Herrn nämlich von einem unserer Genossen vorgehalten wurde, daß er bei der „Fürstlichen“-Angelegenheit sein Wort gebrochen habe, erklärte er framt und frei, die Freigabe des „Fürstlichen“-Saales an die Organisationen der Arbeiter wäre kein berechtigtes Arbeiterinteresse. Auch ist in dem ganzen Flugblatt mit seinem eigenen Worte von den Arbeitern die Rede: man ignoriert uns! Und gleichwohl wendet man sich mit diesem Waschzettel an die Arbeiter, um sie für die aufgestellten Paradesperde zu begeistern. Als Stimmzettel sind sie gut genug, um den Mandate zuzuschlagen. Aber die klassenbewußte Arbeiterschaft wird auf der Hut sein und wird bis zum Wahltag mit allen Kräften für die Kandidaten der Sozialdemokratie, im Nordbezirk mit Schlachtenfess den Schlosser Wilh. Ullm und im Südbezirk für den Holzleger Eduard Scheler, eintreten.

Steglitz.

Ueber Sozialpolitik und Sozialdemokratie spricht der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, Genosse Jubeil, am Freitagabend im „Vierwaldchen“. Infolge der unerwartet frühzeitigen Andauerung der Gemeindevahlen auf den 2. März trifft es sich, daß diese längst festgesetzte Versammlung gerade in die Zeit der eifrigsten Agitation für die Gemeindevahlen fällt. Diesen Umstand hat sich das Wohlfahrtskomitee zunutze gemacht und im Einverständnis mit dem Wahlvereinsvorstande nach dem Referate des Genossen Jubeil noch einen Vortrag unseres Gemeindevorteilerkandidaten Genossen Ahmann auf die Tagesordnung gesetzt. Die Versammlung dürfte also des Interessanten genug bieten, um den Versuch zu lohnen. Jeder Parteigenosse muß nicht nur selbst am Freitagabend im „Vierwaldchen“ erscheinen, sondern auch die noch Indifferenten müssen dafür interessiert werden. Der Erfolg wird dann am 2. März nicht ausbleiben.

Tempelhof.

Die Wahlen zur Gemeindevorteilerung finden laut amtlicher Bekanntmachung für die dritte Wählerklasse am Freitag, den 6. März, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr Dorfstraße 17 im Zimmer 8 statt. Zu wählen sind zwei Kandidaten, und zwar ein Vertreter auf sechs Jahre und ein Erfahrungsmann für den verstorbenen Gemeindevorteiler Jung auf die Dauer von zwei Jahren. Als Kandidaten der Sozialdemokratie sind aufgestellt für die sechsjährige Mandatsdauer der Klempnermeister Genosse Mag Schmidt, Kottelstraße 13 wohnhaft, und für die Erfahrungsmann der Schankwirt Genosse Martin Müller, Berliner Straße 41/42 wohnhaft. Jeder Wähler hat zunächst seine Stimme für den Kandidaten abzugeben, der für die sechsjährige Mandatsdauer aufgestellt ist, alsdann erst für den Erfahrungskandidaten. Genossen! Es erwacht nun einem jeden die ernste Pflicht, mit aller Kraft von Mund zu Mund für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren.

Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die Gemeindepolitik der Sozialdemokratie und die bevorstehenden Gemeindevorteilerwahlen war das Thema, über das Genosse Käming in einer außerordentlich gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte. In zweistündiger Rede entwickelte derselbe das von unseren Genossen in den Gemeindeparkamenten vertretene Programm und machte die Richtigkeit der Durchführung desselben in leicht verständlicher Weise klar. Daß familiäre andere Parteien, welche den größeren und kleineren Besitz vertreten, diesem Programm nicht zustimmen, sei natürlich, da dieselben naturgemäß zur Aufbringung der zur Verwirklichung des Programms notwendigen Kosten stärker herangezogen werden müßten; doch habe die werktätige Bevölkerung keine Veranlassung, zugunsten einer kleinen Minderheit auf die Förderung einer gerechten Wabenehmung ihrer Interessen in der Gemeinde zu verzichten. Die am Ort bestehenden Mißstände und das Verhalten der bisherigen Mehrheit in der Gemeindevorteilerung gaben dem Redner reichlich Stoff, sein Referat interessant zu gestalten. Die Anwesenden folgten seinen Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt, da sich trotz mehrfacher Aufforderung an etwa anwesende Gegner niemand meldete. In einer einstimmig angenommenen Resolution verpflichteten sich die Versammelten, bei den bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevorteilerung nur den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimmen zu geben.

Waidmannslust.

Auch die hiesigen Genossen sind bereits in die Agitation für die bevorstehenden Gemeindevahlen eingetreten. Das sozialdemokratische Wahlkomitee veranstaltete am 25. d. Mts. eine öffentliche Wählerversammlung, an der auch verschiedene Grundbesitzer teilnahmen. Genosse Böcke, Rixdorf referierte über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Ein Vertreter des hiesigen Bürgeriums stellte in der Diskussion unter anderem auch folgende Behauptung auf: In Waidmannslust gebe es keine Klassenunterschiede; Bürger und Arbeiter sähen gemüßlich beieinander am Bietsch. Ein Arbeiter entgegnete diesem Verbantpolitiker: Vor Jahren wäre es noch viel gemüßlicher gewesen, weil die Arbeiter damals noch zu dumm waren; nachdem aber die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie die Arbeiter zum Denken erziehe, sehen diese die Klassenunterschiede schärfer hervortreten. Der Vertreter untereinander würde dadurch ungemüßlicher, aber die Arbeiter lernen

ihre Klassenlage begreifen, und das sei die Hauptsache. — Die übrigen Behauptungen des bürgerlichen Diskussionsredners widerlegte Genosse Böcke im Schlußwort seines beifällig aufgenommenen Vortrages. Hierauf wurde Genosse August Lischer einstimmig als Kandidat für die dritte Wählerklasse nominiert.

Rixdorf.

Zur Kaufmannsgerichtswahl. Wie wenig andere Ereignisse tragen die Kaufmannsgerichtswahlen dazu bei, die Handlungsgeschäften aus ihrem Indifferentismus aufzurütteln und Stellung zu nehmen zu den großen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Die wichtigste Frage, welche die Handlungsgeschäften beschäftigt, ist die: Welche Stellung nehmen die Handlungsgeschäfte ein zu Unternehmern und Arbeitern? Besteht eine Interessengemeinschaft zwischen ihnen und den Unternehmern, wie die bürgerlichen Handlungsgeschäftsvereine behaupten, oder ist es die Aufgabe der Angestellten, in geschlossener Kampflinie Seite an Seite mit der Arbeiterschaft den Klassenkampf zu führen, wie es die freie Gewerkschaft der Handlungsgeschäften, der Zentralverband, will? — Heute abend 9 Uhr findet in Hofmanns Festsälen, Bergstr. 151-152, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Ed. Bernstein über das Thema: „Haben Handlungsgeschäfte und Arbeiter gegenwärtige Interessen?“ referieren wird. Handlungsgeschäften und -Geschäftinnen sowie alle, die sich für dies Thema interessieren, sind freundlichst eingeladen.

Charlottenburg.

Das neue Ledigenheim für männliche Personen, Dandelmannstraße 48-49, geht seiner Vollendung entgegen und wird bestimmt am 1. April 1908 dem Betriebe übergeben werden. Das Haus enthält fast durchweg Einzelzimmer. Der monatliche Mietpreis einschließlich Heizung, Beleuchtung und Frühstück beträgt je nach der Lage des Zimmers 12—15 Mk. Außerdem stehen in jeder Etage 6 Zimmer mit zwei beginn, drei Betten zur Verfügung. Der Mietpreis hierfür ermäßigt sich auf 10—12 Mk. pro Bett. Ein Plan der Zimmer liegt in der Geschäftsstelle der Gesellschaft, im Rathaus zu Charlottenburg, Zimmer 112, zur Einsicht aus. Hier werden auch schriftliche Vormerklungen für Zimmer entgegengenommen. Vom 1. März ab kann die Besichtigung der Räumlichkeiten Dandelmannstraße 48-49 durch Nichtblufige an jedem Wochentage nach vorheriger Anmeldung beim Hausinspektor erfolgen; dieser nimmt vom genannten Tage ab auch Vormerklungen für die Zimmer entgegen.

Schöneberg.

Die hiesige Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Jahresbericht. Genosse Hertler als Vertreter des Wahlvereinsvorstandes regte an, beim städtischen Arbeitsnachweis die Aufhebung der Gebühr von drei Mark für Arbeitgeber zu erwirken. Eine Anregung des Genossen Kleemann, die Bibliothek mit mehr Büchern über sozialpolitische Gelehrung zu versehen, wurde durch Zufall erledigt. Bei der Neuwahl des Ausschusses wurde Genosse Henkel als Obmann, Kofanek und Helbig einstimmig wiedergewählt. Beim Punkt „Gewerbegerichtswahl“ entpand sich eine lebhafte Diskussion. Einige Redner waren der Meinung, der Ausschuss habe nicht genügend gearbeitet. Dem traten die Genossen Henkel und Helbig entgegen. Sie legten dar, daß verschiedene andere Motive die Ursachen der lauen Wahlbeteiligung seien. Unter anderem die Krise, die lähmend auf die Arbeiterschaft einwirkte. Auch daß der Magistrat die Platate nicht in den öffentlichen Lokalen ausgehängt habe, sei zum Teil mit schuld an der lauen Beteiligung. Auf die Liste des Gewerkschaftsartikels entfielen 1187 Stimmen. Gegenlisten waren nicht aufgestellt.

Zehlendorf.

Aus der Gemeindevorteilerung. Zur Bekämpfung der Müllentlage wurden 1000 Mark aus den Ueberflüssen des Jahres 1906 bewilligt. Sodann wurde beschlossen, den Markt profitorisch nach der Kirchstraße zu verlegen. Nach dem am 1. April in Kraft tretenden Schulunterhaltungsgesetz bildet der Schulvorstand in der Regel die Verwaltungsbekörde der Volksschule. Die Deputation muß nach dem Gesetz bestehen 1. aus zwei Mitgliedern des Gemeindevorstandes, 2. aus zwei Mitgliedern der Gemeindevorteilerung, 3. zwei der Erziehung und der Schule kundigen Männern und damit auch die Kirche nicht zu kurz kommt, dem zuständigen evangelischen und katholischen Ortsgeistlichen. — Nach Erledigung einer Vorlage betr. die Verwendung von freiverwendbaren Räumen im Gemeindefchule Potsdamerstr. 6 kam die Amtsniederlegung des Gemeindevorteilers Raben zur Sprache. Der Herr begründet seinen Antrag damit, daß er ein Amt in Berlin übernommen hätte, das ihn von morgens früh bis abends 8 Uhr in Berlin festhält. Ohne Debatte erkannte die Vertretung die Verechtigung der Amtsniederlegung an. Sodann wurde die Erhöhung der Hundesteuer von 10.— Mk. auf 15 Mk. in erster und zweiter Lesung beschlossen. Ob man damit eine Rekrutierung erzielen wird, bleibt abzuwarten, da eine ganze Reihe von Leuten es vorziehen wird, bei Erhöhung der Hundesteuer ihre Hunde abzuschaffen. — Gegen die Richtigkeit der Gemeindevorteilerliste lagen zwei Einsprüche vor und zwar von dem Mechaniker Willi Rehbafte und dem Tischler Erdmann Uff. Der Einspruch des ersteren wurde als unbegründet zurückgewiesen, während der Einspruch des letzteren als berechtigt anerkannt und seine Rattragung in die Wählerliste beschlossen wurde. — Von Interesse war dann noch der Ertrag eines Ortsstatuts gegen die Vermählung von Ortsteilen. Es soll dadurch verhindert werden, daß Gebäude, Straßen und ganze Ortsteile so gebaut werden, daß dadurch der Charakter des Bilenortes verloren geht. Auch soll jedes Reklamequadrat, welches größer als 0,5 Quadratmeter ist, der Genehmigung durch die Vorpulzeibekörde bedürfen. Gegen das ganze Statut hatte u. a. auch der Haus- und Grundbesitzerverein in einer Eingabe Front gemacht. Es fanden sich auch genügend Vertreter, vor allem die Autorität Herr Hammer, die das Statut nicht billigten und es wesentlich abgeändert wissen wollten. Schließlich wurde beschlossen, die Vorlage an die gemischte Kommission, den Hochbau-Ausschuss, zurückzuverweisen. Nach Erledigung einiger weniger wichtiger Vorlagen erfolgte Schluß der Sitzung.

Mariensfelde.

Für die aufgelöste Wahlvereinsversammlung am 16. Februar fand am Sonntag eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Heintz über das Reichsvereinsgesetz referierte. Die zum Teil aus Frauen bestehende Versammlung nahm die Ausführungen des Referenten, der zunächst das Verhalten der örtlichen Polizei und alsdann den Gesetzentwurf kennzeichnete, mit lebhaftem Beifall entgegen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Grulich, Säufner, Kreuzberg, Frau Grulich und Frau Hampel. Mit einer Aufforderung an die Anwesenden, bei der bevorstehenden Gemeindevwahl ihre Pflicht zu erfüllen, der politischen Organisation beizutreten und auf die Parteipresse zu abonnieren, schloß Genosse Hampel die Versammlung.

Weichensee.

Ein schwerer Unglücksfall, wobei zwei Personen verletzt wurden, erfolgte vorgestern auf der Falkenberger Chaussee. Das Gespann des Fuhrunternehmers Bennett war infolge der Alarmsignale eines vorbeifahrenden Automobils stehen geblieben und ging durch. In toller Karriere rastete die Tiere die Chaussee entlang. Durch das Schreien wurde der Wagen derartig erschüttert, daß sich der vordere Teil vom hinteren vollständig löste. Der Kutscher und die Ehefrau des Fuhrmanns wurden auf die Straße, während die Durchgänger mit der einen Hälfte des Gefährtes weiter rasteten. In der Falkenberger Straße konnten sie endlich durch mehrere Passanten zum Stehen gebracht werden. Die beiden Gefährten hatten sich schwere Verletzungen zugezogen. Besonders hatte Frau V. erheblichen Schaden erlitten.

Neuenhagen (Ostbahn).

Ueber die kommende Wahl zum preussischen Landtag referierte in einer im Lokal von Giese, Friederichsdorf, stattgehabten Volksversammlung Genosse Max Kiesel. Scharf kritisierte er die Unsinnsigkeit der bestehenden Wahlordnung, wie sie von der in Preußen regierenden Klasse, den Junkern und den Industriellen, zu ihrem Vorteil ausgenutzt wird. Haben die Gegner von links bis rechts sich die sozialdemokratische Organisation zum Muster genommen, so ist notwendig, daß die Arbeiter sich die Fähigkeit und Energie der sie bekämpfenden Parteien aneignen und nicht, wie es leider so oft geschieht, in kleinlichen Weibereien Befriedigung suchen. In der Diskussion sprach die Genossin Kiesel. Nach einer Aufforderung des Vorsitzenden zum Beitritt in den Wahlverein wurde die Versammlung geschlossen.

Hohen-Neuendorf.

Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag des hiesigen Privat-Schulvereins auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses aus Gemeindegeldern von 500 auf 800 M. Unser Genosse Neumann beantragte, diesen Antrag abzulehnen. Begründend führte er aus, daß die Gemeinde keine Veranlassung hätte, eine Privatschule zu unterstützen. Die Eltern dieser Kinder müßten die Kosten eines derartigen Instituts gefälligst selber tragen. Eine Gemeinde habe vor allen Dingen die Pflicht, erst einmal die Gemeindegeldern zu unterstützen. Die Eltern dieser Kinder müßten die Kosten eines derartigen Instituts gefälligst selber tragen. Eine Gemeinde habe vor allen Dingen die Pflicht, erst einmal die Gemeindegeldern zu unterstützen. Die Eltern dieser Kinder müßten die Kosten eines derartigen Instituts gefälligst selber tragen. Eine Gemeinde habe vor allen Dingen die Pflicht, erst einmal die Gemeindegeldern zu unterstützen. Die Eltern dieser Kinder müßten die Kosten eines derartigen Instituts gefälligst selber tragen.

Regel.

Als Belästigung wird seit einer Reihe von Jahren die an der Reitstraße gelegene Postkoppel von den Anwohnern empfunden. Bei Regenwetter bildet dieses Grundstück eine Schlammrinne und im Sommer hat die Nachbarschaft durch die auf der Koppel gehaltenen Pferde unter einer großen Fliegenplage zu leiden. Die Gemeinde hatte deshalb dem Fiskus schon wiederholt hohe Kaufofferten gemacht, aber vergeblich. In der letzten Gemeindevorstellung ist nun beschlossen worden, zur Durclearung der Treidestrasse durch das Postkoppelgrundstück den Fiskus aufzufordern, das nötige Terrain als Straßenland freizugeben, eventuell das Enteignungsverfahren einzuleiten. — In derselben Sitzung wurden die Lehrer Kayser und Karow als Armenpfleger ernannt. Für das zum Hofenbau notwendige Gelände wurden von der Boden-Gesellschaft und der Humboldt-Mühle seinerzeit Preise gestellt, die selbst bei Terrainkäufen ziemlich betrüblichen Majoritäten der Gemeindevorstellung zu hoch waren. Es wurde deshalb beschlossen, das Enteignungsverfahren einzuleiten. Das Resultat des Verfahrens wurde vorgelassen bekannt gegeben. Als Entschädigung wurde den betreffenden Besitzern die Summe von 571 785 M. zugesprochen, ganz bedeutend weniger als ursprünglich gefordert wurde. — Das Preisauschreiben für den Realschulbau wurde zurückgezogen und die Ausführung des Entwurfs dem Gemeindevorstand überlassen. Einige weitere Punkte wurden verlag.

Gerichts-Zeitung.

Schwindel-„Kaufverlauf“.

Wegen die Verankerung von Schwindelauverkäufen wird seit einiger Zeit seitens der Behörden mit aller Schärfe vorgegangen. Eine empfindliche Strafe verhängte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Kaufmann Jübor Bernstein, welcher sich wegen Vergehens gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vor dem Strafrichter verantworten mußte. Der Angeklagte wurde beschuldigt, in der Absicht, den Ansehen eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekanntmachungen über den Anlaß des Verkaufs wissenschaftlich unwahre und zur Irreführung des Publikums geeignete Angaben gemacht zu haben. Seit etwa drei Jahren betreibt der Angeklagte in der Wangelstraße ein größeres Wäpche- und Tricotgeschäft. Am Mai v. J. eröffnete er in demselben Stadtviertel an der Ecke der Wangel- und Füllerstraße ein zweites Geschäft, welches sich jedoch von Anfang an nicht rentierte. Um das Geschäft in die Höhe zu bringen, griff Bernstein zu einem in gewissen Kreisen der Geschäftswelt leider häufig angewendeten Mittel. Eines schönen Tages prangten an dem zweiten Geschäft große Plakate mit den Worten: „Totalauverkauf“. Zugleich ließ der Angeklagte auf der Straße Neffenzettel verteilen, welche das Aussehen eines Extrablattes hatten und die Aufschrift trugen: „Extrablatt der Berliner Morgana-Post“. Der fündige Geschäftsmann bekam es sogar fertig, diese Neffenzettel vor den Türen der übrigen in der Wangelstraße ansässigen Geschäftsleute verteilen zu lassen. Einer der durch die Handlungsweise schwer geschädigten Geschäftsinhaber sagte deshalb den Entschluß, den „Totalauverkauf“ den Angeklagten etwas schärfer zu kontrollieren. Es fiel ihm auf, daß verschiedene Artikel in dem Schaufenster des B. zu so billigen Preisen angeboten wurden, daß sie weit unter dem allgemein üblichen Einkaufspreis standen. Er sandte eine Verkäuferin in das Geschäft des Angeklagten mit dem Auftrage, einen mit so auffälligen Preisen versehenen Artikel zu kaufen. In dem Wäpche Geschäft wurde die Verkäuferin mit allerlei Ausflüchten abgesperrt, als sie die Ware verlangte. Dagegen wurden ihr bedeutend teurere Artikel vorgelegt. Mehreren anderen Personen ging es in ganz gleicher Weise, so daß bald erkannt wurde, daß die im Schaufenster angepriesenen Waren nur Leinwand waren. Außerdem wurde der „Kaufverlauf“ durch Waren aus dem anderen Geschäft des Angeklagten fast täglich ergänzt. Seitens der geschädigten Geschäftsleute wurde deshalb Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbes erstattet. — Vor Gericht bekennt Bernstein, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise des Angeklagten als einen Schwindelauverkauf, der einen typischen Fall des unlauteren Wettbewerbes darstelle. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um ein Treiben handele, vor welchem die meisten Geschäftsleute energisch in Schutz genommen werden müßten, beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 1000 M. Das Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Bezeugung der Pietät strafbar?

Auf dem Gemeindefriedhof in Briz wurde am 28. August vorigen Jahres der Genosse Arbeiter Jeserich, ein langjähriges Mitglied des dortigen Sozialdemokratischen Wahlvereins, beerdigt. In der Beerdigung nahmen etwa 60 seiner Arbeitskollegen teil. Ein Geistlicher war nicht zugegen. Am Grabe legte der Wahlverein und noch zwei andere Vereine, denen der Verstorbene angehört hatte, einen Kranz mit toter Schleife nieder. Der Kranzträger des Wahlvereins, Genosse Beuthmann, sprach dabei die Worte: „Im Namen des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Briz lege ich diesen

Kranz nieder“. Er wurde dafür vom Schöffengericht als Medner in einer nicht genehmigten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel zu 30 M. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Haft verurteilt. Gegen dies Urteil legte B. Berufung ein, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld legte dar, daß es sich nicht um ein außergewöhnliches Zeichenbegängnis gehandelt habe, welches genehmigungsspflichtig sei, sondern um ein gewöhnliches Begräbnis. Das den Anschauungen des Verstorbenen entsprechend ausgeführt wurde und bei dem die Vereine, denen er angehört hatte, wie es üblich sei, einen Kranz mit den Abzeichen des Vereins und der Erklärung, für welchen Verein der Kranz niedergelegt werde, niederlegen ließen. Nach der Judikatur des Kammergerichts komme es nicht darauf an, ob der Beerdigungskort in seiner äußeren Form und Einrichtung von dem seither Gewöhnlichen und Hergebrachten abweiche, sondern nur darauf, ob durch die besondere Art der Ausführung die öffentliche Ordnung gefährdet oder bei dem Zeichenbegängnis eine über die Zwecke der bloßen Zeichenbekämpfung hinausgehende Absicht verfolgt worden sei. — Keines von beiden werde hier auch nur behauptet. Es liegt lediglich ein Akt der Bezeugung der Pietät vor. Deshalb sei die Preisprechung geboten und darüber hinaus auf die Aufhebung der Beerdigungslosten auf die Staatskasse ein Akt der Billigkeit.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Preisprechung des Angeklagten und Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse, einschließlic der Kosten der Verteidigung.

Werden nun endlich detartige Verfolgungen von Aufzehrungen der Pietät aufhören?

„Scherl-Rachdruck“

Die Firma August Scherl, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, teilt uns mit, daß weder sie noch Herr August Scherl mit dem Verfasser des „Großen Illustrierten Kochbuchs“ etwas zu tun haben, ebensowenig habe sie oder Herr Scherl irgend einen Einfluß auf den Inhalt des Buches ausgeübt. Von dem Werke hatte die Firma August Scherl, G. m. b. H. lediglich eine Anzahl fertiger Exemplare zum kommissionarischen Vertrieb als Weihnachtsprämie übernommen. Von wem die Liebernahme erfolgt ist, geht aus dem Schreiben der Firma nicht hervor.

Verfammlungen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehälfen hatte am Dienstag nachmittags eine öffentliche Versammlung nach den „Arminhallen“ einberufen. „Verband oder Nationales Kartell?“ hieß das Thema, über welches H. Börsch referierte. Die Mitglieder der Verbände des Nationalen Kartells waren besonders eingeladen, um ihre Ansichten in der Diskussion zu vertreten. Am 21. Januar ist in Eisenach ein Kartell aller gegnerischen Vereinigungen der Gastwirtsgehälfen gegründet worden. Das Kartell ist gegen den Verband gerichtet. Der Medner be sprach das Programm, das in Eisenach angenommen wurde und legte die Machtverhältnisse der einzelnen Vereinigungen dar. Nach den Feststellungen des Verbandes wird die Mitgliederzahl viel zu hoch angegeben. Folgende Liste gibt eine Uebersicht über die Stärke der in Frage kommenden Vereine:

Name des Vereins	Angebl. Zahlen	Wirkliche Zahlen
Deutscher Kellnerbund	8100	3340
Internationaler Verband der Köche	5800	2843
Verband deutscher Köche	1700	1088
Neisverband der Lokalvereine	1050	1050
Christlicher Kellnerbund	585	585
Genfer Verband	10150	1784
Zusammen	27285	10690

Politische Traktierer der christlich-sozialen und anderen Gruppen, antisemitischen und sogenannten völkisch-wirtschaftlichen, stehen dahinter, die Einfluß auf die Arbeiterschaft suchen, um sie der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, oder sie vor der Kapitulation der „Roten“ zu bewahren. Es wird ihnen nichts nützen. Das Kartell wird etwas tun müssen für die Gehälfen, wenn es nicht bald abwärts schreiten will. Tut es aber wirklich etwas, so verspielt es bei seinen Gönnern und Ehrenmitgliedern, den Pastoren und Unternehmern. Schon ist in allen Vereinen eine wachsende Misstimmung gegen die Zeitung wahrzunehmen, weil den Gehälfen nichts geboten wird als kahne Worte. Es wird jedenfalls durch das Kartell die wünschenswerte Klarheit für die Gehälfenschaft geschaffen werden. Bedauerlich ist es freilich, daß so viele Gehälfen sich noch täuschen lassen und Verbänden angehören, die ihren Interessen nicht förderlich sind, sondern sie im Gegenteil schädigen. Der „Verband deutscher Gastwirtsgehälfen“ wird energisch den Kampf gegen das Kartell aufnehmen.

Die folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute in den Arminhallen tagende allgemeine Versammlung der Berliner Gastwirtsgehälfen erklärt: Das sogenannte Kartell der Angestellten in Gastwirtschaften ist eine Schöpfung rückständiger Kreise aus den Reihen reaktionärer Pastoren und Unternehmer, die sich damit ein Werkzeug schaffen wollen, um die Gehälfen von einer zielführenden Vertretung ihrer Interessen abzu drängen. Bewußt oder unbewußt, auf jeden Fall dient das Kartell der politischen und wirtschaftlichen Reaktion, fördert die Zersplitterung und den Bruderkrieg unter der Gehälfenschaft. Das Programm des Kartells enthält in seinem annehmbaren Teile lediglich die alten, auf dem allgemeinen Sachlongre 1900 erhobenen Forderungen, die aber von den kartellierten Verbänden, obgleich sie dieselben mitbestimmen, ständig vertrat worden sind. Die Versammlung sieht deshalb nach wie vor im Ver bände deutscher Gastwirtsgehälfen die einzige zuverlässige Hüterin der Interessen aller Angestellten in Gastwirtschaften und erwartet den An schluß aller Kollegen an den Verband.“

Der „Verband deutscher Hotelkellner“ gilt als Bruderkreis dieses Verbandes, der von Börsch in gleicher Weise empfohlen wurde. Zur Diskussion meldete sich kein Vertreter vom Kartell, trotz mehrmaliger Aufforderung durch den Vorsitzenden. Die Diskussion bewegte sich im übrigen im Sinne des Referates.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gehälfen. Heute abend 10 Uhr Dudenstr. 46 bei Wegener: äußer-ordentliche Mitgliederversammlung.

Sparverein für Freizeiter zur Ausführung der Feuer-βεκattung. Heute abend 7,9 Uhr im Klubhaus der Königsstadt, Neue Königsstr. 73.

Aus der frauenbewegung.

Also will und besch! ich!

Die aus Fräulein Wismenowsa und noch einigen anderen Leiterinnen bestehende „Liberaler Frauenpartei“ berndet einen Arbeitoplan, in dem unter Nr. IV der Anordnungen folgendes diktiert wird:

- Die Vorstandsmittglieder treten in die Organisationen der Männer ein und sorgen für dauernde Verbindung. Den anderen Mitgliedern ist das gleiche zu empfehlen.
- Die Versammlungen der Männer werden allen Mitgliedern der Ortsgruppe bekannt gegeben und eifrig besucht.
- Bei hervorragenden politischen Ereignissen werden gemeinsame Versammlungen berufen. Die Ortsgruppe stellt alsdann eine Referentin.
- Bei den Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung, dem Landtage und Reichstage bestimmt die Ortsgruppe durch Majoritätsbeschluss, für welchen liberalen Kandidaten sie geschlossen eintreten will.

Für liberale Kandidaten einzutreten wird den Damen natürlich gnädigst gestattet; im übrigen werden die Organisationen der Männer — natürlich kommen nur sogenannte liberale Gruppen in Betracht — sich von Fräulein Wismenowsa nicht das Arrangement von Versammlungen vorzeichnen lassen. Mit solchen bombastischen Proklamationen soll ja auch nur die Bedeutungslosigkeit der „Partei“ verschleiert werden.

Nationalpolnische Organisationsbestrebungen unter den Frauen. In der Provinz Posen besteht unter der Leitung des Pfarrers Adamski, des Generalsekretärs des Verbandes der polnischen Arbeitervereine, auch ein Verband erwerbstätiger polnischer Frauen. Er umfaßt bis jetzt — im zweiten Jahre seines Bestehens — fünf Vereine mit 3068 Mitgliedern und unterhält in Posen ein eigenes Rechtsbureau. Außerdem existiert noch ein etwa 300 Mitglieder zählender Verein weiblicher Angestellten im Handel und in der Industrie.

Gebammenorganisation in Kristiania. Die Gebammen Kristianias haben in einer zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, sich zu organisieren. Sobald die Statuten ausgearbeitet und angenommen sind, soll die Tariffrage behandelt werden.

Kommunewahlen in Norwegen. Nun haben auch die bürgerlichen Frauen eingesehen, daß das heutige Wahlrecht der Frauen in Norwegen ausschließlich ein Werkzeug der Reaktion ist, ein Werkzeug, um die Herrschaft der Männer über die Frauen zu verlängern. Die Resultate der letzten Wahlen sind bedäufend, die Mehrheit der Frauen ist einfach als Stimmvieh benutzt worden. Das haben sie reumütig auf der Versammlung zugegeben. Dies bezeugt ja auch die niedrige Zahl der gewählten weiblichen Repräsentanten. In der vor einigen Tagen abgehaltenen öffentlichen und zahlreich besuchten Protestversammlung des Frauenstimmrechtsvereins hat man auch Front gemacht gegen das heutige beschränkte Frauenwahlrecht und verlangt das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. In Zukunft müssen die Frauen auch erzwingen, daß eine entsprechende Anzahl Frauen von den verschiedenen Parteien als Kandidaten aufgestellt werden. Das bisherige Unrecht, die Frauen vom politischen Leben auszuschließen, muß durch eine natürliche Notwendigkeit ersetzt werden. Die Bezahlung der Frau muß mit der des Mannes auf gleiche Höhe kommen. Die Arbeitsfelder, die der Frau noch verschlossen sind, müssen dieser zugänglich gemacht werden. Um aber dem rechtlichen Verlangen der Frauen mehr Geltung zu verschaffen, müssen sich die Frauen besser organisieren. Es wurde noch empfohlen, sich nicht den politischen Parteien anzuschließen, bevor man sich nicht die Garantie einer entsprechenden Vertretung bei den Wahlen gesichert hat. Dies war die Meinung der Frauenrechtlerinnen, sie fügten aber noch hinzu, daß sie, falls sie ernst genommen werden sollten, selbst energisch für die Befreiung ihres eigenen Geschlechts eintreten müßten.

Eingegangene Druckschriften.

Wilhelm Kubert. Fünfzig Bilder. 50 farbige Reproduktionen nach Originalen. Zug von Oswald Graumann. Das Werk in 10 Hefen pro Heft 2 M. Einzelne Heft 250 M. Einzelne Blätter 60 M. Verlag von Martin Odenbourg, Berlin.

Johannes Hirze. Die Entlastung des Potsdamer Platzes. 16 Seiten. Selbstverlag, Markgrafstr. 92/93.

G. Freitag Weltatlas. 58 Haupt- und 25 Nebenkarten, ein geographisches Namensverzeichnis mit 17 000 Namen, statistische Daten. Preis elegant gebunden 4,50 M. — 3,80 M. Verlag G. Freitag u. Berndt, Wien VII/1, Schottenfeldergasse 62.

Die Wiese nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Ein Handbuechlein für Juristen, Richter und Vermittler. Von Rechtsanwalt Dr. Max Strauch in Worms. (Aus „Natur- und Geisteswelt“, 194. Bändchen.) Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. 1908. Gehftet 1 M., in Leinwand gebunden 1,25 M.

Der Sportphotograph. Illustrierte Bildungs- und Unterhaltungs-Zeitschrift für Amateur-Photographen und für Freunde jeder Sportgattung. Verlag: Paul Jöcher, Breslau X. Vierteljährlich 6 Heft 2 M.

Gans von Kahlenberg. Der liebe Gott. Eine Kindheitsgeschichte. Preis 3 M. Vita, deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.

Der Sieg bei Jena. Preis 10 M. Verlag: „Die Einzelt“, Berlin C. 54.

Zeitschrift der Holzarbeiter. Heft 2 des dritten Jahrgangs, Februar 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Stuttgart.

Hermann Vaisch. Neue Moral und Erziehung. Preis 30 M. Verlag des Vereins „Frauenbund“, Brunn.

Pädagogische Abhandlungen. Wie sieht man im Leben der Schule die Beherrschung? — Dr. Philipp Wirtgen. Gedruckt zu seinem 100. Geburtstag. — Lehrer und Redatoren. — Die Fachschulprüfung in der Volksschule. — Preis pro Heft 40 Pf. A. Heimlich Buchhandlung, Bielefeld.

Die Halskrankheiten. Verhütung und naturgemäße Behandlung. Von Dr. C. Kollig. III. Auflage. Preis 1 M. Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Geschäftsbericht des Zentralverbandes der Schmiede Deutschlands, Jahrbuch Berlin. 55 Seiten. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.

Vermischtes.

Familien drama. Einer Meldung aus Koburg zufolge erlösch gestern früh in seiner Wohnung der 88jährige Tischlermeister Hermann Weiffenbach seine drei jüngsten Kinder im Alter von vier Jahren, 1 1/2 Jahren und 8 Wochen und dann sich selbst. Die Ehefrau hatte auf kurze Zeit das Haus verlassen, während der älteste Knabe in der Schule war. Der Beweggrund zur Tat wird in Rahmungsorgeln gelaucht. Die beiden jüngsten Kinder gaben kurz nach der Tat noch Lebendzeichen von sich, ihr Zustand ist jedoch hoffnungslos.

Von einer Lawine erfaßt. Hierüber wird aus Genf gemeldet: Zwei junge Leute, der 18jährige Wöhm aus Bern und der 24jährige Otto Hener aus Porzheim unternahmen am Sonnabend von Lausanne aus eine Skitour und sind seitdem vermisst. Da inzwischen eine mächtige Lawine niedergegangen ist, so liegt die Befürchtung nahe, daß beide Touristen dabei den Tod gefunden haben.

Schiffszusammenstoß. Aus Gent wird gemeldet: Infolge des starken Sturmes kam es zwischen zwei englischen Dampfern auf dem Ternenkanal zu einem schweren Zusammenstoß, wobei ein Schiffsoffizier in den Kanal stürzte und ertrank. Beide Schiffe erlitten bedenkliche Beschädigungen und mußten ins Trockendock gebracht werden.

Ein Dementi. Die Stadtverwaltung von Budapest dementiert die Nachricht, daß infolge ungenügender Fürsorge der Hungertypus ausgebrochen sei, gibt aber zu, daß der Pestiypus stärker als sonst auftrate.

Mit einer Million verduftet. Der Rotar Lorenzetti ist, wie aus Pola berichtet wird, nach Unterschlagung einer Million ihm anvertrauter Gelder flüchtig geworden.

Witterungsüberblick vom 26. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stations	Baromet. hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.	Temp. in F.
Ambrunde	758 WWS	2 wölfg	2	2	2	2
Darmstadt	759 SW	Webel	2	2	2	2
Berlin	758 SW	Webel	2	2	2	2
Kranich	759 N	1 Webel	1	1	1	1
Wien	758 W	3 wölfg	3	3	3	3
Wien	758 SW	halb W.	1	1	1	1

Wetterprognose für Donnerstag, den 27. Februar 1908. Etwas wärmer, zunächst eisig, weiter bei mäßigen Schwelgen Winden; später neue Trübung mit geringen Niederschlägen.

Berliner Wetterbureau.

